



Die Expedition ist Herrenstrasse Nr. 20.

No 107.

Sonntag den 7. Mai

1848.

Bekanntmachung.

Durch meine, die Wahl der Abgeordneten zur deutschen National-Versammlung, betreffende Bekanntmachung vom 29. April d. ist die Leitung der Wahlgeschäfte im Wahlorte Nimpsch, „19. Wahlbezirks“ dem Landrath v. Pritt witz in Reichenbach übertragen worden. Da derselbe behindert ist, diesem Auftrage nachzukommen, so habe ich den Landrath v. Studnits in Nimpsch zum Wahl-Commissarius für den 19. Wahlbezirk ernannt, und bringe dies hierdurch zur öffentlichen Kenntniß.

Breslau, den 6. Mai 1848.

Der Ober-Präsident der Provinz Schlesien.
Pinder.

K Breslau, 6. Mai.

Wir haben in unserm gestrigen Artikel zu entwickeln gesucht, warum wir einen erblichen deutschen Kaiser für unmöglich, eine auf das Prinzip der einzigen deutschen Monarchie gebaute Verfassung für unhaltbar und gefährlich halten. Wir kommen nunmehr auf einige Behauptungen, durch welche man die Nothwendigkeit eines erblichen Kaiserthums beweisen will und entnehmen diese theilweise aus dem Vorwort der 17. theilweise aus den in der Heidelberger deutschen Zeitung über diesen Gegenstand enthaltenen Artikeln. Wir können von einer weitern Besprechung dieser hochwichtigen Sache nicht absehen, trotzdem, daß die deutsche Zeitung Leben, der nicht für einen erblichen deutschen Kaiser zu schwärmen vermag, als „Krypto-Republikaner“ (heimlichen Republikaner) kurzweg in die Acht gethan hat. Aber erklären müssen wir, daß wir trotz unserer antikaiserlichen Gesinnung dennoch entschieden gegen den Vorwurf des Krypto-Republikanismus protestiren. Uns kommt es lediglich auf die Verwirklichung der Freiheit, der Macht und des Wohles von Deutschland an und jede Staatsform ist uns recht, welche uns diese Kardinalpunkte sicher gestellt. Wir sind ganz entschieden für die Fortdauer der bestehenden Monarchien in den Einzelstaaten eingenommen, weil wir, sobald die Verfassungen auf breiterer demokratischer Grundlage errichtet werden, gerade darin die sicherste Bürgschaft für Freiheit und Ordnung zugleich erblicken, wir huldigen also ganz bestimmt nicht republikanischen Bestrebungen, aber wir können und wollen unsere Augen nicht in eigenwilliger Verblendung verschließen, wir können und wollen nicht wider besseres Wissen leugnen, daß republikanische Tendenzen in Deutschland weit verbreitet sind, und sich möglicher Weise noch weiter verbreiten können. Ob sie früher oder später die Uebermacht erringen werden, wissen wir nicht, aber die Möglichkeit, ja sogar die Wahrscheinlichkeit, daß dies einmal geschehe, haben uns die gelehrten Herren nicht bestreiten können. Was der Gang der Geschichte herbeiführt, wird sicherlich kommen, mögen wir es nun herbeiwünschen oder nicht; ein verständiger Baumeister wird aber, wie unerwünscht auch Stürme und Ueberschwemmungen ihm sein mögen, sein Haus doch mit Berücksichtigung ihrer Möglichkeit auf solchem Grunde erbauen, daß es nicht beim ersten Anprall zusammenstürzt.

Soviel zur Entgegnung auf den Vorwurf des Krypto-Republikanismus.

Das „Vorwort“ der Siebenzehn sagt: Die Gewohnheit des Gehorchens sei an unsere Fürstenthümer geknüpft und lasse sich nicht beliebig wo andershin verlegen, d. h. es müsse in Deutschland Anarchie eintreten, wenn nicht ein erblicher Monarch an der Spitze stehe. Wir geben den ersten Satz in Beziehung auf die Einzelstaaten vollständig zu und kämpfen eben aus diesem Grunde für die Erhaltung der bestehenden Dynastien. Aber wir halten die Anwendung auf das gesammte Deutschland für eine durchaus verfehlte. In den einzelnen Staaten ist die Gewohnheit des Gehor-

chens allerdings an die einzelnen Fürsten geknüpft. Die ganze staatliche Ordnung findet in ihnen ihre Spitze, alle Autoritäten leiten sich formell wenigstens von ihnen her, die ganze Staatsmaschine setzt sich auf ihr Geheiß in Bewegung, ihre Autorität greift in die Masse des Volkes hinein, alle bestehenden Rechtsverhältnisse beruhen auf ihrer Sanction, und in dem ewigen Wechsel aller Elemente des Staatslebens sind sie das allein Bleibende, das Alles Zusammenhaltende. Eine Republik in den einzelnen Staaten könnte bei unserm Bildungszustande leicht zu dem Mißverständnis führen, als ob mit der Berufung Aller zum Regieren die Willkür Aller das Regiment behaupten dürfe. Dieses Verhältnis ist aber nicht gemacht, es ist geschichtlich geworden. Es ist eben die lange Gewohnheit des Daseins, es ist die Geschichte vieler Jahrhunderte, es sind die mit der Muttermilch eingesogenen Traditionen der Väter, welche dieses Band geknüpft haben. Diese lange Gewohnheit des Gehorsams ist es, welche den gegen die Monarchie erhobenen Stürmen getrotzt hat, und welche ihnen hoffentlich noch lange Zeit trohen wird. — Aber findet denn von diesen Gründen für das Fortbestehen der alten Dynastien auch nur ein einziger auf die Möglichkeit und Nothwendigkeit einer neuen deutschen Erbmonarchie Anwendung? Kann man es denn verkennen, daß die Stellung des deutschen Reichsoberhauptes zu dem deutschen Volke eine ganz andere sein wird, als die der einzelnen Fürsten zu ihren Unterthanen? Die Stellung der Letztern zu der ganzen Masse ihres Volkes ist eine unmittelbare. Alle Einzelinteressen suchen in ihnen ihren letzten und höchsten Schirmherrn, alle Bedingungen der Ordnung finden in ihnen ihren, wenn auch idealen Stützpunkt, ihre oberste Garantie. Wollte man diese Gewohnheit staatlicher Anschauung gewaltsam abschneiden, so würde allerdings Vertrauens- und Rathlosigkeit in den Massen einreißen. Aber so soll es ja auch bleiben, die Einzel-, die Lokal- und die besonderen Staatsinteressen, alle in die Masse der Bevölkerung verzweigten Anstalten für Ordnung und Sicherheit sollen ja auch im einzigen deutschen Reich ihren Mittelpunkt in den einzelnen Fürsten finden. Die Fürsten sollen und werden ja ein Damm gegen die Anarchie im Innern bleiben.

Die Stellung des Reichsoberhauptes aber wird, wenn wir nicht ein ununterschiedenes, ungegliedertes Reich wollen, immer eine mehr oder weniger mittelbare sein. Das Reichsoberhaupt wird Deutschland nach Außen vertreten, es wird die gemeinsamen Interessen desselben in seine Hand nehmen, die Grundbedingungen der Freiheit im Allgemeinen wahren und ihre Unverletzlichkeit überwachen, aber zur Ausführung der Reichsgesetze die bestehenden Regierungen als Organe nicht umgehen. Es wird mit einem Wort in keine direkte, alle Lebensverhältnisse im Einzelnen durchdringende Beziehungen zu den Bürgern der Einzelstaaten treten, und die Erhaltung der Ordnung im Einzelnen wird nicht dergestalt ihm obliegen, daß es des Zaubers einer Majestät bedürfte, um eine Garantie gegen Anarchie zu gewähren, wobei es übrigens noch sehr zweifelhaft ist, ob eine neu geschaffene Kaiserwürde einen solchen Zauber üben würde. Man sagt uns ferner, daß es ein Bruch mit unserer ganzen Vergangenheit sein würde, wenn wir nicht für das gesammte Deutschland nach dem Vorbilde der einzelnen Staaten eine erbliche Monarchie herstellten. Wir können auch diese Behauptung nur halb zugeben, und diese wahre Seite derselben beweist nichts für unsern Fall. Wir würden allerdings mit unserer ganzen Vergangenheit brechen, wenn wir die Monarchie in den Einzelstaaten aufgeben wollten; das wollen wir aber auch nicht. — Aber wir brechen durchaus nicht mit unserer Vergangenheit, wenn wir für Deutschland keine erbliche Kaiserwürde neu herstellen. Der Bruch mit dem deutschen Kaiserthum ist schon zu Anfange dieses

Jahrhunderts ganz vollständig erfolgt. Das deutsche Kaiserreich ist in sich selbst zusammengebrochen. Der deutsche Bund, dieser Mischung von Staatenbund und Bundesstaat hatte im Wesentlichen bereits eine republikanische Verfassung, wenn auch eine hocharistokratische. Wäre aber der Bruch mit unserer kaiserlichen Vergangenheit noch nicht erfolgt, so würden wir mit aller Kraft darauf hinarbeiten, denselben zu beschleunigen. Die jahrtausendalte Geschichte des deutschen Kaiserreiches bietet uns, so weit wir auch zurückgehen, das Bild der traurigsten Zerrissenheit. Als im dreißigjährigen und im siebenjährigen Kriege die deutschen Stämme einander gegenseitig zerfleischten und beide Parteien Deutschland weiteisenend ans Ausland verriethen, da gebot auch ein Kaiser über Deutschland. Will man dagegen einwenden, daß der Mangel der Erblichkeit die Schuld an diesem Unglück trage, so erinnern wir daran, daß gerade in den letzten Jahrhunderten bis zur Auflösung des Reiches die Erblichkeit faktisch eingetreten war. Was Deutschland Großes aus seinem Schoße geboren hat, das verdankt es wahrlich nicht seinem Kaiserthum. Mit diesem verknüpft sich die Erinnerung an unsere Schwäche und Erbärmlichkeit, und obschon noch kein halbes Jahrhundert seit seinem Erlöschen verfloßen ist, ist die Erinnerung daran doch schon ganz aus dem Bewußtsein des Volkes verschwunden. Hüthen wir uns, die Geschichte unserer Zukunft an die Formen einer Vergangenheit zu knüpfen, welche uns nur brennende Schamröthe in die Wangen treiben, nur das Gefühl tiefster Demüthigung in unserer Brust wachrufen kann.

Man behauptet endlich: ein erblicher deutscher Kaiser sei nothwendig zur Einhaltung einer starken und einheitlichen Politik nach außen. Lassen wir uns nicht durch einen falschen Schein blenden! Was ist der Maßstab für die äußere Politik eines Volkes? das Interesse und der Charakter des Volkes. Soweit diese dauernd und unveränderlich sind, werden sie immer in der Vertretung des deutschen Volkes und der Regierungen ihren Ausdruck finden und es bedarf keiner einzelnen, bleibenden Persönlichkeit, um diese Einheit zu erhalten. So weit aber die Interessen und Anschauungen des Volkes im Laufe der Zeit sich ändern, so weit soll und muß auch die äußere Politik eine andere werden, und wehe dem Vaterlande, wenn ein eigenwilliger Herrscher sich dieser Aenderung widersetzen sollte. *Exempla sunt odiosa.* Soll denn die persönliche Anschauung des Kaisers der Maßstab unserer äußeren Politik sein?

Hat man ferner jemals darüber klagen hören, daß die britische Politik der einheitlichen Leitung entbehre? Oder hat Jemand soviel Unkenntniß der Geschichte der Zustände Englands, um zu behaupten, daß in der Persönlichkeit der Königin diese Einheit ihren Grund und ihren Stützpunkt habe? Das Oberhaus und Unterhaus machen und leiten diese Politik. Die in beiden Häusern vertretenen Interessen und Gesinnungen des britischen Volkes geben den Maßstab für die britische Politik ab, die ohne Königin nicht minder einheitlich sein würde.

Auch wir werden bei einer wahren, durchgreifenden, wohlorganisirten Vertretung des deutschen Volkes und der deutschen Regierungen am Bundestage einen Kaiser sicher entbehren können.

Preußen.

Berlin, 6. Mai. Angekommen: Sr. Durchlaucht der Fürst August v. Sulkowski, von Reisen. (Militair-Wochenblatt.) v. Eckartsberg, Pr. Lt. vom 7. Hus. Regt., zum Rittm. u. Eskadr. Chef ernannt, und für diesen der Sec. Lt. v. Marcard vom 4. Kür. Regt. als dienstl. Abjut. zur 10. Div. kommandirt. Benicke, Rittm. vom 8. Hus. Regt., zum Major. v. Wrangel, Gen. Lieut. und

Kommandir. General des II. Armeekorps, der Char. als General der Kav. verliehen und demselben der Oberbefehl über die nach Holstein gesandten Bundestruppen erteilt. v. Thümen, Sec. Lt. vom 6. Inf. Regt., für die Dauer des Feldzugs in Schleswig-Holstein zur Dienstl. beim 2. Inf. Regt. kommandirt. v. Stockhausen, Gen. Major u. Komdr. der 9. Inf. Brig., zum Chef des Stab. bei dem Gen. der Kav. v. Wrangel bestimmt. Prinz Georg von Hessen-Cassel, Gen. Lieut. und Gouverneur von Magdeburg, die nachgesuchte Entlassung bewilligt. Müller, Pr. Lt. vom 3. Bat. 6. Pw.-Rgt., der Abschied bewilligt.

♣ Berlin, 5. Mai. Aus der gestern Abend zu Gunsten des jüngeren Schöffel gehaltenen, sehr zahlreich besuchten Volksversammlung begab sich in großer Ordnung eine Deputation zu dem Kammergerichtspräsidenten Koch, um bei demselben die Loslassung des Verhafteten nachzusuchen. Herr K. versprach, das Anliegen noch heute im Kollegio vorzutragen. Aengstliche Gemüther hatten gestern gegen 9 Uhr Abends die Sage in der Stadt verbreitet, die Volksversammlung, aus 3000 handfesten Leuten bestehend, wolle die Hausvoigtei stürmen. Sofort ertönte das Hornsignal, die Bürgerwehr besetzte die Hausvoigtei, und als Referent auf dem Hausvogteiplatz sich begab, fand er etwa 50 Bürgergardisten und einige Neugierige. — Der „polnischen Republik“, die bereits versucht hat, diplomatische Verbindungen mit Frankreich anzuknüpfen, sind in jüngster Zeit bedeutende Geldmittel zugeflossen; auch sind Agenten nach London abgegangen, um dort Munition, Waffen und Uniformen anzukaufen. — Gestern fand abermals eine aus 4000 Personen bestehende Landwehrmänner-Versammlung in der Karlsstraße statt, die sich der bereits erwähnten Petition anschloß. Man beschwerte sich darüber, daß die Offiziere in einer Volksversammlung bewaffnet erschienen waren. Die Landwehrmänner in Soldin und Frankfurt sollen sich ihren Berliner Kameraden angeschlossen haben. — Unter den Auspizien von Stahl und Henning versuchte sich gestern ein konservativer Klubb zu organisiren. Nach langen, ziemlich ungeschickten Debatten beschloßen die Herren, welche für ihre Sesssionen das Wort „Klubb“ vermeiden und sich „vaterländischer Verein“ nennen wollen, sich abermals zu versammeln. Man kann von gewissen Leuten sagen: Sie haben viel gelernt und viel vergessen! — Der politische Klubb wird einen Abgesandten nach Posen senden, der sich als Augenzeuge von der dortigen Sachlage unterrichten soll. Hier finden lediglich sehr stürmische Wahlversammlungen statt: die Herren Nauwerk, Dr. Schweizer, Friedrich von Raumer haben ziemlich viel Chancen für sich. — Die endliche Anerkennung Spaniens hat hier viel Theilnahme gefunden, zumal man in diesem Schritt den Beginn für die endliche Reorganisation unserer Beziehungen zum Auslande erblickt, und auch diesen und jenen merkantilischen Vortheil, namentlich den Linnenhandel Schlesiens betreffend, zu würdigen versteht. Oesterreich wird ebenfalls die Königin Isabella anerkennen. Eine Einkommensteuer von einem Prozent von 300 Rthl. an ist beschloßen worden. — Wir haben hier sehr traurige Nachrichten von den an Westpreußen grenzenden pommerschen Kreisen. In Arenswalde, Bernstein und der Umgegend täglich Unruhen; die Juden mußten sämmtlich aus Bernstein fort. In Arenswalde war vorgestern ein blutiger Tumult; doch siegten die Bürger über die eingedrungenen Unruhstifter. Auf dem Lande dort sind fast keine Gutsbesitzer, sondern meistens Tagelöhner gewählt, in den kleineren Städten meistens Handwerks-Gesellen.

Z Berlin, 5. Mai. Gestern ist ein früher hier ausgehendes Freikorps nach seiner Rückkehr aus Schleswig wieder in unsere Stadt eingezogen. Die Mannschaften hatten einige Tage in dem Dorfe Pankow in Quartier gelegen, wo ihnen auf Antrieb einiger dortiger Einwohner von der Polizei auf eine sehr kleinliche Weise die Waffen entlockt worden waren. Es wurde sofort von mehreren Seiten Einspruch gegen diese demüthigende Maßregel erhoben, und auf vielfache Verwendung, namentlich auch des Studentenkörpers, erschien gestern Nachmittag ein Polizei-Kommissar in Pankow, welcher die abgenommenen Waffen zurückgab. Das Korps marschirte nun feierlich in die Stadt ein, und lieferte am Abend seine Waffen beim Zeughause ab. — Gestern Morgen ist noch ein neues Freikorps von 200 Mann auf der Hamburger Eisenbahn nach Schleswig abgegangen. Inzwischen treffen hier Nachrichten ein, daß das Generalkommando der Truppen in Schleswig damit beschäftigt ist, sämmtliche Freischäuler in ihre Heimath zu entlassen, weil bei der ferneren Führung des Krieges deren Hilfe nicht mehr erforderlich ist. — In unserer Bürgerschaft erhebt sich vielfeitiger Widerspruch gegen die beabsichtigte Uniformirung der Bürgergarde. Mit Recht sucht man in dieser Uniformirung eine unnütze Belastung der ärmeren Handwerker, ganz abgesehen davon, daß durch die militärischen Rangunterscheidungen unvermeidlich auf der einen Seite der Geist der Eitelkeit und der Herrschsucht, auf der andern der Geist der Eifersucht geweckt wird. Dem Vernehmen nach sollen die Urheber des Plans der Uniformirung auch größtentheils bereits von ihrer Idee zurückgekommen sein. — Eine

Anzahl von Schneidermeistern beklagt sich durch öffentlichen Anschlag über die Forderungen der Gesellen in Betreff der Lohnerhöhung und der Abkürzung der Arbeitszeit. Die Klage findet beim Publikum Anklang, da es denn doch am Ende das konsumirende Publikum ist, welches den Schaden der allgemeinen Vertheuerung der Lebensbedürfnisse zu tragen hat.

Die schon seit längerer Zeit beschlossene Anerkennung der Königin Isabella von Spanien ist definitiv ausgesprochen. Als preussischer Gesandter wird der gegenwärtig in Lissabon befindliche Graf Raczinski nach Madrid gehen. Ueberhaupt werden mehrere Veränderungen in den diplomatischen Verhältnissen stattfinden. Der Graf Dönhof ist auf seinen wiederholten Antrag von Frankfurt a. M. abberufen, und wird durch Herrn v. Ufedom, bisher in Rom, ersetzt werden. Dieser Diplomat reist schon heut zu seiner neuen Bestimmung ab. In Rom wird Herr v. Kanitz, der sich schon seit längerer Zeit dort befindet, einseitigen die Angelegenheiten Preußens vertreten. Auch für München, Wien und einige andere Residenzen sollen Veränderungen eintreten, für welche indes die Beschlüsse noch nicht fest stehen.

Die französischen Zeitungen schildern den Krieg gegen die Dänen als einen wahren Raubkrieg von unserer Seite, wobei die Gefangenen bis auf's Hemd ausgeplündert würden. So entschieden sich diese Behauptung schon widerlegt hat, wird es doch von Interesse sein, einige positive Fakta kennen zu lernen, die den Geist, in welchem sich das preussische Militär benimmt, charakterisiren. Wir entnehmen Folgendes einem Privat-schreiben von zuverlässiger Hand: Auf dem Schlosse Gottorp hatten wir bis dahin freies Diner und Souper, und sahen als Gäste eils dänische gefangene Offiziere bei uns, die sich sehr brav geschlagen hatten, und die wir als gebildete persönlich liebenswürdige Männer mit wahrer Kameradschaft aufnahmen. — Sie sind jetzt mit 215 Gemeinen nach Rendsburg transportirt. Einer von ihnen hatte sich mit seiner Kompagnie erst ergeben, als nur noch 20 Mann derselben nicht verwundet waren. Als die Gefangenen vor dem General v. Wrangel vorübergeführt wurden, gab dieser ihm den Degen zurück mit den Worten: „Sie sind der bravste Däne, welchen ich bisher kennen gelernt habe, empfangen Sie daher Ihren Degen aus meiner Hand zurück.“ — Der General Wrangel ließ alle erbeutete Offizierabgabe unter die gefangenen Offiziere vertheilen, und trug für ihre vollständige Bekleidung Sorge. Ueberhaupt haben die Preußen auch nicht einen Tornister geöffnet, und nur Waffen und Pferde genommen. So kam ich in Besitz einer guten dänischen Büchse, welche ich gegen einen Schluck Cognac aus meiner Feldflasche von einem verwundeten Scharfschützen eintauschte. — Der Hauptmann Norman ist leider in Folge der Amputation gestorben. Von mehreren schwer verwundeten Kameraden haben wir das Gleiche zu fürchten. Der Verlust an Todten hat sich auf preussischer Seite bis jetzt so gestellt: 3 Offiziere, 33 Unteroffiziere und Gemeine; auf dänischer 10 Offiziere, 120 Unteroffiziere und Gemeine. Verwundete beider Theile liegen hier (in Flensburg) etwa 600, von denen jedoch bis jetzt täglich 10—12 gestorben sind. Dänen und Preußen werden mit gleichen militärischen Ehren begraben. Die Zahl der gefangenen Dänen beträgt nach den genauesten mir bis jetzt gewordenen Angaben 13 Offiziere und 415 Gemeine.“ — Diese That-sachen werden wohl den französischen Zeitungs-Artikel hinlänglich beseitigen.

Die aus Schleswig-Holstein zurückgekehrte Freischaar, welche sich in Pankow einquartirt hatte, hat ihre Waffen zurück und die Erlaubniß erhalten, mit denselben in Berlin einzumarschiren, um sie sodann im Zeughause abzuliefern. (Vos. 3.)

♣ Breslau, 4. April. (Post-Angelegenheit.) In Nr. 101 dieser Zeitung wurde auf die Nachtheile hingewiesen, die durch das jetzt eingeführte Verfahren bei Aufgabe von Vorschussbriefen dem Publikum erwachsen. Diese Maßnahme kann nur Personen zur Last fallen, die von dem alten Systeme nicht ablassen können oder wollen. Bevor die Umgebungen des Herrn v. Schaper nicht entfernt sind, kann uns kein Vertrauen auf eine befriedigende Postreform geboten werden. — Eben so engherzig und geradezu ungerecht ist namentlich die durch das Amtsblatt Nr. 17 ergangene Bestimmung, welche durch die Erläuterungen in Nr. 21 des Amtsblatts verdeutlicht wird, daß nämlich für Sendungen mit Beträgen unter und bis zu einem Thaler Cour. keine besondere Taxermäßigung eintritt. Früher kostete ein Brief bis zu einem Thaler Cour., wenn er nicht über 3 Loth, nach Dels 1 Sgr.; — das jetzige Porto beträgt indes für einen 1½ Loth schweren, mit Courant unter einem Thaler beschwerten Briefe dahin 2 Sgr., und hierzu tritt noch eine Affekuranz-Gebühr von ¼ Sgr., mithin kostet nach der neuen Taxe ein solcher Brief 1½ Sgr. mehr als früher. Bedeutender tritt dieses Mißverhältniß indes bei weiteren Entfernungen hervor: bis zum 14. April kostete ein Brief mit 15 Sgr., 2 Loth schwer, nach Koblenz 5 Sgr.; jetzt dagegen ein Brief mit 15 Sgr., 2 Loth schwer, dahin

Porto 10 Sgr., Affekuranzgebühr 1 Sgr., mithin 6 Sgr. mehr. Deshalb wird, wenn eine Porto-Ermäßigung eintritt, nicht wenigstens der Grundsatz festgehalten, daß keine Sendung mehr als früher kosten darf, und daß bei dieser Ermäßigung nicht einzelne Gelbbeträge, wie jetzt, um das doppelte Porto vertheuert werden dürfen? Als eine ebenfalls nicht in den Grundsätzen der Billigkeit liegende Bestimmung der neuen Taxe erscheint uns die Zahlung der Affekuranz-Gebühr für gerichtliche Dokumente. Sendungen dieser Art wurden früher ohne Rücksicht auf die Höhe des deklarirten Werths mit der Schrifttaxe belegt. Außer dieser Taxe unterliegen jetzt noch alle Dokumente einer Garantieprämie, bei der sogar selbst die Summen über 1000 Thaler keine Ermäßigung auf die Hälfte, wie bei Courant, Kassenanweisungen und Gold, in Anwendung kommt. — Wir wollen hoffen, daß Herr v. Schaper diese Mißverhältnisse gegen die bisherige Observanz einer Prüfung unterwerfen werde.

Zu der Frage: über Ablösung der Feudallasten.

..... Die Abgaben und Lasten, welche den Rustikalgrundstücken den Dominien gegenüber ankleben, müssen aufgehoben werden! So hört man von vielen Seiten reden, und selbst die ruhigsten und verständigsten Gemeinden sprechen diese Forderung aus. — Als Grund dafür wird angeführt:

- 1) weil die Abgaben und Lasten dem freien Gebrauch des kleinen Grundeigenthums hindernd in den Weg treten. Bei genauerer Betrachtung paßt dieser Grund aber nur auf Dienste und Servituten, und während die ersten fast überall schon in Renten verwandelt sind, hört man von Aufhebung der Servituten fast nirgends oder nur beiläufig reden.
- 2) weil sie den Rustikal-Besitzer abhängig vom Dominium machen! — Das ist wahr, aber fast in keinem größeren Maße, als Schuldner von ihren Gläubigern abhängig sind. Folgt nun daraus das Unhaltbare aller dieser Forderungen eben so gewiß, als das Verlangen nach Aufhebung aller Schulverhältnisse lächerlich ist? — Mit nichten! Nicht von einem persönlichen Schuldner einem persönlichen Gläubiger gegenüber, dem zur Sicherung seiner Forderung ein Unterpfand oder eine Hypothek bestellt worden, sondern von Leistungen eines Grundstücks zu Gunsten eines anderen ist hier die Rede, von Leistungen, die ihrer Bestimmung und Benennung gemäß in recognitionem domini gegeben und gefordert werden. — Diese Leistungen stehen in genauem Zusammenhange mit allen sonstigen Rechten und Ehrenrechten des Dominii der Gemeinde gegenüber, von welchen einige sogar von der ganzen Gemeinde, also solche (nicht von speziell verpflichteten Grundstücken) erhoben werden, so daß der Besitzer des letzteren sich als Dominus der letzteren gerirte, und die Stellung der sogenannten gnädigen Grundherrschaft sich sogar in dieser Beziehung dokumentirte. Hierin liegt das Unwürdige und der Grund für die jetzt hervortretenden Forderungen. Es soll und darf kein praedium dominans und kein praedium serviens, sondern nur große und kleine Grundbesitzer mit vollkommen gleichen Rechten geben. Das hatte man schon im Jahre 1809 erkannt, und obgleich die späteren Zeiten nie aufgehört haben bei jeder Gelegenheit laut und offen auszusprechen, was Noth thut, hat man doch in völliger Verblendung derselben höheren Orts dahin gestrebt, diese mittelalterlichen Verhältnisse von Neuem ins Leben zu rufen, und die Gemeinden unter die Vormundschaft und Abhängigkeit der Dominien zu bringen. Hinc illae lacrimae, und das der Grund von der jetzt zum Theil mit maßloser Heftigkeit hervortretenden Forderung!

Wie soll aber derselben genügt werden? — Etwa dadurch, daß die Gesetzgebung mit einem Federstriche dem Einen die wohlverworbenen Rechte entzieht, um dem Anderen damit ein Geschenk zu machen? — Mit nichten! So lange es irgend möglich, muß eine Regierung, von welcher Form sie auch sei, ihren Akt der Gesetzgebung nicht mit einem Raube beginnen! Oder aber durch allmähliche Ablösung nach den Vorschriften der gegenwärtigen Ablösungs-Ordnung? Eben so wenig! Denn dadurch würde das bestehende Verhältniß noch in 100 Jahren nicht, und vielleicht niemals vollständig gelöst werden. Es bleibt demnach nur übrig;

- 1) freiwillige Verzichtleistung auf einen Theil der Abgaben, und zwar den unbilligsten und drückendsten.
 - 2) Ablösung der übrig bleibenden Abgaben durch Ausfertigung von Rustikalpfandbriefen, deren Kapitalwerth durch den 18fachen Betrag der Abgaben festgestellt wird.
- Aufgehoben müssen werden:
- a) alle Abgaben, Lasten und Dienste, welche keinem bestimmten Grundstücke ankleben, sondern von der ganzen Gemeinde dem Dominium geleistet werden,

als Jagdbienste, Wächterdienste, Wächtergeld, Dreidingsgeld, Speisegeld u. s. w.

- b) Das Schutgeld von Einliegern, und der sogenannte Jurisdiktionszins von Häuslerstellen, welche auf Rustikalgrundstücken erbaut sind.
- c) Die Jagdgerechtigkeit mit der Modification, daß dem Rustikalbesitzer das Erlegen des Wildes auf dem Anstande, und das Fegen mit Hunden untersagt ist, die Jagd auf einspringende Parzellen aber gegen eine nöthigenfalls durch Sachverständige zu ermittelnde Entschädigungs-Rente dem Besitzer des großen zusammenhängenden Jagdterrains verbleibt. Die Nothwendigkeit dieser Modificationen ergibt sich von selbst.
- d) Das Auenrecht mit der Fischerei-Gerechtigkeit in den innerhalb der Rustikal-Feldmark gelegenen Privat-Flüssen.

Verwandelt müssen werden alle unbeschränkten Gefälle in eine fixirte Rente, und zwar die Besitzveränderungs-Abgaben nach den bisherigen Vorschriften, mit Aufhebung aller Nachschufrente.

Ermäßigt endlich müssen werden alle Abgaben von unbeschränkten Häuslerstellen bis zum Betrage von höchstens 15 Sg. jährlich für alle Leistungen insgesammt. — Diese armen Leute werden an manchen Orten durch ihre Dominialabgaben und Lasten fast erdrückt, und hier thut eine Verzichtleistung dringend noth. Wer sich hier auf Urbaren, rechtskräftige Erkenntnisse und Rezepte berufen will, versteht nicht was die Zeit fordert und verdient, daß die Gesetzgebung ihm die Genugthuung entzieht, aus eigener Ueberzeugung und Entschließung aufzopfert zu haben, was zu halten eben so unbillig als unmöglich ist.

Aufrecht müssen erhalten werden alle bisherigen Ablösungen durch Land, Kapital oder Rente, dergestalt, daß das bisher Geleistete unter keinem Vorwande zurückgefordert werden kann.

Dagegen müssen die Domänen befreit werden von allen Kriminalkosten und von den Kosten der Armenpflege, und beide von den Gemeinden und Domänen nach den Bevölkerungsverhältnissen aufgebracht werden. Soll und will die Gemeinde sich selbstständig machen, sollen alle mittelalterlichen Suprematsverhältnisse gelöst werden, so darf dieselbe auch keine Anforderungen an das Dominium machen, die in jener Bevormundung ihren alleinigen Grund haben, zumal mehrere jener Abgaben und Gerechtsame, auf welche der Gutsbesitzer nach dem obigen Verzicht leisten soll, ausdrücklich zur Bestreitung jener Kosten erhoben und gefordert wurden. — Jene Kosten dem Staate zur Last legen zu wollen, hieße die Gemeinden von allen Verpflichtungen entbinden, die ihnen als solche obliegen, und die Summe der lächerlichen unhaltbaren Forderungen vermehrend, mit dem Begehren nach einer wohlfeilen Staats-Regierung in Widerspruch treten.

Die Gesetzgebung hat hierbei nicht weiter einzuwirken, als daß sie

- 1) die nach der Verordnung vom 30. Juni 1834 errichteten Kreisvermittlungs-Behörden (bestehend aus sachkundigen zuverlässigen Personen aller Stände des Kreises) beauftragt, sich dem Geschäfte der Regulirung nach den obigen Grundsätzen zu unterziehen, und daß sie dem Provo-katen die Verpflichtung auferlegt, sich vor dieser Behörde auf geschickte Vorladung zu stellen, unter der Verwarnung, daß ausbleibenden Falles angenommen werden würde, er wolle sich auf keine Regulirung im gütlichen Wege einlassen;
- 2) daß sie die Vormünder, Kuratoren und Vormundschafts-Behörden autorisirt, nach obigen Grundsätzen einen Vergleich abzuschließen und zu bestätigen;
- 3) daß sie die berechtigten Gutsbesitzer verpflichtet, für ihre übrig bleibenden und auf die Rustikalgrundstücke eingetragenen Abgaben, sich mit einer Kapitalsentschädigung zum 18fachen Betrage zu begnügen, welche in $3\frac{1}{2}$ prozentigen Pfandbriefen ihnen gewährt wird;
- 4) daß alle Gemeinden, welche dieser Regulirung beitreten wollen, sich zur Bildung eines solidarischen Rustikalverbandes verpflichten müssen;
- 5) daß nebenher die General-Landschaft nach vorgängiger Genehmigung ihrer Seite mit ihren Reservefonds die Garantie für diese auszufertigenden Rustikalpfandbriefe übernehme, und
- 6) daß die Hypothekengläubiger sich die Regulirung der Abgaben nach obigen Grundsätzen gefallen lassen müssen, dergestalt, daß die postlocirten Gläubiger in die durch die Ablösungskapitalien getilgten Schuldenbeträge heraufzürücken.

Die Gemeinden, wenn sie nicht ganz verblendet sind, werden, die beträchtlichen Opfer der Domänen würdigend, fast alle hierauf eingehen und als Provokanten auftreten, die Gutsbesitzer aber, wenigstens zum größten Theile, das ihnen hiedurch gebotene Mittel ergreifen, mit einem Male aus allen Verhältnissen mit der Gemeinde heraus zu kommen, und ein freundliches Nachbarverhältnis zu begründen. — Steht nun durch die Bemühungen der Vermittlungsbehörden fest, worauf Seitens des Dominii Verzicht geleistet worden,

und welche Abgaben von jedem Grundstück unzweifelhaft bestehen bleiben, so wird, sobald letztere eingetragen sind, über den zum 18fachen Betrage berechneten Kapitalsbetrage die erforderliche Zahl von Rustikal-Pfandbriefen ausfertigt, der Austausch mit den auf dem Dominialgute haftenden Pfandbriefen Litt. A. bewirkt, letztere sodann kassirt und im Hypothekenbuche des Dominio gelöscht. Die Kreiskassen erheben die Rentenbeträge durch Vermittelung der Dreischützen in den festgesetzten Terminen, führen die Gesamtbeträge an die Fürstenthumslandschaft ab, die die Inhaber der Rustikalpfandbriefe mit den Zinsen befriedigt, den Ueberrest aber sofort wieder zum Ankauf von Rustikalpfandbriefen verwendet. Auf diesem Wege werden in circa 19 Jahren alle Dominialabgaben und zugleich alle Steuern, welche von diesen Dominialprästationen bisher haben entrichtet werden müssen, abgelöst sein. — Der Dominialbesitzer büßt durch die Bestimmung zu 3. den 10ten Theil seines Kapitals ein, da jedoch nach dem Gesetzentwurf für die Landrentenbank eine gleiche Kapitalisirung vorgeschlagen war, so wird dieser Umstand kein erhebliches Hinderniß sein, auf Regulirung der Abgabenverhältnisse nach obigen Grundsätzen einzugehen. — Sollte jedoch an einzelnen Orten der Versuch der Regulirung auf gütlichem Wege scheitern, dann wird es für die Gesetzgebung an der Zeit sein, einzuschreiten, an denjenigen Grundsätzen, die im Wege der Vereinigung als Regel angenommen worden, für die erforderlichen gesetzlichen Bestimmungen zugleich einen sicheren Anhalt zu nehmen. — Sollte endlich die General-Landschaft die zu 5. begehrte Garantie nicht übernehmen wollen, und die Regulirung dieser Angelegenheit ganz von sich ablehnen, dann freilich bliebe nichts anderes übrig, als Kreis-Rustikal-Sozietäten zu bilden, und Seitens der Kreis-Kassen unter Kontrolle des Landrathes, eines Deputirten aus der Zahl der Dominialgutsbesitzer und eines Rustikalbesitzers die Ueberschüsse in halbjährigen Terminen, freilich unter Uebernahme derjenigen Nachteile, welche die Schwankungen der Kurse mit sich führen, durch Ankauf von Pfandbriefen Litt. A. und Litt. B. so lange anzulegen, bis der Kapitalsbetrag der Renten und der Steuern vollständig gedeckt ist.

— Münster, 3. Mai. In keinem Theile der Monarchie werden die Wahlen der Wahlmänner wohl so merkwürdig schlecht ausgefallen sein, wie die vorgestern und zum Theil noch gestern vorgenommenen Wahlen in Münster und dem Münsterlande. Auf dem Lande sind fast überall nur Geistliche und Küster gewählt. Man bezeichnet sogar als designirte Abgeordnete nach Berlin und Frankfurt unsern Bischof, den ultramontanen Professor Walter in Bonn und den Professor B. Vinde in Siegen, einen geborenen Westphalen, der ein Freund des gestürzten Ministeriums du Teil und der den Haß und Furcht des ganzen hessischen Volkes auf sich geladen hat. — Es hat sich hier ein konstitutioneller Klubb gebildet, der aber nicht den mindesten Anklang unter der Bürgerschaft findet, da sich nur Beamte und Offiziere an die Spitze gestellt haben. Welche Richtung der Klubb verfolgt, mögen Sie daraus entnehmen, daß er bei Berathung der Statuten mit großer Mehrheit beschlossen hat, unter die Zwecke des Vereins nicht die Erörterung sozialer Fragen aufzunehmen und daß Mitglieder des Komitès sogar erklärten, austreten zu wollen, wenn die Majorität den gegentheiligen Beschluß faßte. Um dies zu verhindern, hatte man die konstituierende Versammlung erst am Tage vorher angekündigt und auf eine frühere Nachmittagsstunde verlegt, um der gewerbetreibenden Klasse das Erscheinen möglichst zu erschweren. Einer der Hauptleiter des Komitè ist ein Offizier, der in der Versammlung erklärte, nach seiner Ansicht müßte man jedem Soldaten politische Diskussionen in der Kaserne und unter dem Gewehre bei Todesstrafe verbieten.

Nachschrift. So eben geht hier die Nachricht ein, daß in Warendorf der berühmte Pater Henrichus Gofler, der bekannte Guardian des Franciskanerklosters und der bekannte Pastor Jennemann zu Wahlmännern gewählt sind. Ein sauberes Kleeblatt.

Krefeld, 2. Mai. Die Urwahlen wurden hier gestern in den meisten Bezirken vollendet. Den Umrissen der hierarchischen Partei ist es, gestützt auf die große Masse, gelungen, ihre Kandidaten meistens durchzusetzen. Unser Bekehrerath hat hier keine Aussicht, gewählt zu werden. Wir hoffen und wünschen, daß von andern Orten derselbe nach Frankfurt oder Berlin gesandt werde und es so sich offenbare, daß die Intriguen, welche ihn hier verdrängten, keineswegs überall Anklang finden. (Köln. Z.)

Bonn, 2. Mai. Die am gestrigen Tage vollzogenen Wahlen der Wahlmänner für die Deputirten nach Berlin und Frankfurt sind durchweg zu Gunsten der Konservativen, besonders der klerikalen Partei ausgefallen. Da Professor Walter eine Wahl definitiv abgelehnt hat, so dürften jetzt die Professoren Dahmann, Deiters und Bauerband die meisten Chancen haben. Auch in Aachen hat sich ein entschiedener Sieg des geistlichen Einflusses herausgestellt. (Köln. Z.)

Trier, 2. Mai. Gestern Vormittag fanden dahier die Wahlen statt. In 11 Bezirken wurden sämtliche Kandidaten der Volkspartei ohne Ausnahme Morgens für Berlin und Nachmittags mit noch größeren Majoritäten für Frankfurt durchgesetzt. (Tr. Z.)

* Posen, 3. Mai, Abends. Die Aufregung war hier den Tag über sehr bedenklich. Schon gestern Abend war bei Verfolgung eines Jägers, der den angefallenen Geistlichen v. Prusinowski vertheidigt hatte und sich in die Conditorei von J. Prevosti flüchtete, in dieser Conditorei von Soldaten und Mitgliedern des sogenannten Freicorps große Zerstörung durch Säbelhiebe an den Glasaufsätzen, Glaethüren und Wandstillschrauben angerichtet worden, heute steigerte sich diese Aufregung immer höher, man drohte Stefanski und Krauthofer-Krotowski und Andere aufzuknüpfen zu wollen, bis durch die Ankunft der Leutenants Burgund und Brachvogel und der übrigen Landwehrmänner, die nicht Dienste bei den Polen hatten nehmen wollen, die Wuth etwas besänftigt wurde. Am Morgen hatte General v. Steinacker in der Volksversammlung im Odeum die Forderung nach Waffen zurückgewiesen, später soll er jedoch — wie aus glaubwürdiger Quelle versichert wird — darauf eingegangen sein, daß ein deutsches Freicorps von 1500 Mann gebildet werde, das auf die Kriegartikel vertheidigt werden und den Dienst in der Stadt ausschließlich versehen soll. Das Corps sollte, soweit es sich nicht selbst equipiren kann, Montirung, Waffen und Sold für Rechnung des Militärfonds erhalten. Das Militär würde ganz aus der Stadt zurückgezogen werden. Wir glauben übrigens nicht, daß Herr von Steinacker, wenn auch wirklich von ihm der Plan so genehmigt sein sollte, denselben zur Ausführung bringen wird, da ihm nicht entgehen kann, welche Verantwortung er auf sich laden würde, wenn dadurch ein Angriff auf die hier sich friedlich verhaltenden Polen provozirt werden sollte, was bei der herrschenden Aufregung sichere Folge einer Bewaffnung der Deutschen sein würde. — Heute Mittag schon ging die Nachricht ein, daß der General von Hirschfeld in Breschen von den Polen angegriffen und nach gegenseitigem starren Verlust zurückgeworfen sei. Er sollte dabei 2 Kanonen verloren haben. In Breschen geriethen einige Häuser in Brand, auch ging das Schloß des Grafen Poninski in Sokolowo, bis wohin die Polen die Truppen verfolgten, in Flammen auf; von wem angezündet, läßt sich nicht bestimmen, man sagt von den Truppen. Es haben übrigens an verschiedenen Punkten Gefechte stattgefunden, denn während des Tages hörte man wiederholten Kanonendonner, von hierher gelangten Militärrapporten ist jedoch nichts zur Öffentlichkeit gelangt. — Das gestern verbreitete Gerücht, daß heute 30 Deserteure erschossen werden sollten, hat sich nicht bestätigt, doch soll Miroslawski, zu dem dieses Gerücht gleichfalls gedrungen wäre, an den Herrn General von Colomb (der seit mehreren Tagen krank liegt) ein Schreiben des Inhalts gerichtet haben, daß wenn auch nur einer der gefangenen Polen, ob Deserteur oder nicht, auf Herrn von Colombs oder sonstigen Befehl erschossen werden sollte, er, Miroslawski, seinerseits jeden Gefangenen würde erschießen lassen. Ebenso soll Miroslawski gedroht haben, an der Stadt Posen und deren Einwohnern für jeden Mord eines Polen hier, der nicht von den Polen selbst durch einen Angriff auf die deutsche oder jüdische Bevölkerung Posens provozirt sei, wo und wie er nur könne, an Eigenthum und Leben durch Feuer und Schwert Vergeltung üben würde; wie es aber auch mit dieser angeblichen Drohung beschaffen sei, immerhin sollten die Enragés hier bedenken, daß ihr Eigenthum hier nicht nur nicht so ganz sicher ist, sondern daß ein Ausbruch von ihrer Seite gegen die sich hier friedlich verhaltenden Polen die Bewohner des flachen Landes der größten Gefahr aussetzt. — In Dobornik hat man vor gestern 200 Mann Militär entwaffnet; auch die deutschen Kolonisten bei Moschn soll man entwaffnet haben; kurz, augenblicklich scheinen die Polen überall im Vortheil zu sein, da sie, besser unterrichtet wie die Truppen, überall den Kampf gegen überlegene Truppenmassen zu vermeiden wissen. — Die Posen passiren überall noch sicher, nur von Breschen, Mitošlaw etc. bleiben sie aus, weil man sie nicht abzuschicken wagt. — In unserm konstitutionellen Klubb fangen sich schon Zwistigkeiten an zu regen und das heutige konstitutionelle Blatt warnt, doch nicht durch Diskussionen, wie sie in letzter Zeit mehrfach vorgekommen, selbst den Beweis zu liefern, daß die Reaktion gegen die Polen nur von den Beamten ausgegangen sei.

* Posen, 4. Mai. Ganz ruhig hat der gefürchtete 3. Mai nicht geendigt. In Gorczyn, einem eine halbe Meile von Posen entlegenen Dorfe, wagten es Senfsmänner, welche sich am Chausseeschlagbaum aufgestellt hatten, einem unter Anführung des Leutenants v. Garnier zurückkehrenden Husarenkommando den Weg sperren zu wollen. Wiederholte Aufforderungen und Ermahnungen des Anführers des Kommandos fruchteten bei den bethörten und betrunkenen Bauern nichts, ja man hieb mit den Sensen nach dem Pferde — nun mußte Feuer gegeben werden. Drei Witche aus Gorczyn selbst sollen todt, einige verwundet sein. Im Stadtdorfe Bezze kam es zu einem ähnlichen Anfall

auf die schwache Patrouille, bei welchem ein Husar und ein Bauer gefallen sein soll. Jetzt wäre die Zeit, in der der katholische Klerus der würdigen Mission, christliche Liebe auch gegen Feinde zu predigen, entsprechen könnte. Es gehört wenig Scharfblick dazu, vor auszusehen, daß die lebhafteste Theilnahme der Geistlichkeit an den politischen Bewegungen und ihre Bestrebungen Haß und Zwietracht zu säen, ihr den göttlichen Nimbus rauben müsse, den sie sonst besaß, und der — mögen die Ereignisse sich gestalten wie sie wollen — sie in Polen zu der Misachtung des Volks führen wird, in welcher der Klerus in Spanien, Neapel, selbst Rom gegenwärtig steht. Die älteren Mitglieder des katholischen Klerus verkennen am wenigsten ihre Sendung als Friedens- und Liebesboten und die meisten sind würdige Träger des katholischen Glaubens — weniger gilt dieses von den jüngeren Gliedern, welche von Ehrgeiz und irdischen Leidenschaften gestachelt, sich echt jesuitisch jedes Mittels bedienen, sogenannte Vaterlandsliebe zu Mord- und Blutsucht zu gestalten. Leider wird von oben herab diesem gefährlichen Treiben nicht Einhalt gethan — nicht etwa aus religiösem Fanatismus oder exaltirtem Patriotismus — nein gerade aus Mangel an echter Religiosität und Nächstenliebe, ganz besonders aus — recht irdischer Furcht vor nichtigen Drohungen. — General von Pfuell ist so eben angelangt *). Gott gebe, daß ihm die schwere Sendung, der Provinz Frieden zu geben, gelingen möge. Vom Kriegsschauplatz hört man heute nichts — es scheint, daß sich der Generalissimus Mieroslawski nach Kujawien zieht und Breschen verlassen hat. Der Oberst von Brandt, welcher sich mehrmals sehr ausgezeichnet hat, soll das Oberkommando übernommen haben. Mehrere Sensesmänner-Abtheilungen haben erklärt, daß sie keinen Edelmann zu Anführern nehmen würden, da sie doch der Adel stets an die Feinde verhandelt hätte.

Posen, 4. Mai. Am Abend des 2. d. rückte General v. Hirschfeld vor Breschen, welches er unbesezt glaubte. Von den Windmühlhöhen erst bekam er die dichten polnischen Schaaren zu Gesicht; er zog sich zurück, wurde angegriffen und ließ nun lange Zeit das schwere Geschütz mit Kartätschen und Schrapnells arbeiten. Die Verheerung, die dadurch in den polnischen Reihen angerichtet worden ist, soll grausig sein. Auf preussischer Seite sind 8 Mann gefallen, auf polnischer 5—600. Es heißt, jedes Haus in Breschen sei ein Lazareth; so sollen in einem Hause 20 unglückliche Edelleute liegen, denen beide Beine fortgerissen sind. Alle polnischen Aerzte von hier sind dorthin entboten. Die Frau Gräfin Raczynska ist mit unverzüglicher Einrichtung eines großen Lazareths auf ihrem Gute Rogalin beschäftigt. Das Gut Sokolowo und mehrere Vorwerke in der Nähe von Breschen sind an dem schrecklichen Abende in Flammen aufgegangen. — General v. Steinacker hat gestern Abend den 500 Gefangenen auf Fort Winiary auf seine Kosten eine warme Suppe kochen lassen. „Die armen Kerle“, sprach der menschliche Krieger zum zweiten Kommandanten, „werden ausgefroren sein bei dem kalten Wetter.“ — Der tapfere Feldwebel Kreuzer ist nicht todt; schwer verwundet liegt er im polnischen Lazareth zu Miloslaw und genießt dort, seinem eigenen Briefe nach, unter den Polen gute Pflege. (Pos. 3.)

Posen, 4. Mai. Gestern wurde von hier zum Zweck der Befreiung der in Gorka gefangenen Landwehren ein Detachement von 40 Mann Infanterie unter Lieutenant v. Borowski und 20 Husaren unter Lieutenant v. Garnier ausgesendet. Dieselben drangen bis Krošno, zwischen den beiden Insurgentenlagern von Gorka und Moschin vor, wo sie von der bereits erfolgten Freilassung der deutschen Landwehrlente unterrichtet wurden. Auf dem Rückwege wurden sie von etwa 300 Sensesmännern in Surczyn angegriffen, die nur nach härtnäckiger Begegnung und mit 5 Todten den Platz räumten. In diesem Gefecht hat sich ein jüdischer Soldat ganz besonders ausgezeichnet. Der Bruder des gefangenen D. Brachvogel, der Affessor E. Br., begleitete diese kleine Abtheilung auf ihrem unter den obwaltenden Umständen fast tollkühnen Zuge. — Heute Morgen wurde von Samter der bekannte Mackiewicz schwer verwundet nebst zwei anderen Aufwieglern gefangen eingebracht. Der dort stationirte Lieutenant von Miklaff hält mit seinen Husaren durch überraschende Schnelligkeit die Ruhe im ganzen Kreise aufrecht. — Gegen Mittag wurde der als Anführer in Breschen von allen Seiten her bezeichnete Graf Eduard Poninski hier in Posen verhaftet. Gestern kam der vielfach todt gesagte Graf Severyn Nielzynski hier an, allerdings verwundet, aber, seiner ganzen Erscheinung nach zu schließen, nicht in Lebensgefahr. — Gestern Nacht hat von der Breslauer Seite her an zwei Stellen eine Annäherung Bewaffneter an die Festung stattgefunden. In Folge dessen sind die Wallsteier- und Grabenbrücke verpallisadirt, die anderen Brücken abgedeckt und eine Inundirung steht in Aussicht. Die beiden Eichwaldswege

sind durch Gräben gesperrt, alle Kommunikation dort aufgehoben. — Das flache Land um Posen scheint in vollem Aufstande zu sein. Die Stadt Buk wurde vom Militär verlassen, gleich darauf aber von Sensesmännern besetzt. Auch scheint man einen Angriff auf Dornik zu brabsichtigen, wo jedoch 500 Mann Infanterie stehen, und die deutsche Bürgerschaft bewaffnet ist. Hier in Posen wurden heute gegen 800 d.utsche Freiwillige eingekleidet, auch ist schon ein Freischaarenzug aus der Neumark angelangt. General von Pfuell ist heute Nachmittag hier angelangt; auch ein Theil der Truppen, die bei Miloslaw gekämpft, ist unlängst eingerückt. (Pos. 3.)

Ein Extrablatt zur Posener Zeitung enthält folgende Bekanntmachung: „Nachdem des Königs Majestät in Allerhöchster Gnade den politischen Gefangenen vollständige Amnestie gewährt, nachdem im Vertrauen auf die Folgen dieser Gnade die Kabinettsordre vom 7. März 1846 für diese Provinz außer Wirksamkeit gesetzt, nachdem endlich die erbetene Reorganisation in vollem Maße bewilligt worden ist, durfte erwartet werden, daß die Zustände der Provinz rasch wieder in ihr ruhiges Geleise zurückkehren werden. Dieses Vertrauen ist vollständig getäuscht. Die früheren mannigfachen Uebergriffe sind bis zu fast allgemeiner Landesbewaffnung ausgebeht und so weit getrieben worden, daß bewaffneter Widerstand gegen die königl. Waffen aufzutreten und derselbe in nicht wenigen Fällen zum bewaffneten Angriffe gereizt worden ist. — Die Ruhe und das Wohl der Provinz, welche uns anvertraut und welche wir zu erhalten verpflichtet sind, haben durch alle Schonung, welche wir bisher haben eintreten lassen, nicht gefährdet werden können. Wir können, wollen wir uns nicht schwerer Verantwortlichkeit aussetzen, es hierbei nicht ferner belassen, wir dürfen die Machinationen Einzelner nicht länger mit ansehen, wenn wir das Leben und die Existenz vieler nicht auf das Spiel setzen wollen. — Wir sehen uns deshalb veranlaßt, die Bestimmungen der Kabinettsordre vom 7. März 1846 sofort mit der Publication dieses Erlasses wieder in Kraft treten zu lassen, und indem wir diese wie folgt

- 1) Wer fortan bewaffnet im Angriffe oder im Widerstande gegen die bewaffnete Macht, die Obrigkeit oder deren Abgeordnete ergriffen, imgleichen wer bei Aufwiegelung unserer Unterthanen zum Aufstande oder bei Vertheilung von Waffen zu diesem Zwecke auf freier That betroffen wird, soll vor ein, jedes Mal durch den kommandirenden General anzuordnendes Kriegsgericht, bestehend unter dem Vorhise eines Staats-Offiziers, aus drei Hauptleuten, drei Lieutenants, drei Unteroffizieren und einem Auditeur, gestellt und mit der Todesstrafe des Erschießens belegt werden, die sogleich nach gefälligem und von dem kommandirenden General bestätigtem Urtheil zu vollstrecken ist.
- 2) Dem kommandirenden General steht die Befugniß zu, die Vollstreckung des Todesurtheils zu suspendiren und an uns zu unserer weiteren Entscheidung zu berichten, zur öffentlichen Kenntniß bringen, geben wir uns der Hoffnung hin, daß die Verführungskünste einzelner Böswilliger an dem guten Sinn der Einwohner der Provinz scheitern, und sie uns nicht in die harte Lage bringen werden, diese strengen Mafregeln zur Ausführung bringen zu müssen.

Posen, den 5. Mai 1846.
Der kommandirende General des 5. Armeekorps,
v. Colomb.
Der Ober-Präsident,
v. Beurmann.

B. Krotoschin, 5. Mai. Die hier im Rathhause befindlichen 50 g.fangenen Studenten geben den deutschen Einwohnern gelegentliche Veranlassung zu Bedenkllichkeiten und Besorgnissen, zumal die hiesige militärische Besatzung nur einige hundert Mann zählt. Fast täglich wird unsere Stadt von polnischen Edelleuten, wie seit mehreren Wochen nicht, besucht, die mit den Gefangenen ungehindert stundenlang konferiren, während die Bürger, darob erbittert, unter sich berathschlagen, wie diesem Uebel, das Unheil für die Stadt unbedingt zur Folge haben muß, abzuhelfen wäre. — Aus Pleschen wird gemeldet, daß gestern Vormittag zwei Bauern im Auftrage ihres Dorfes Lnartowice in die Stadt gekommen und von den Bürgern die Auslieferung des dortigen Vicar und des Herrn v. Zycklinski verlangt haben. Diese beiden Herren, schrien sie, haben uns zur Ergreifung der Waffen und zur Empörung gegen den König, unter Versicherung, daß Polen nun ein Königreich für sich sein wird, beredet; sie haben uns hintergangen. Will man diese Männer uns nicht ausliefern, so verlangen wir, daß die Bürger sie richten sollen. Zufällig war keiner der beiden Herren gerade in der Stadt. Im Uebrigen steht dieses Ereigniß nur als ein einzelnes da, und scheint für jetzt keiner Besorgniß der Herbeiführung galizischer Zustände Raum zu geben, denn ein anderes Gerücht aus Zerlow, daß vor dem dortigen Distrikts-Kommissar Schwarz gestern eine Anzahl polnischer Bauern erschienen wäre und verlangt habe, daß er sich ihnen in seiner Uniform zeigen wolle, und als dies geschehen, die Bauern jubelnd riefen: Es lebe der König von Preußen! bedarf noch der amtlichen Bestätigung. Das ist aber gewiß, daß Zycklinski in den Dörfern um Pleschen umherzieht und von Neuem zum Aufstand, Kampf und Widerstand auffordert; auch wird versichert, daß gestern an 40 polnische Edelleute in dem der polnischen Gränze nahe liegenden, dem Herrn v. Kalkstein gehörigen Dorfe Golluchow zur langen Berathung versammelt waren. — Dem in Kozmin garnisonirenden Militär — 1 Schwadron Ulanen und 2 Kompagnien des 7. Infant.-Regiments — ist heute früh die Orde zum Ausmarsch nach Schrimm geworden, und hat dasselbe bereits die Stadt verlassen. Wie es scheint, ist man jetzt ebenso in einer Täuschung über die herrschende Ruhe im dies-

seitigen Theile des Großherzogthums besagen, wie Hr. v. Willisen über die hergestellte Ruhe und gesegnete Ordnung in der ganzen Provinz es war. In dem Umkreise von 6—8 Meilen, außer der sehr unbedeutenden Besatzung in hiesiger Stadt, befindet sich kein Militär.

Krieg mit Dänemark.

Berlin, 5. Mai. Die in Schleswig vereinigten Bundesstruppen haben am 2. Mai die jütische Gränze überschritten und sind bis jetzt auf eine Stunde vor Fredericia vorgerückt. Der General v. Wrangel hat dabei an die Jütländer eine Proklamation erlassen, worin er erklärt, daß er nicht als Eroberer komme, die Einwohner zu friedlichem und ruhigem Betragen ermahnt und sie des Schutzes für ihr Eigenthum in der Achtung für ihre National-Farben versichert und die Behörden auffordert, ihren Posten nicht zu verlassen. — Nach aus dem Hauptquartiere eingegangenen Nachrichten war dänischerseits der Vorschlag zu einem Waffenstillstande auf drei Wochen gemacht, nach welchem, bei Beschränkung der deutschen Truppen auf das feste Land von Schleswig, die Einstellung der feindlichen Mafregeln zur See während des Waffenstillstandes angeboten wurde. Der Ober-Befehlshaber hat dagegen erklärt, es könne von keinem Waffenstillstand und keiner Einstellung der Feindseligkeiten die Rede sein, bevor nicht auch Alsen und alle zu Schleswig gehörigen Inseln geräumt und alles mit Beschlag belegte preussische und deutsche Eigenthum zurückgegeben und der Handel mit allen deutschen Häfen frei geworden sei; bei einer solchen Uebergab: der Insel Alsen sei er bereit, die auf derselben befindlichen Wessirten nicht als Kriegsgefangene zu betrachten, sondern sie nach ihrer Heilung zurückzusenden. Ob die dänische Regierung auf diese sehr mäßigen Bedingungen eingehen wird, ist zu erwarten; inzwischen würden die Operationen unserer Truppen keine Verzögerung erleiden. (Pr. Staats-A.)

Es sind Depeschen des General-Lieutenants Halkett vom 29. und 30. April eingegangen, die keine wesentliche Veränderungen der dortigen Lage berichten. Das Hauptquartier des 10. Armeekorps war noch in Mülbel; dasjenige des Generals von Wrangel war am 28. in Apenrade eingetroffen und sollte am 30. nach Hadersleben verlegt werden. An demselben Tage haben auch die Operationen der königl. preussischen und schleswig-holsteinischen Truppen gegen Jütland angefangen, wobei die Truppen des 10. Armeekorps bestimmt sind, die Rückzugslinie der Ersteren zu decken und die auf der Insel Alsen befindlichen Dänen, über deren Stärke man noch in Ungewißheit ist, zu verhindern, etwas gegen die Operationslinie der vorrückenden Truppen zu unternehmen. Die Picnier-Abtheilung ist am 30. April noch in Flensburg gewesen, um dort Strandbatterien zu errichten; sie sollte aber am 1. Mai bei der Division eintreffen, um Batterien gegen Sonderburg aufzuwerfen. Die Meerenge wird von 2 Briggs, 2 Dampfsschiffen und mehreren Kanonenböten der Dänen besetzt. Der Gesundheitszustand war trotz der starken Märsche, des schlechten Wetters und des Bivouakirens noch sehr erwünscht. Wie stark die Märsche gewesen, kann man daraus sehen, daß die Division am 22. April Abends noch einen Marsch hinter dem preussischen Corps stand, am 24. sich bereits mit der Arrieregarde des Feindes schlug und am 25. dem preussischen Corps einen kleinen Marsch voraus war. (Hannov. 3.)

Hadersleben, 2. Mai, 8 Uhr Morgens. Gestern ist in dem im Gemeindehause zu Christiansfeld, aus dem Hauptquartiere, gehaltenen Kriegsrathe definitiv beschlossen worden, daß heute früh 2 1/2 Uhr die preussische Armee, der sich die schleswig-holsteinischen nebst dem Freikorps anschließen sollen, die Bewegung nach der jütischen Gränze und das Einrücken in die dänische Halbinsel Jütland selbst vornehmen soll. Wahrscheinlich haben heute um 6 Uhr Morgens die ersten preussischen Truppen die Königsau überschritten. Die zu dieser Operation bestimmte Armee besteht aus etwa 12,000 Mann Preußen in zwei vom Fürsten Radziwill kommandirten Brigaden unter von Bonin und Möllendorff (jede zu 6000 Mann) und aus der schleswig-holsteinischen Armee unter dem Prinzen Friedrich v. Augustenburg, der sich das Zastrow'sche Korps beigefellen wird, so daß die Stärke der letzteren wohl aus 5—6000 Mann bestehen wird. Es werden übrigens weder alle Preußen noch alle Schleswig-Holsteiner an dieser Bewegung Theil nehmen, da einzelne Abtheilungen derselben nach Rendsburg, Eckernförde, der Insel Fehmarn, Flensburg u. s. w. detachirt sind. Die Preußen werden den Weg direkt auf Kolding eingeschlagen haben, während Prinz Friedrich von Augustenburg von einem etwa eine Meile davon in westlicher Richtung gelegenen Uebergangspunkte aus eine Flankenbewegung zwei Meilen jenseits Kolding auszuführen versucht haben wird. Hierbei ist vorausgesetzt, daß in oder bei Kolding noch Dänen zu treffen seien — gestern wollte Jemand noch 2—3000 bei Lügumkloster gesehen haben — was aber

(Fortsetzung in der Beilage.)

*) Ueber die Bedeutung der Mission des Generals Pfuell s. den Bericht der Deputation des Breslauer demokratischen Vereins in unserer gestr. 3tg. Red.

(Fortsetzung.)

mit der anderweitig eingelaufenen Kunde, daß Kolding, Weile und selbst Friedericia von den dänischen Einwohnern und sogar von den dänischen Truppen verlassen seien, nicht übereinstimmt. Ja, es verlautet, daß die Dänen bereits alle nach Fühnen sich begeben hätten. Besorglicher Weise wird dem Vernehmen nach Belagerungsgeschütz von den Schleswig-Holsteinern und Preußen mitgeführt, um allenfalls Friedericia nehmen zu können. Vor dem Einrücken in das Herzogthum Jütland hat General Wrangel als Höchstkommandirender der Armee die unten folgende Proklamation an die Jüten in dänischer Sprache erlassen. Der Uebergang der Schleswig-holsteinischen Truppen geschah bei Faarbro. Habersleben wird wohl, nachdem die preussischen Truppen unter Möllendorff heute um 5 Uhr Morgens von hier ausgezogen, für's Erste ohne Besatzung bleiben.

Die Proklamation des General Wrangel lautet also: „An die Bewohner von Jütland! Ein deutsches siegreiches Heer wird morgen die Grenze Eures Landes überschreiten; nicht in feindseliger Absicht kommt es zu Euch, darum rufe ich Euch zu: bleibt in Euren friedlichen Wohnungen, sticht nicht mit Weib und Kind von dem Euch so theuren Heerde. Ich, der Höchstkommandirende des Heeres, sehe Euch dafür ein, daß Euer Personen uns heilig sein werden und daß Euer Eigenthum und Euer Nationalfarben gegen jegliche Handlung der Willkür geschützt werden sollen, so lange das Heer sich innerhalb der Grenze Eures Landes aufhält; aber ich kann Euch nicht davon befreien, die Bedürfnisse des Heeres herbeizuschaffen und dazu bedarf ich in Euren eigenen Interesse der Mitwirkung Eurer gesetzmäßigen Obrigkeit. Demgemäß werden hierdurch alle königlich dänischen Civil-Behörden aufgefordert, auf ihren Posten zu bleiben und fortzuführen, ihren Pflichten und Obliegenheiten nachzukommen, Gleichermaßen fordere ich die Gerechtigkeit auf, in ihren Pfarren zu bleiben und ihren ganzen Einfluß auf die Beruhigung ihrer Gemeinden zu verwenden. Sollten die königlich dänischen Behörden dieser Vorschrift nicht nachkommen, so sind die schlimmsten Folgen für Euch unvermeidlich, denn in diesem Falle werden meine Truppen genöthigt werden, sich selbst einzuquartieren und sich selbst nach eigenem Gutdünken alle zu ihrem Lebensunterhalt nöthigen Mittel zu nehmen, wobei mit dem besten Willen willkürlichem und unordentlichem Verfahren nicht jederzeit Schranken würden gesetzt werden können. Alles Unglück aber, welches daraus entstehen könnte, würde ausschließlich Eurer Obrigkeit zugeschrieben werden, die Euch in Augenblicken des Drangales verliesse. — Jütländer! Nehmt meine Truppen gastfrei auf; Ihr sowohl, wie Eure Weiber und Kinder, werdet dann ganz ebenso sicher sein, inmitten des edlen deutschen Kriegsvolkes, welches anzuführen ich das Glück habe, als unter Euren eigenen Brüdern. Hauptquartier Christiansfeldt, den 1. Mai 1848. Unterz. der Oberbefehlshaber des Heeres, Wrangel, königl. preussischer General der Kavalerie.“

Rendsburg, 3. Mai. Gestern Morgen haben die preussischen Truppen, wie vorher bestimmt worden, Christiansfeldt verlassen und sind, ohne auf Feinde zu stoßen, bis über Kolding hinaus gezogen. Das Hauptquartier des Generals Wrangel war den Abend des 2. Mai in Gusbj, zwischen Kolding und Friedericia, wo wahrscheinlich General Bonin schon denselben Abend eingezogen sein wird, da es bereits vorgestern (am 1. Mai) von den dänischen Truppen verlassen worden ist. Der Einzug des Generalstabes in Friedericia war auf heute bestimmt, während der Prinz von Augustenburg, der mit seinem Corps von Ripen sich wieder nach Osten gewandt hat, gleichzeitig Weile besetzt wird. Gestern Abend ist der russische Legationsrath Evers, wie es heißt, mit russisch-englischen Aufträgen im Hauptquartier angelangt, von Apenrade kommend (s. den folgenden Artikel), wohin ihn ein dänisches Dampfschiff gebracht hatte. Ein ihn begleitender dänischer Parlamentair war nicht durchgelassen. Nach Besetzung von Weile und Friedericia wird General Wrangel wahrscheinlich sein Hauptquartier in Kolding nehmen und seine Vorposten höchstens bis Horsens vorschieben. Die Aufnahme bei den Jüten wird gelobt. Die Auflösung der Freicorps soll sistirt sein.

Apenrade, 2. Mai, 12 Uhr Mittags. So eben hat ein dänisches Kriegsdampfschiff ein Boot mit einer weißen Flagge ausgesetzt, welches einen Legationssecretair der russischen Gesandtschaft in Kopenhagen an's Land bringt, der selbstverständlich sofort in Begleitung eines hannoverschen Offiziers weiter in's Hauptquartier nach Christiansfeldt oder Kolding gesandt wurde.

F Hamburg, 4. Mai. Von einem Freunde sind mir aus dem Schleswig-Holsteinischen folgende detaillirte Mittheilungen zugegangen. Dienstag (2. Mai) haben die deutschen Truppen in den Morgenstunden an zwei verschiedenen Stellen die jütische Grenze überschritten, der größere Theil der Armee, die Preußen unter Fürst Radziwill mit den Brigaden von Bonin und von Möllendorff = Zastrow die Königsau bei Kolding, 12,000 Mann stark, von denen etwa 4,000 unter von Möllendorff die Nachhut bildeten. Etwa zwei Meilen oberhalb Kolding's, bei Weile, wird der Prinz von Augustenburg eine Flankbewegung ausgeführt haben, in der Absicht die Festung Friedericia zu umgehen und Weile als Hauptquar-

tier für die vereinigte Armee zu besetzen. Seine Truppenmacht besteht aus 5—6000 schleswig-holsteinischen Truppen, vereinigt mit dem bisher am westlichen Schleswig detachirt operirenden von Zastrowschen Corps, dem sich die jetzt vollständig organisirten Freischaaren angeschlossen haben. Von den Freischaaren sind übrigens ein sehr großer Theil in die Heimath entlassen, oder auf einige Zeit beurlaubt worden, wobei ihnen ein kleines Gehgeld gereicht, sie nach Altona empfohlen und für ihre freie Weiterbeförderung auf den deutschen Eisenbahnen gesorgt wurde. Indessen kamen auch noch nach dem 26ten v. M. mehrere Freicorps im Hauptquartier an, so unter anderen noch am 2ten (Dienstag) ein Wiener Freicorps, sehr hübsch equipirt und großen Theils aus geborenen Schleswig-Holsteinern bestehend. Auch das reguläre Militär erhält fortwährend Verstärkungen, so kamen gestern (3. Mai) wieder preussische blaue Husaren, Munitionswagen u. s. w. in Schleswig an. So stehen denn etwa 17,000 Mann (Preußen und Schleswig-Holsteinern) in Jütland, während Apenrade in Schleswig von dem hannoverschen Regiment Kronprinz-Dräger, Flensburg von preussischen und schleswig-holsteinischen Truppen-Abtheilungen, die Stadt Schleswig von Preußen und auch Kiel, Rendsburg, Eckernförde, Glücksstadt und die Insel Fehmern, theils durch preussische, theils durch schleswig-holsteinische Truppentheile gegen Seeangriffe und Umgehungen geschützt werden. Das 10te Bundes-Armecorps, Hannoveraner, Braunschweiger, Mecklenburger und Oldenburger, zusammen 8000 Mann stark, haben mit Ausnahme des in Apenrade garnisonirenden bereits erwähnten Kronprinz-Dräger-Regiments nebst einigen Batterien eine feste Stellung der Insel Alsen gegenüber eingenommen, ohne daß es ihnen jedoch bei dem Mangel an Kriegsschiffen bis jetzt gelungen wäre, oder auch ohne Aufopferung vielen Blutes, gelingen könnte, die Insel zu besetzen. — Hiesige Blätter erzählen heute von einer Eroberung der Insel Alsen von den Deutschen; ich kann Ihnen versichern, daß dies unwahr ist. Hiesige Blätter gefallen sich darin, ihren Mittheilungen das Gepräge der Glaubwürdigkeit zu geben, obgleich die Dinge aus der Luft gegriffen sind.

Berlin, 4. Mai. In Folge der am 19. April von der dänischen Regierung angeordneten feindseligen Maßregeln gegen die preussischen Handelsschiffe sind, so weit Nachrichten darüber bis jetzt vorliegen, vierzig und einige Schiffe theils in dänischen Häfen, theils auf der Fahrt durch den Sund mit Beschlag belegt worden. So betäubend es indessen auch ist, daß die Zahl der Schiffe, welche dieses Schicksal gehabt haben, so beträchtlich ist, so wird man doch den preussischen Behörden im In- und Auslande das Zeugniß nicht verweigern dürfen, daß sie nach Kräften bemüht gewesen sind, solche Verluste thuntlichst zu verhüten. Noch an demselben Tage, an welchem die Nachricht von dem diesfälligen Beschlusse der dänischen Regierung hier eingegangen war, wurde dieselbe sämmtlichen Provinzial-Regierungen, deren Verwaltungs-Bezirke die See berühren, zugestellt, auch den königl. Gesandtschaften im Haag und in Paris, so wie dem königl. General-Konsulate in Antwerpen, mitgetheilt, um überall die preussischen und anderen deutschen Schiffe vor der ihnen drohenden Gefahr zu warnen. Gleichzeitig wurde Sorge getragen, die Nachricht durch die öffentlichen Blätter zu verbreiten. — Der königl. Gesandtschaft zu London war eine diesfällige Benachrichtigung direkt von Kopenhagen aus zugegangen, wodurch es möglich wurde, daß schon unter dem 22. April sämmtliche preussische Konsulate und Vice-Konsulate in den Häfen Großbritanniens die Aufforderung erhielten, die preussischen und anderen deutschen Schiffe zu warnen. Eine solche Warnung wurde außerdem auch durch das Comité des Londoner Lloyd sofort veröffentlicht. Unterstützt wurden diese Maßregeln noch durch die von mehreren Assuradeurs Hamburgs, Bremens etc. unter Mitwirkung des königl. General-Konsuls zu Hamburg getroffene Vorsorge, einen Bevollmächtigten nach dem englischen Kanale eigens zu dem Zwecke abzuschicken, um mittelst der an den Küsten stationirenden Lootsen die passirenden Schiffe von den feindseligen Maßregeln Dänemarks unterrichten zu lassen. Damit aber auch solche Schiffe, welche den englischen Kanal passiren, ohne sich den Küsten zu nähern, nicht ohne Nachricht bleiben möchten, ist von dem preussischen General-Konsul in London ein Dampfschiff gemietet und nach dem Kanal abgesendet worden, welches dort zu Kreuzen und den betreffenden Schiffen schriftliche Benachrichtigung von der ihnen drohenden Gefahr zukommen zu lassen bestimmt ist. — Besondere Erwähnung verdient das vortreffliche Benehmen mehrerer preussischer Konsule, welche es sich haben angelegen sein lassen, unmittelbar nachdem sie die Nachricht von den Anordnungen der dänischen Regierung erhal-

ten hatten, für deren weitere Verbreitung und die Beförderung derselben an die dem Sund zugehenden preussischen und anderen deutschen Schiffe mittelst Fischer- und Lootsenböte zu sorgen. Auf diese Weise gelang es unter Anderem am 21. April einer Anzahl aus der Nordsee kommender Schiffe, welche sich wegen konträren Windes in einiger Entfernung von Helsingör gesammelt hatten, durch ein Fischerboot die Warnung so zeitig zugehen zu lassen, daß dieselben umkehren und der Gefahr glücklich entgehen konnten. — Wenn die Verluste der preussischen Rhederei nicht noch größer gewesen sind, als es leider der Fall ist, so darf man dies wohl dem Erfolge der gemachten Anstrengungen, nach allen Richtungen hin jene Warnungen zu verbreiten, zuschreiben.

Stettin, 3. Mai. An unserer Börse liegt folgendes Dokument auf: Die Herren Vorsteher der Kaufmannschaft zu Stettin werden hierdurch benachrichtigt, daß in Gemäßheit der Anträge in der Vorstellung vom 27. v. Mts. sowohl einerseits der königl. Bundestags-Gesandte angewiesen ist, bei der Bundesversammlung darauf anzutragen, daß der deutsche Bund sich eben so, wie für die allgemeinen Kriegskosten, auch hinsichtlich der Verluste am Privat-Eigenthum, welche dem hiesigen Handelsstande in Folge der Ausführung der Bundesbeschlüsse wegen Schleswig-Holstein erwachsen sind und noch erwachsen möchten, in solidum für verantwortlich erkläre, — als auch andererseits die nöthigen Aufträge gegeben worden sind, damit Dänemark für jede auch nur temporäre Einstellung der Feindseligkeiten zu Lande die Bedingung gestellt worden, daß gleichzeitig auch jede Feindseligkeit zur See aufhören und alles mit Beschlag belegte Privat-Eigenthum diesseitiger Staatsangehörigen freigegeben werden müsse. — In dem das unterzeichnete Ministerium sich weitere Mittheilung in der einen und andern Beziehung vorbehält, bemerkt dasselbe nur noch, daß wegen der an die den englischen Kanal passirenden preussischen und die deutschen Schiffe zu richtenden Warnungen vor den Maßregeln Dänemarks das Erforderliche schon vor dem Eingange Ihrer Vorstellung vom 27. v. M. veranlaßt worden war. — Berlin, den 1. Mai 1848. — Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten. Im Auftrage v. v. (Disee-B.)

C. Stettin, 4. Mai. Heute ist hier ein englisches Kauffahrtei-Schiff vor Anker gegangen, welches sich der Aufsicht der dänischen Fregatte, die vor unserm Hasen Swinemünde liegt, glücklich entzogen, jedoch sehr gelitten hat; die Masten des Schiffes sind fast gänzlich zerbrochen. Die Verlegenheit in Swinemünde wird immer größer; nach so eben eingegangenen Nachrichten, beläuft sich die Zahl der englischen Schiffe, die in den Hasen nicht hineindürfen und um die Fregatte sich vor Anker legen mußten, auf 28. Es sind von dem dänischen Kriegsschiffe die sichersten Maßregeln getroffen, um es nicht eintreten zu können.

Nachschrift. Das seit gestern hier umlaufende Gerücht, Bauern hätten bei Heringsdorf dänische Matrosen, welche dort in der Gegend gelandet, um Lebensmittel zu kaufen, gefangen genommen, bestätigt sich; so eben werden die Soldaten hier eingebracht; 1 Offizier soll sich darunter befinden.

Swinemünde, 4. Mai. Die von dem Befehlshaber der dänischen Fregatte dem hiesigen dänischen Vice-Konsulat mitgetheilte „Declaration“ in Bezug auf die Blockade, lautet wie folgt:

„Declaration. Wir Frederik der Siebente, von Gottes Gnaden König zu Dänemark u. s. w. thun kund hiermit, daß wir in Folge der zwischen uns und Sr. Majestät dem Könige von Preußen, Sr. Majestät dem Könige von Hannover, Ihren königl. Hoheiten den Großherzogen von Oldenburg und Mecklenburg, so wie den freien und Hansestädten Lübeck, Hamburg und Bremen eingetretenen Feindseligkeiten, uns veranlaßt gesehen haben, die Häfen, Küstenstrecken und Flussmündungen dieser Staaten, so wie die Häfen in Unseren eigenen Landen, welche von Ihnen besetzt sind, in Blockadezustand zu erklären. Wir haben Unseren Kriegsschiffen den Befehl erteilt, diese Maßregel auszuführen, und sowohl den eigenen, als den Schiffen alliirter, freundschaftlicher und neutraler Mächte, nicht zu gestatten, in die gedachten, von Unseren Kriegsschiffen blockirten Häfen einzulaufen. Dieses zur Nachricht und Gelebung aller Beikommenden. Urkundlich unter Unserem königl. Handzeichen und beigedrucktem Insignel. — Gegeben in Unserer königlichen Residenzstadt Kopenhagen, den 29. April 1848. Frederik R.“

Wie man vernimmt, hat der Befehlshaber der dänischen Fregatte das Auslaufen von neutralen Schiffen bis zum 10. d. gestattet. Die dänische Fregatte ist mit einem Neze umspannt, um das mögliche „Entern“ zu erschweren. Wie stark deren Bemannung, ist mit Bestimmtheit heute nicht zu erfahren. Nach einer Angabe soll sie aus 400, nach einer andern aus nur 200 Mann bestehen. Von Seiten des englischen Vice-Konsulats ist gestern ein zweiter Rapport an die Gesandtschaft nach Berlin abgegangen und darin vornehm-

lich hervorgehoben, daß die englischen Kapitäne über das Anhalten ihrer Flagge um so entrüsteter seien, als die Blockade erst mit deren Eintritt bekannt geworden, während sie doch vorher für neutrale Schiffe hätte notifiziert werden müssen. — Bis jetzt sind 26 Schiffe durch die dänische Fregatte am Einlaufen in unseren Hafen verhindert. Fünf von diesen Schiffen sind noch nicht bekannt, darunter befinden sich anscheinend 4 englische und 1 holländisches. Ein englisches Barkschiff, dessen Name ebenfalls noch unbekannt ist, hält seit seiner Ankunft auf der Rhede unter Segel. (Dtsch. Z.)

Stolz, 29. April. Unsere Kaufmannschaft hat an das Ministerium eine Denkschrift, betreffend die Anlegung eines Kanals von Flensburg nach Husum, erlassen.

Deutschland.

Frankfurt, 3. Mai. In der heutigen Sitzung des Fünfziger-Ausschusses erstattete die aus Böhmen zurückgekehrte Deputation (Kanzler v. Wächter, Kuranda) Bericht über die bis jetzt traurige Erfolglosigkeit ihrer Sendung.

Frankfurt a. M., 4. Mai. (Sitzung der deutschen Bundes-Versammlung am 2. Mai 1848.) — Da nach eingegangenen Nachrichten von Seiten Russlands den bisher flüchtigen Polen der Eintritt in das Königreich Polen nicht gestattet wird und die Anhäufung dieser Flüchtlinge in dem Großherzogthum Posen der öffentlichen Ruhe gefährlich ist, so beschließt die Bundes-Versammlung auf den Antrag Preußens, der badischen Regierung den Wunsch auszudrücken, daß zum Eintritt aus Frankreich und weiteren Transport in der bisherigen Weise, nämlich in Partien von 50 Mann und auf Kosten der Regierungen, nur solche Individuen zugelassen werden, welche sich ausweisen können, daß sie aus preussisch Polen stammen. — Auf den Antrag Preußens wird die Stadt und Festung Posen, nebst dem Gebiete, welches die Verbindung derselben mit den übrigen deutschen Landen herstellt, mit einer Bevölkerung von 273,5000 Köpfen, in den deutschen Bund aufgenommen. — Ein Antrag von Preußen wegen Beseitigung der Unsicherheit der Dampfschiffahrt, namentlich der Dampf-Schleppschiffahrt auf dem Rhein, wird an eine aus den Gesandten der Rheinufer-Staaten zusammengesetzte Kommission gewiesen.

(D.-P.-A.-Z.)

Freiburg, 30. April. Alle bisherigen Exkursionen in die Umgegend haben bewiesen, daß die Macht der Freischaren gänzlich gebrochen ist. Sie bringen gewöhnlich Waffen und zersprengte Flüchtlinge ein, so daß sich die Zahl der Gefangenen täglich mehrt. Eine Sonderung der Schuldigen von den Unschuldigen wird schwer sein, obgleich es unter den bisher Gefangenen eine Menge ungefährlicher Leute giebt, die sich vom Augenblick hinreißen lassen und ihre Unbesonnenheit jetzt bitter bereuen. Dies ist denn wohl auch der Grund, warum Viele bereits wieder entlassen worden sind.

(Karl. Z.)

Heinzen und Struve haben einen Aufruf erlassen, in welchem sie anzeigen, daß sich in Straßburg ein provisorischer Central-Ausschuß gebildet habe, dessen Aufgabe sei, die vereinzelt Bestrebungen der republikanischen Partei zu einigen und die zerstreuten Kräfte nach einem Ziele zu richten. Dieses Manifest lautet wörtlich folgendermaßen: Eine Uebermacht von vertheerten aus der Ferne herbeigezogenen Söldlingen, deren Spuren nur Akte der empörendsten Treulosigkeit und blutiger Barbaren sind, hat in Baden die republikanischen Waffen einstweilen niedergeschlagen, und dem Volke das ihm verhasste Fürstenregiment (das, wie Sie wissen, gegen die milde Herrschaft eines raubsüchtigen Pöbels vertauscht werden sollte) wieder aufgedrungen. Es gilt jetzt, mit aller Energie den Kampf von Neuem vorzubereiten, und zwar in einer planmäßigen Weise, welche der republikanischen Partei Deutschlands zur Zeit bessere Erfolge zu sichern im Stande ist, als eine Erhebung, die notwendig eben so wenig vorbereitet werden konnte, wie sie länger zu umgehen war. Die Unterzeichneten haben deshalb in Verbindung mit den Bürgern Hecker, Struve und Lommel einen provisorischen Centralausschuß gebildet, dessen Sitz Straßburg, und dessen Aufgabe ist, die vereinzelt Bestrebungen zu einigen und die zerstreuten Kräfte nach einem gemeinsamen Ziele zu richten. Indem wir uns vorbehalten, über unsere Zwecke uns weiter auszusprechen und namentlich die irreführende öffentliche Meinung über die wahre Lage der Dinge aufzuklären, erlassen wir diese vorläufige Anzeige mit dem Ersuchen, alle einschlägige Mittheilungen, so wie alle Unterstützungen unserer Sache hierher richten zu wollen. Wir rechnen darauf, daß die republikanische Partei Deutschlands in dem Miffingen ihrer ersten Unternehmungen nur einen Sporn zu verdoppelten Anstrengungen finden, und daß sich die Sympathie für ihre gerechte Sache in wirksamer Weise bethätigen werde. Unsere Adresse ist im Hofe zum Rebstock zu erfahren. Wir ersuchen sämtliche freisinnige Blätter um Aufnahme dieser Publikation. — Straßburg, 29. April 1848. G. Struve. K. Heinzen.

Mannheim, 2. Mai. Die Untersuchung gegen die hiesigen Anarchisten leitet, wie man vernimmt, auf weit

verzweigte Pläne, daher denn auch täglich weitere Verhaftungen vorgenommen werden. Es bestätigt sich, daß schon am Morgen des Tages, an dem man hier die Sturmglöcke zog, reitende Boten auf das Land entsendet waren, um die Bauern herein zu holen. Da man aber nicht lange vorher die sogenannten fremden Arbeiter hier verjagt hatte, so war in der Umgegend auch alle Begeisterung für das herbeizuführende Paradies verschwunden. Bei dem Redakteur der Abendzeitung, J. P. Grohe, soll sich ein sehr wichtiger Briefwechsel vorgefunden haben, wie denn überhaupt Mannheim der Hauptsitz der Verschwörung war, von wo die Fäden einestheils nach Mainz, Frankfurt, Hanau und Köln, andernteils nach Straßburg und Paris reichten. D hätten wir doch nicht diese Schmach erlebt! Der schlechteste Franzose wäre nicht schlecht genug, und sich mit dem Auslande gegen sein Vaterland zu verschwören. (Deutsche Z.)

Darmstadt, 1. Mai. Heute hielt, nach den Ferien von 14 Tagen, die zweite Kammer unserer Stände wieder eine Sitzung. Bei Eröffnung derselben hielt der Präsident Hesse folgende Anrede: „So betäubend es sein muß, daß es einer kleinen Anzahl von Aufwühlern, die um jeden Preis ihren Willen gegen denjenigen der Nation durchzusetzen versuchte, gelungen ist, in einem, jedoch kleinen Theil unsers deutschen Vaterlandes, wenn auch nur auf kurze Zeit den so nothwendigen inneren Frieden zu stören, und so beklagenswerth es ist, daß diesem verbrecherischen Unternehmen das Leben eines deutschen edlen Mannes zum Opfer wurde, auf den das Vaterland im Augenblicke der wirklichen Gefahr mit gerechten Hoffnungen seine Blicke richtete; so erfreulich muß es für jeden Freund gesetzlicher Ordnung sein, daß diese den Sieg über die Anarchie erlangt, und daß das Heer den Erwartungen entsprochen hat, die Deutschland von ihm zu hegen berechtigt war. Mit Veruhigung dürfen wir in dem gegenwärtigen Augenblicke nach dem Norden von Deutschland, nach Schleswig blicken, wo einem längst vom ganzen Vaterland ausgesprochenen Verlangen Genüge geleistet und der Verletzung deutscher Nationalität mit Kraft und, wie wir hoffen, mit Erfolg entgegengetreten wird. Erheben wir uns, ich fordere Sie dazu auf, meine Herren, um unsere Entrüstung über den verübten Verrath, gleichzeitig aber unsere Anerkennung über den Sieg der gesetzlichen Ordnung im Süden und der nationalen Waffen im Norden auszudrücken.“ — Hierauf erhob sich die ganze Kammer mit Ausnahme der Abgeordneten Mohr, Behlen und Helmmann. (Darmst. Z.)

Oesterreich.

Wien, 3. Mai. Man schreibt aus Bukarest vom 26. April: Wir gehen der Krisis langsam entgegen. Während es dem Fürsten Bibesko durch die Drohung eines russischen Einmarsches gelungen ist, die den Reformen und dem Umsturz des russischen Einflusses günstigen Bojaren, einzuschüchtern, hat sich in der Gegend von Braila und Galacz ein Verein von Unzufriedenen gebildet, der bereits eine Masse Volks, meistens Griechen und Bulgaren in sein Interesse gezogen. Es zeigen sich bereits in dieser Gegend bewaffnete Banden von 2—300 Mann, die schon mehrmals Galacz und Braila beunruhigten. Hier berührt es am Schmerzlichsten die Freunde der Reform, daß die Kreatur des verjagten Fürsten Metternich, der österreichische General-Konsul Timoni, trotz des veränderten Systems Oesterreichs, sein Unwesen nach wie vor treibt. Bekanntlich besorgt er die Post nach den österr. Staaten und auch den Transit der über Wien gehenden Briefe. Nun ist es hier bekannte Thatsache, daß er seit Jahren alle längst bezeichneten Briefe, ehe er sie expedirt, dem russ. Konsul zur Einsicht übergiebt. Dieser Handel, der schon so viele in Untersuchung und Verbannung brachte, findet trotz dem, daß das System gestürzt ist, bis zur heutigen Stunde statt. Timoni soll früher seinen Antheil des Post-Debits und der russ. Bestechung mit Metternich getheilt, und nur unter dieser Bedingung überhaupt das Konsulat in der Walachei erhalten haben. Jetzt, sagen die Bojaren, treibt er es vermuthlich für eigene Rechnung. Welcher unermessliche Nachtheil hierdurch dem österr. Interesse und den Donaufürstenthümern entsteht, und welche hoffentlich falsche Deutung für die neue österr. Politik daraus hergeleitet wird, dies mag nur derjenige ermessen, der sich am Schauplatze dieser Umtriebe befindet. Offen, und nach wie vor, macht Timoni den Trabanten und Spion des russ. Konsuls; jetzt, da die Presse in Oesterreich frei ist, möge er als österr. Staatsdiener öffentlich bezeichnet werden*.)

*) In Betreff des zuletzt dem Fürsten Metternich ganz anheim gestellten Konsulats-Besens der österr. Monarchie ist längst bekannt, daß von demselben kein General-Konsul in der Levante angestellt wurde, der nicht einen gewissen Abzug seiner Revenuen als Tribut an die Kanzlei abliefern. So lange Geng lebte, machte dieser den Handel, soweit es die Fürstenthümer betraf, vorerst mit den Hospodern, und dann mit den zu Ernennenden ab. Nach seinem Tode ging es durch eine andere Hand, allein die Sache blieb sich gleich. Ein ähnliches Verhältniß fand bei Ertheilung des Executors des hiesigen Konsuls der Donaufürstenthümer statt. Zu diesem Behuf muß man sich mit Pilat, dem bekannten Redakteur des österreichischen Beobachters, der über-

* Wien, 6. Mai. Zu den vorgestrigen und gestrigen Demonstrationen hat die akademische Jugend allein den Impuls gegeben. Die eigentliche Bourgeoisie scheint heute beseitigt. Seit 10 Tagen der scheinbaren Ruhe holen sich die Arbeiter und Proletarier nur auf der Universität Rath, der ihnen willig gewährt wird, während der Magistrat und sogenannte Bürger-Ausschuß kein Lebenszeichen von sich giebt, ja sogar vor einigen Tagen die herbeiströmenden Massen mit den Worten entließ, sich an die Universität zu wenden, dort würden sie Arbeit und Brot erhalten. Die natürliche Folge war, daß sich die Massen als willige Werkzeuge für diese darbieten. — Heute wird in der Aula über die Revision der ertheilten Konstitution verhandelt. Eine Proklamation des Kaisers (der Inhalt ist unten angegeben) wurde an allen Straßen-Ecken angeschlagen, allein sie scheint wenig Wirkung zu machen. — Die nach und nach erzwungene Auflösung aller Ministerien stellt noch in Aussicht, daß unser einziger Reformator Pillersdorf endlich auch der Gewalt der Umstände weichen dürfte. Der provisor. Nachfolger des Grafen Fiquelmont in den äußeren Angelegenheiten, der bisherige Staatskanzlei-Direktor Baron Lebzelter, ist seiner Stellung in keiner Weise gewachsen. In wenigen Tagen wird auch er als aus der Schule Metternichs hervorgegangen, das Feld räumen müssen. Es ist notorisch, daß bei der, wegen der Besetzung dieses Postens stattgehabten Konferenz sich niemand in der Staatskanzlei fand, der dieses Amt auch nur provisorisch übernehmen wollte.

Wien, 5. Mai. Die in der Nacht vom 3. und 4. d. M. vorgekommenen Demonstrationen vor dem Palast des Grafen Fiquelmont haben die Folge gehabt, daß er endlich seinem Versprechen gemäß gestern seine Abdankung einreichte, die von Sr. Maj. dem Kaiser auch angenommen wurde, indeß der k. k. Conferenzzath Baron Lebzelter zeitweilig mit der Leitung des Ministeriums des Aeußeren und des Hauses beauftragt wurde. Baron Lebzelter war längere Zeit in Nordamerika und soll dort freisinnigere Ideen eingesogen haben, als sie in der alten Diplomaten-Schule zu finden waren. War es schon ein unverzeihlicher Mißgriff, nach dem Sturze Metternichs seinen gelehrtsten Schüler zu seinem Nachfolger zu machen und dadurch die Wiener Revolution in ihrem Prinzip zu verhöhnern, so that der Graf im Laufe seiner Amtsführung aber auch gar Nichts, um diesen Mißgriff im Publikum vergessen zu machen. Unzählige Male aufgefordert, ein Programm österreichischer Politik zu veröffentlichen, um das immer wache Mißtrauen der Nation zu beschwichtigen, aufgefordert sich über die Stellung des Kaiserstaates zu Russland und zu dem in der Wiebergeburt begriffenen Deutschland auszusprechen, beharrte er in ersterer Beziehung im tiefsten Schweigen, was allen Befürchtungen russischer Freundschaft einen weiten Spielraum gab, und in letzterer Hinsicht erschien die, das deutsche Volk in Oesterreich schändende, Erklärung in der Wiener Zeitung, worin die Absicht kund gegeben ward, daß sich Oesterreich nur unter solchen Bedingungen an Deutschland anschließen wolle, die zu erfüllen, rein unmöglich ist. Da bei längerer Anwesenheit des Grafen Fiquelmont leicht der Verdacht entstehen könnte, daß er insgeheim nach wie vor die auswärtigen Angelegenheiten leite, so hat derselbe beschlossen, in Begleitung seiner Tochter, der Fürstin Starb, die in der Nacht des 3. Aprils zwei Stunden hindurch für das Leben ihres Vaters gezittert, nach Töplitz in Böhmen zu reisen. — Der Professor des Naturrechts Dr. Hye, der sich bekanntlich in den Märztagen an die Spitze der Bewegung gestellt und wenn auch mäßigend, doch die Haltung der Universitätsjugend entschieden hatte, ist bereits ins Ministerium der Justiz versetzt worden, wo er den neugeschaffenen Posten eines Generalsekretärs bekleidet. Nach und nach werden wohl noch viele junge Männer zum Staatsdienst verwendet werden, die sonst wenig Hoffnung gehabt hätten, in dieser Laufbahn etwas zu erreichen. Dr. Hye wird nebstbei seine Professur unentgeltlich fortführen, wahrscheinlich um seinen Einfluß auf die Studentenschaft nicht zu verlieren und damit der Regierung zu nützen.

* Die neueste Wiener Zeitung vom 5. Mai enthält eine Ansprache Sr. Majestät des Kaisers an die Bürger von Wien, in welcher die in den letzten Tagen kundgegebene politische Bewegung als nicht gerechtfertigt dargestellt wird, da man ein „besonnenes Fortschreiten auf der betretenen konstitutionellen Bahn erwarten dürfte.“ Die Ansprache schließt mit einer Aufforderung: zur Ordnung zurückzukehren und dieselbe aufrecht zu erhalten, damit der „ruhige Bürger gegen Angriffe und Beleidigungen willigen Schutz finde.“

dies unter dem Vorwande einer Korrespondenz von der allg. Augsb. Zeitung hübsche Summen bezog, ins Einvernehmen setzen. Hoffentlich wird bei dem zusammenzutretenden Reichstage die Metternichsche diplomatische Verwaltung in Anklagestand versetzt werden, und Einsender dieses wird sodann mit dem ganzen Gewicht seiner eigenen traurigen Erfahrungen das Ganze auch in dieser Beziehung mehr als höllische System dieses Fürsten-Diplomaten aufzuklären suchen.

Anmerkung des Einsenders.

— Dieselbe Nummer des halb offiziellen Blattes verkündet die Aufhebung des auf die Güter der Familie des Fürsten Adam Czartorski gelegten Sequesters. — Ferner meldet sie die erbetene und gewährte Entlassung des Grafen Fiquelmont von der Stelle eines provisorischen Präsidenten des Minister-Rathes und eines Ministers des Aeußeren und des Hauses. Das Präsidium des Minister-Rathes wird einstweilen von dem Minister des Innern versehen, die übrigen Funktionen von dem Freiherrn von Lebzelttern verwaltet werden. — Dann enthält dasselbe Blatt ein, von dem Minister des Innern (Fehr. v. Willersdorf) unterzeichnetes Schreiben an sämtliche Länder-Chefs, in welchem Schreiben die Regierungs-Organe aufgefordert werden, sich mit den (neuerdings publizierten) verfassungsmäßigen Grundsätzen auf das genaueste vertraut zu machen. Dabei wird aber bemerkt, „daß es weder mit dem Begriff einer Verfassung noch mit der Aufgabe einer konstitutionellen Regierung verträglich wäre, alle früher erlassenen Gesetze als nicht mehr bestehend, wohl erorbene Rechte als in Frage gestellt zu betrachten.“ (Hört! Hört!) In Rücksicht auf diese früheren Gesetze werden nun einige der Haupt-Grundsätze der neuen Verfassung erläutert, und am Schlusse des Schreibens die Chefs ermahnt, in diesem angebotenen Sinne ihre Untergebenen über deren verfassungsmäßige Stellung zu belehren. (Unwillkürlich kommt einem beim Lesen dieses merkwürdigen Ministerial-Schreibens das bekannte sind vom „österreichischen Landsturm“ in dem Sinn nur mit dem Unterschiede, daß die Minister an die Stelle des Landsturms getreten zu sein scheinen.) — Ganz konsequent mit dem vorangehenden Artikel läßt uns das Wiener Blatt eine Abhandlung über das beliebte Thema: Deutschland ein Staatenbund oder Bundesstaat? folgen, und spricht sich hier ganz begeistert für einen deutschen Staaten-Völkerbund aus und eifert gegen einen deutschen Bundesstaat, weil (hört! hört!) hinter letzteren die Republik laure. — Um nun noch das Maas voll zu machen, so erklärte sich das Wiener halb-offizielle Blatt in einem zweiten räsonnirenden Artikel ganz energisch gegen die Selbstständigkeit Polens. Es heißt hier unter anderem: „Polens Nationalität, wenn sie lebenskräftig ist, wird sich wohl erhalten, aber ein selbstständiges Polen ist unter den jetzigen Verhältnissen ein Unding.“*) Der Verfasser dieses Artikels will: daß Oesterreich keinen Strich seines bisherigen Gebietes aufgeben, Italien, Galizien, Ungarn &c. soll gut österreichisch bleiben. Ganz gut, wenn er es so erhalten kann!

*** Breslau, 6. Mai. Der Rada narodowa entnehmen wir folgende Adresse der Lemberger Einwoh-

*) Die bekanntlich in sehr liberalem Sinn redigirte „Oesterreichische Ztg.“ enthält einen bemerkenswerthen Artikel, welcher vielleicht einigen Aufschluß über die österreichische Politik in Betreff Polens giebt. Der Artikel ist aus Galizien datirt und mit „Der 26. April“ unterschrieben; der Hauptinhalt lautet: „Dem aufmerksamen Beobachter kann folgendes auffallende Zusammentreffen von Gewaltthaten in Krakau, in Lemberg und in den Kreisstädten von Galizien nicht entgangen sein, und am letzten Tage, vor Ankunft der Verfassungsurkunde in Polen hat auch wirklich zu sehr traurigen Combinationen Anlaß gegeben. Am 26. April d. J. wurde das wehrlose Volk in Krakau angegriffen, am 26. April d. J. wurde in Lemberg durch Gewalt der Sitzungssaal des Nationalraths erbrochen, und mit Soldaten besetzt, die Papiere und Kasse weggenommen; und den Mitgliedern des Rathes der Eintritt durch Bajonette verwehrt. Am 26. April l. J. wurden in den Kreisstädten die Kreisvereine, wo sie noch bestanden, so wie die Nationalgarde aufgelöst. Am 26. April wurde in Stanislaw von der bewaffneten Macht die hinter einer Mauer sich versteckt gehalten hatte, eine zur Kagenmusik versammelte Menge plötzlich überfallen, und ohne Anruf und Aufforderung zum Auseinandergehen, viele Personen schwer verwundet und Stephan Horszawski getödtet. — Der Thatbestand von den Krakauer Ereignissen, wie er gedruckt dem Publikum, mit der Unterschrift: „Adam Potoki,“ zur Kenntniß kam, liefert den Beweis, daß die Regierung mit den Russen ein Einverständnis unterhält, und daß nur die Mäßigung und Besonnenheit der Nationalgarde, der Universität und der Führer des Volkes das ohne Veranlassung von der Militärgewalt provozirte Unglück verhütete, und so der „Einmarsch der Russen“ unterblieb. Die vom General Baron Moltke in Krakau an die Russen gesendete Depesche, welche der General dem Grafen Adam Potoki, dem Fürsten Jabonowski und Oberst Wysocki von der Emigration zu lesen gab, als sie sich für die Einstellung des Bombardements verwendeten, erklärte: „daß der Aufstand in Krakau gedämpft und die Capitulation geschlossen sei, und daß folglich „für diesmal“ keine Hilfe der Russen nötig werde.“ Wäre es wirklich zum Aufstande in Krakau gekommen, während das wehrlose Volk dem unverhofften und meuchlerischen Ueberfall nur eine verzweifelte Gegenwehr entgegensetzte, so daß sogar die von den Landgemeinden der Umgegend angebotene Hilfe abgelehnt wurde, hätte nicht eben so in Lemberg die Nationalgarde, die Universität und die Glieder des Nationalrathes die Wuth des gereizten Volkes gedämpft, und den Ausbruch eines Aufstandes gegen die gewaltthätigen und gesegneten Schritte im Keime unterdrückt, „so wären, wie jene Depesche beweist, die Russen unverzüglich in Galizien einmarschirt!“ — Mit dem Einmarsche der Russen wäre die Reaction unterzeichnet gewesen, nicht nur in Galizien, sondern auch in Wien!

nerschaft an den Gouverneur von Galizien, aus der wir zum Theil uns eine Vorstellung von dem jetzigen Stande der Dinge in jenem Lande machen können. „Gouverneur! Als Vollstrecker des Willens des Monarchen mußt Du der erste Hüter der uns zugesicherten konstitutionellen Verfassung sein. Doch täglich werden die Grundsätze unserer Nationalität verlegt, eben so alle konstitutionellen Freiheiten. Unsere Geduld ist groß, aber auch das Meer hat seine Granitgrenzen, welche es im Augenblicke des Sturmes durchbricht und vernichtet. Der Sturm ist nahe, unsere Geduld zu Ende. Im Namen der Gerechtigkeit, dieser Nemesis, welche in Wien das Jahr 1846 gerächt hat, fordern wir von Dir, Gouverneur von Galizien: 1) daß Du dem Kreisreiben vom 22. April beifügest, und in der Stadt vor dem Volke, in den kleinen Städten und Dörfern vor den Ackerbesitzern diesen hinzugefügten Satz vorlesest, der ausdrücklich erklärt, daß die Frohnde auf das Verlangen der Besitzer selbst erlassen ist. Denn die Nation hat die Frohnde erlassen, nicht die Regierung, die nicht das Recht hat, über fremdes Eigenthum zu disponiren. Und daß bisher factisch der Frohndienst noch nicht erlassen ist, daran ist die Regierung schuld, welche alle unsere brüderlichen Schritte zum Volke aufgehalten hat. Wenn Du das nicht thust, Gouverneur, so zeigst Du dadurch dem Volk, daß Du mit Willen den im Jahre 1846 vollbrachten ähnliche Grauslichkeiten vorbereitest. 2) Verlangen wir die Veröffentlichung durch die Presse von dem ganzen Ministerialbefehl, aus dem das Kreisreiben entnommen ist, damit wir wissen, wie dieser lautet. 3) Verlangen wir, daß die Gardien in der Provinz als Nationalgardien von Nationalen, nicht von Beamten organisiert werden, deren Nordpläne bekannt und nicht mehr geheim sind. 4) Weiter wird der von uns anerkannte Nationalrath die die ferneren Erfordernisse vorstellen, wir wollen, daß Du diese Punkte augenblicklich realisierst. Gouverneur! Ruhig und mit Würde wollen wir unsere Rechte erreichen, aber wir sind willens, im äußersten Falle, mit aller Entschiedenheit bis Wien selbst zu gehen. Wir werden unser Recht bis auf den letzten Blutstropfen zu erreichen suchen. Lemberg &c.

* In einem uns mitgetheilten Privatbriefe aus Prag wird das auch von uns in Nr. 105 dieser Zeitung mitgetheilte Factum, daß daselbst während des Kravalls am 1. Mai in der Judenstadt mit Vitriolöl auf das tumultuirende Volk geschossen worden sei für eine Unwahrheit erklärt. Es hat sich zwar ein Mensch an jenem Tage durch die Straßen Prags führen lassen, der vorgab, mit Vitriolöl begossen zu sein, um so die Menge noch mehr gegen die Juden aufzuheizen. Doch ergab es sich später, als dieser Mensch von den Bürgergardien eingefangen wurde, daß er sich selbst mit Leinöl beschmiert hatte, um so seinem Vorgeben wenigstens einige Wahrscheinlichkeit zu geben. —

SS Pesth, 3. Mai. Der Ban von Croatien, Baron Jos. Jelasich, welchen unsere Regierung zur Verhandlung herbeordert, hat ihr nunmehr geantwortet, daß er mit 50,000 Mann kommen werde! Zugleich hat er in Croatien das Standrecht gegen diejenigen verkünden lassen, welche zu Gunsten der Aufrechthaltung des bisherigen Verbandes mit Ungarn sprechen oder schreiben werden. Der Radikal-Rör, welcher die besitz- und einflußreichsten Männer der Hauptstadt und des ganzen Landes in sich faßt, hat gestern durch seinen Präsidenten, Grafen L. Teleki, dem Ministerium eine Adresse überreichen lassen, in welcher dieser Rör (Klub) sein Gut und Blut der Regierung zur Verfügung stellt, zugleich aber die sofortige Bildung von Freiwilligenkorps und einer rein ungarischen Artillerie, sowie auch die Berufung eines Balachen ins Ministerium dringend anempfiehlt. Die galizische Deputation, welche in Wien war, ist jetzt hier und hat bereits mit mehreren Ministern Konferenzen gehabt. Sie wird den Ausgang der letzten Vorstellungen unserer Regierung in Wien hier abwarten. Dieser Ausgang muß binnen wenigen Tagen geschehen, da man hier entschlossen ist, sich nicht länger hinhalten zu lassen. Es heißt, daß unser Premierminister selbst nach Wien gehen wolle, man fürchtet aber einen Handstreich gegen den edeln Grafen und so dürfte die Reise wohl unterbleiben. In dem Zeughaus zu Ofen, welches der Kommandirende für leer ausgegeben, hat man doch 14,000 Feuegewehre gefunden und sogleich an die Nationalgardien in den Landstädten versendet. 2000 gingen davon nebst einer halben Batterie Geschütz unter Bedeckung von 80 Mann nach Groß-Rikinda ab. Aus Temesvar sind ebenfalls 8 Schwadronen Husaren, 1 Bataillon Infanterie und 8 Kanonen dahin beordert worden. Eben angelangte Briefe melden die Wiederbesetzung Groß-Rikinda's und die Gefangennehmung eines Theils der rebellischen Kaiser, unter welchen sich auch mehrere russische Emissäre befinden. — Man erwartet hier mit Sehnsucht die Eröffnung der französischen Nationalversammlung, da man bald darauf in unserm, wie es scheint, unvermeidlichen Kriege eine direkte diplomatische Verbindung mit Frankreich anknüpfen will. Wenigstens spricht man stark davon im Radikal-Rör. Bemerkenswerth ist es, wie das Pesth-Pirlap, das offizielle Blatt der Regierung, Alles verherrlicht, was nur französisch ist. Ein längerer Zeit hier lebender französischer Gelehrter wird in den Himmel gehoben, weil er, wie das Blatt verimuthet, der Verfasser der Artikel aus Ungarn im Journal des Debats sei. Diese Artikel

sind indessen wörtliche Uebersetzungen meiner Korrespondenzen in der Bresl. Zeitung.

Triest, 30. April. Der Kapitän des englischen Barkschiffes „Bee,“ welches heute Morgens in ungefähr 24 Stunden von Venedig eingetroffen ist, theilt seinem Kommandateur die daselbst angelangte Nachricht mit, daß 6 neapolitanische Dampfboote mit 4000 Soldaten Neapel verlassen haben, um sich nach Venedig zu begeben, woselbst sie nach der Berechnung bereits am 30. April ankommen sollten. Derselbe versichert, was uns sehr bestreunden muß, in den Gewässern von Venedig keine Spur von einem unserer kreuzenden Kriegsschiffe wahrgenommen zu haben.

Nach Berichten vom Kriegsschauplatz machen die österreichischen Truppen überall Fortschritte, sie drängen den Feind von allen Seiten zurück.

Italien.

Die piemontesischen Blätter verrathen nach und nach das Geheimniß, warum Karl Albert die Befolgung der Oesterreicher nicht nachdruckvoller betrieben habe. Der Mincio bildet die Grenze zwischen der Lombardei und Venedig, und da Venedig sich als Republik konstituiert habe, so fühle Karl Albert sich nicht bewogen, ihr zu Hilfe zu eilen. Sodann sei Karl Albert über die Weigerung der lombardischen Regierung, die Nationalversammlung vor Beendigung des Krieges einzuberufen, erbittert. Der Egoismus des Königs tritt frühe genug an den Tag. (N. 3. 3.)

Schweiz.

Basel, 20. April. Heute wurde unsere Besatzung abermals um drei Kompagnien Infanterie von der Landschaft vermindert, so daß sie nur noch aus dem Kontingentsbataillon und der Standestruppe besteht. Von den Freischaaeren vernimmt man nun gar nichts mehr, und diese Schilderhebung, nachdem sie eine Menge Menschen unglücklich gemacht, dabei aber doch auch manche über das Voreilige (um nicht mehr zu sagen) des Unternehmens aufgeklärt hat, ist wie Spreu zerstreut. Uebrigens sind wir von fremden Truppen umgeben. Auf eine Entfernung von einer halben Stunde liegen die Würtemberger, und ebenfalls auf eine halbe Stunde in anderer Richtung rücken die Franzosen in Masse an. Es ist in der That unbegreiflich, wie bei einer so starken Truppenanhäufung zweier großen Mächte nicht für bessere Sicherung eines der wichtigsten Grenzpunkte der Schweiz gesorgt wird.

Rußland.

* Answärtige deutsche Zeitungen bringen fortwährend Berichte von der polnischen Grenze, welche von drohenden Truppenbewegungen und Anhäufung russischer Heeresmassen im russischen Polen erzählen, sowie andererseits, daß der Kaiser von Rußland jetzt sehr geneigt sei, sämtliche slavische Länder zu einem selbstständigen Reiche zu erheben. Wir übergehen alle diese Meldungen, weil sie höchst wahrscheinlich auf ganz vagen Gerüchten beruhen.

Großbritannien.

London, 28. April. Von dem Streite zwischen Dänemark und Deutschland zieht England im Stillen Vortheil. Denn von allen Häfen der Ostsee laufen Austräge ein, schleunigst englische Schiffe zu senden, damit die dort lagernden Vorräthe von Korn u. s. w. verladen werden können. Es ist eine alte Erfahrung, daß während eines Seekrieges die neutrale Flagge bald auf allen Meeren weht. Man erinnere sich nur, welchen Aufschwung die deutsche Rheberei nahm, während England mit seinen amerikanischen Kolonien kriegte.

* London, 1. Mai. In der Citywelt ist man gegen das österreichische Finanzministerium sehr erbittert, weil dasselbe für die Zinszahlung seiner Staatsschulden am hiesigen Orte keine Anstalten getroffen. Die Träger der Coupons sind daher gezwungen, ihre Titel nach Wien zu senden, und müssen nun zusehen, ob sie bezahlt werden. — Das Haus Rothschild hat angezeigt, daß es die am Montag fälligen österreichischen Bons nicht zahlen könne, weil es keine Fonds von Wien erhält. Die „Morning-Post“ ringt die Hände, doch hofft sie, es werde sich Oesterreich, gleich Holland, Chili, Brasilien, welche einst auch an der Schwelle des Verderbens standen, wieder erholen.

(Chartistischer National-Convant.) Diesen Morgen 9 Uhr versammelten sich 30 Abgeordnete des Convents in der literarischen Anstalt der John Street. Auf den Antrag Mac Donald's wurde beschlossen, den Convents-Ausschuß künftig „Nationalversammlung der Abgeordneten der Arbeiterklassen Englands, Schottlands und Wales“ zu nennen, und nur solche Glieder aufzunehmen, die von den Arbeitern in öffentlicher Versammlung durch Handwehre zu Abgeordneten erkoren. Zweck der Nationalgesellschaft soll Sturz des Ministeriums und Untersuchung der Arbeiterlage sein. Ribbtrug Bedenken gegen die Geseßlichkeit der Versammlung, wurde aber nicht angehört. Die Sitzung vertagte sich um 1 Uhr, um Nachmittags fortgesetzt zu werden.

Unterhaus-Sitzung vom 1. Mai. Urquhardt benachrichtigte den Lord Palmerston, Minister des Aeußeren, daß er ihn morgen über zwei Punkte interpelliren würde: 1) ob der von den Blättern veröffentlichte diplomatische Briefwechsel zwischen ihm und Bulwer, d. h. zwischen dem Londoner und Madrider

Kabinet, ächt sei? 2) welche Stellung England dem dänischen Kriege gegenüber zu beobachten gedenke? (Postschluß.) — In der City spricht man von einem Bündniß zwischen Rußland, Schweden, Dänemark und England.

Frankreich,

* Paris, 2. Mai. Der Moniteur und die Mehrzahl der Pariser Blätter bringen heute das Eröffnungsprogramm für die Nationalversammlung am 4. Mai. Die Repräsentanten haben sich um 12 Uhr Mittags im Saale einzufinden, die provisor. Regierung wird um 1 Uhr erscheinen und ihr Präsident Dupont die Sitzung durch eine kurze Anrede eröffnen. Demnächst werden sich die Volksvertreter in 18 Bureaus à 50 Köpfe zurückziehen und die Vollmachten untersuchen. Diese Untersuchung soll um 3 Uhr vollendet sein. Sind mindestens sechshundert Mitglieder legitimiert, so schreiten sie zur Wahl des Präsidenten und des definitiven Bureaus. Der neue Präsident erhebt sich und sagt: „Vertreter des Volks. Im Namen der einigen und untheilbaren Republik ist die Nationalversammlung definitiv konstituiert. Es lebe die Republik.“ Hiernächst verlangt Dupont, Präsident der provisor. Regierung, das Wort und verliest einen Rechenschaftsbericht über die Lage Frankreichs vom 24. Februar bis heute. Am Schluß desselben legt er die der provisor. Regierung durch Volksbeifall verliehene Staatsgewalt nieder und ersucht die Volksvertreter, eine definitive Regierung zu wählen. Ehe die Versammlung zu dieser Wahl schreitet, tragen noch die Minister die Berichte über ihre verschiedenen Verwaltungsfächer seit dem 24. Februar vor. So weit das Programm. Man sieht daraus, daß die provisor. Regierung ernstlich entschlossen ist, uns so rasch wie möglich aus dem Provisorium in einen bestimmten Zustand zu versetzen. Möge ihr dieses ohne Anstoß gelingen. — Ein Dekret der provisor. Regierung schafft die Sklaverei der Schwarzen in den Kolonien ab. Nachdem der Sklavendienst mit den Grundsätzen der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit als unverträglich geschildert, heißt es darin: „Art. 1. Zwei Monate nach Bekanntmachung des gegenwärtigen Dekrets muß die Sklaverei in den Kolonien abgeschafft sein. Vom Tage der Bekanntmachung an hört jede körperliche Züchtigung und jeder Sklavenhandel auf. Art. 2. Das System des Sklavengewerks am Senegal ist unterdrückt. Art. 3. Die Regierungs-Kommissarien in unsern Kolonien Martinique, Guadeloupe, Reunion (Bourbon), Guyane, Senegal, Mayotte, Algerien, an den westafrikanischen Küsten u. haben für sofortige Ausführung der zur Befreiung nöthigen Maßregeln zu sorgen. Art. 4. Wollen Amnestie für gestraifte Kolonisten. Art. 5. Die Nationalversammlung regulirt die Entschädigungssummen der Kolonialbesitzer. Art. 6. Die dergestalt befreiten Kolonien so wie unsere Besitzungen in Indien haben demnächst ihre Vertreter in die Nationalversammlung zu schicken. Art. 7. Der Grundsatz, daß jeder Sklave bei Berührung des französischen Bodens frei wird, erhält von jetzt an volle Anwendung. (Dieser Artikel, zur Desertion einladend, wird die Engländer am meisten ärgern.) Art. 8. Kein Franzose darf selbst auf fremdem Gebiet irgend ein mit dem Sklavenhandel in Verbindung stehendes Geschäft fortan betreiben. Denjenigen, die durch frühere Verträge gebunden sind, wird hiermit eine Frist von drei Jahren bewilligt, um sich dem Dekret zu unterwerfen. Thun sie dies nicht, so gehen sie der Eigenschaft eines französischen Bürgers verlustig. Dasselbe gilt für alle Erben und sonstige Besitztitel-Inhaber ehemaligen Sklavereibetriebs. — Der Moniteur beginnt heute die ersten Wahllisten zu veröffentlichen. Thiers ist glücklich durchgefallen. Im Lotdepartement finden wir neben Cavaignac den Bürger Lucien Murat, Sohn des ehemaligen Königs von Neapel. Affre, den wir gestern nannten, ist nicht der Pariser Erzbischof, sondern ein Advokat gleiches Namens, sein Bruder. — Die Arbeits-Organisations-Kommission, dieses gefürchtete soziale Parlament unter dem Vorsitze Louis Blanc's, das vielleicht den entschiedensten Einfluß auf die Nationalversammlung, die nächste Zukunft Frankreichs und vielleicht Europa's üben dürfte, veröffentlicht heute im Moniteur die Fortsetzung ihres Generalberichts über das Ergebniß ihrer Arbeiten seit der Februar-Revolution. Von der Kritik der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse geht sie darin zu den Heilmitteln über. Gerechter Himmel, wie wird die Bourgeoisie erschrecken, wenn sie beim zweiten Frühstück diesen Bericht liest! — Nachdem die Staatskommission in scharfen Zügen noch einmal die Verwüstungen der freien Konkurrenz, dieses Steckenpferdes der modernen Dekonomisten, gezeichnet, trägt sie darauf an, daß sich der Staat der Regulirung der Produktion, des Handels und des Verbrauchs energisch annehmen müsse, wenn nicht Mord und Todschlag in Stadt und Land unter Brüdern Sitte werden solle. Ihren Grundsätzen der Assoziation und Solidarität getreu, dringt die Kommission auf Errichtung von 1) Landwirthschafts-, 2) Handels-, An- und Verkauf-, oder Austausch-, 3) Industrie-Sozial-Werkstätten über ganz Frankreich, a) atelier social agri-

cole, b) atelier d'échange, de vente ou d'achat, c) atelier social industriel. Kein Zoll breit soll von diesem dreifachen Netz verschont bleiben. In jeder Werkstatt, in jeder Kolonie, in jedem Kreise, in jedem Departement werden vollständige Verzweigungen errichtet, die alle gleich den Adern des menschlichen Körpers in dem Herzen Frankreichs (Paris) zusammenströmen. Wer die häuslichen Einrichtungen in den Arbeiterpalästen mit allem Zubehör ausführlich liest, bekommt Lust, hineinzuschauen, um sich zu überzeugen, ob Schmutz und Unrath wirklich von den Wänden verschwunden, welche heutzutage die Wohnungen unserer Stadt- und Landproletarier zu wahren Schweineflällen machen. Die Bedingungen der Aufnahme in diese General-Assoziationen, die, wie es den Anschein hat, aus freiem Willen bald zum Zwang werden dürften, sind sehr mild. Zur Ausführung ihres Planes verlangt die Kommission von der Nationalversammlung zunächst nur einhundert Millionen Franken! Was Wunder, wenn die Klust zwischen Arbeitertum und Bürgerthum täglich weiter wird und die meisten Spaziergänger den Abgrund nicht sehen, der vor ihnen gähnt.

Spanien.

* Madrid, 27. April. Die Königin hat aus Rücksicht auf den finanziellen Nothstand die ihr rückständigen 90 Millionen Realen (etwa 6 Mill. preuß. Thaler) der Staatskasse geschenkt. Letztere dürfte schwerlich je im Stande gewesen sein, diese Rückstände zu bezahlen; indessen ist die Absicht der Schenklerin immerhin anzuerkennen und verdient Nachahmung.

Lokales und Provinzielles.

Breslau, 6. Mai. Am 1. wurde bei Morgenau in der Oder der Leichnam eines circa 16 Jahr alten, von allen Kleidungsstücken entbloßten jungen Menschen gefunden. Wer der Verunglückte gewesen, ist nicht ermittelt, da er durch die vorgeschrittene Fäulniß unkenntlich geworden war. — Am 4. erschoss sich ein 31 Jahr alter Bäckergefelle in Gegenwart zweier anderer, ohne daß diese die rasch unternommene That zu hindern vermochten.

In der beendigten Woche sind (exklusive eines Selbstmörders und zweier todgeborener Kinder) von hiesigen Einwohnern gestorben: 37 männliche und 33 weibliche, überhaupt 70 Personen. Unter diesen starben: an Abzehrung 7, an Altersschwäche 5, an Brustleiden 1, an Bruchschaden 1, an Lungen-Entzündung 2, an Gehirnentzündung 2, an Brust-Entzündung 1, an Faulfieber 1, an Nerven-Fieber 2, an hektischem Fieber 1, an Zehr-Fieber 4, an der Sicht 1, an Gehirn-Lähmung 1, an Gehirn-erweichung 1, an Gehirn-aus-schwüfung 1, an Magen-Krebs 1, an Wasser-Krebs 1, an Krämpfen 10, an Lungen-Lähmung 1, an Rückenmark-Lähmung 1, an der Rose 1, an Schlagfluß 2, an Unterleib-Schwindsucht 3, an Lungen-schwindsucht 9, an Typhus 1, an Brust-Wassersucht 6, an allgemeiner Wassersucht 1, an Gehirn-Wassersucht 1. Den Jahren nach befanden sich unter den Verstorbenen: unter 1 Jahre 14, von 1 bis 5 Jahren 6, von 5 bis 10 Jahren 2, von 10 bis 20 Jahren 3, von 20 bis 30 Jahren 7, von 30 bis 40 Jahren 7, von 40 bis 50 Jahren 9, von 50 bis 60 Jahren 8, von 60 bis 70 Jahren 6, von 70 bis 80 Jahren 8.

Im nämlichen Zeitraum sind stromabwärts auf der oberen Oder hier angekommen: 16 Schiffe mit Eisen, 4 Schiffe mit Zink, 2 Schiffe mit Kalk, 2 Schiffe mit Lumpen, 3 Schiffe mit Brennholz, 1 Schiff mit Eisenblech, 1 Schiff mit Zinkblech und 21 Gänge Bauholz.

Der heutige Wasserstand der Oder ist am hiesigen Ober-Pegel 15 Fuß 3 Zoll, und am Unter-Pegel 3 Fuß 4 Zoll, mithin ist das Wasser seit dem 29. v. Mon. am ersteren um 4 Zoll und am letzteren um 8 Zoll wieder gestiegen.

In dem in der hütigen Nummer dieser Zeitung enthaltenen Berichte der, aus den Herren Dr. Wsch und Dobillet bestehenden Deputation des demokratischen Klubs an den Herrn Minister v. Auerswald, in Ansehung der hier sich aufhaltenden Polen ist unter anderem gesagt:

hauptsächlich aber leuchtet aus dem Obigen hervor, daß das hier bisher beobachtete Verfahren, jedem Polen ohne Ausnahme den Aufenthalt in Breslau zu verweigern, fernerhin nicht statifinden werde.

Diese Bemerkung ist unrichtig. Nicht ein solches, sondern im Gegentheil ein sehr ausnahmsvolles Verfahren hat bisher schon stattgefunden, obwohl die wiederholt erbetenen Instruktionen von der höheren Behörde noch nicht eingegangen waren. Wenn es um der Sache willen darum zu thun ist, das in Uebereinstimmung mit dem Herrn Ober-Präsidenten bisher beobachtete offene Verfahren des Polizeipräsidenten mit den hiesigen Polen kennen zu lernen, dem ist die Gelegenheit dazu in dem Fremden-Amte des Polizei-Präsidenten und durch Erkundigung bei dem Herrn Grafen v. Skorzewsky, dem Herrn General Szneider, dem Herrn Dr. Pläzer, dem Herrn Kaufmann Wal-

ther, beide letztere aus Krakau, und den Mitgliedern der Commission Herrn Ingenieur Jasiensky und Gudcki, Herrn Oberst Bobinsky, Herrn Sous-Lieutenant Uryel und Herrn Lieutenant Isenkowicz geboten.

Breslau den 6. Mai 1848.

Königliches Polizei-Präsidium.
Rub.

* Breslau, 6. Mai. Der Jahresbericht für 1847, betreffend die Verwaltung der vereinigten 2, 3, 4, 5 und 6 hiesigen Spar-Bereine weist nach die Summe aller Einnahmen 11947 Rtl. 23 Sgr. 9 Pf., die Summe aller Ausgaben 11913 Rtl. 1 Sgr. 5 Pf., folglich einen Bestand für 1848 von 34 Rtl. 22 Sgr. 4 Pf. — Die Direktoren hoffen mit der Ausgabe dieses Berichts nachzuweisen, wie günstig sich das Resultat von der Wirksamkeit der Bereine herausstellt und wie höchst wichtig es aber auch ist, durch Anregung immer größerer Betheiligung die Anstalten kräftigst zu fördern und zu unterstützen. Von dem festen Willen beseelt, durch Rath und That den leidenden Brüdern zu helfen, wollen sie fortfahren, deren kleine Ersparnisse zusammen zu tragen, um durch zweckmäßige Verwaltung und Verwendung ihre Verhältnisse zu verbessern.

An die Buchdruckereien.

Nachstehend veröffentlichen wir auf vielseitigen Wunsch die Namen derjenigen verehrlichen Buchdruckereien, welche sich für unbedingten Anschluß an unsere Festsetzungen über Preis-Regulirung und Lehrlingsverhältnisse freudig ausgesprochen, — ebenso aber auch derer, welche ihren Beitritt nur unter Modifikationen erklärt haben.

Zu unbedingtem Anschlusse:

Die Herren: H. d'Dench in Liegnitz. F. W. Hentschel ebendasselbst. R. d'Dench in Reichenbach. A. E. Pape ebendasselbst. Julius Ende in Steinau. S. Gocksch in Rothenburg in der Ober-Lausitz. M. Lonsky in Frankenstein. E. B. Lige in Bunzlau. Voigt ebendasselbst. M. Wangerfeld in Meisse. Ferdinand Bär ebend. Müller ebend. E. W. J. Krahn in Hirschberg. Landolt ebend. A. Ludwig in Dels und Poln.-Wartenberg. G. Heinze und Comp. in Görlitz. P. Bartsch in Habelschwert. Fr. Kuhnert in Rosenberg. Lips in Landeshut. R. E. Dpik in Jauer. F. Radeck in Kosel. E. Schemmel in Pleß. Wielau in Gr.-Strehlitz. F. W. Lachmann in Müllers. Reimann in Zarnowitz. A. R. Rauert in Löwenberg. H. Herling in Strehlen. A. E. Beck in Grotzkau. Fr. A. Pompejus in Glatz. E. Groß in Neustadt. W. W. Klambt in Neurode. L. A. Thiele in Greiffenberg. J. Riedinger in Ratibor. Ulbrich in Neumarkt. Raabe in Oppeln (bewilligte schon immer die jetzt angenommenen Preise). Köhler in Goldberg.

Für später ist der unbedingte Beitritt angemeldet von Herrn Hoffmann in Ostrowo und den Herren Heinze und Comp. in Hoyerwerda.

Außerdem gehören hierzu noch zum größten Theile die Gehilfen der Druckereien zu Sagan, Kreuzburg, Greiffenberg, Gr.-Glogau und Schweidnitz — woher uns weitere Nachrichten über Vereinbarung noch fehlen.

Zu bedingtem Anschlusse:

Die Herren: F. G. Hellwig in Trebnitz. E. Falch in Brieg. G. Rieck in Freiburg. G. Frommann in Glatz. Schlögel in Waldenburg.

Ueber eine fast allerseits gewünschte und auch von uns als nothwendig erkannte Zusammenkunft der Herren Buchdruckereibesitzer Schlesiens werden wir später in Stand gesetzt sein, Mittheilung zu machen; ebenso fühlen wir uns verpflichtet, für die vielen und zweckmäßigen Vorschläge zum allgemeinen Besten unsern herzlichsten Dank abzustatten und werden nicht erman-geln, zur geeigneten Zeit das Resultat fernerer Beratungen vorzulegen. — Mehrere Beantwortungen verehrlicher Schreiben müssen wir unter den jetzigen Verhältnissen noch auf kurze Zeit verschieben.

Der Vorstand

der Breslauer Buchdrucker-Gesellschaft.

Breslau. Sonntag den 7. Mai, Vormittags um 10 1/2 Uhr findet im Musiksaal der Universität die Prüfung der Zöglinge der Violinschule des Hrn. Musik-Direktors Schön statt. Freunde der Musik und dieser so tüchtigen Anstalt werden nicht verabsäumen der Prüfung beizuwohnen, zumal Hr. Musik-Direktor Schön interessante Musikstücke für Orchester und Solo-Partien ausgewählt hat.

Theater.

(Freitag den 5. Mai: „Martin Luther“ von Klingemann.) Die Anechtung des freien Wortes wurde von dem alten Regiment bis auf eine Spitze getrieben, wo es geradezu lächerlich werden mußte. Denn wenn eine Regierung, die an der Spitze des protestantischen Deutschland steht, den Luther in Fesseln schlägt, so (Fortsetzung in der Beilage.)

Ist das ein Widerspruch, der wahrhaft komisch wirkt. Dieser Widerspruch ist indeß nur ein scheinbarer, weil der Protestantismus der Regierung in der That auch nur Schein gewesen ist. Man wollte keinesweges das innerste Wesen des Protestantismus, was nichts Anderes als Fortschritt und Bewegung sein kann, sondern streng genommen den Stillstand innerhalb der nun einmal vorhandenen protestantischen Confession. Nach absolutistischen Prinzipien hat dies Verfahren auch seine volle Richtigkeit. Denn die Freiheit ist die eine und untheilbare. Es kann eine Regierung unmöglich der einen Freiheit, der des Glaubens, alle Wege öffnen und sie jeder andern versperren. — Die Aufführung des Luther mußte verboten werden, weil es dem Volke dabei in den Sinn kommen konnte, daß es eben so wie Luther zur Abschüttelung eines drückenden Joches berechtigt ist.

Dieses Bewußtsein ist nun aber trotz der Verbote gekommen, und die Aufführung der früher verbotenen Stücke kann nur dazu dienen, dieses Bewußtsein im Volke zu heben und zu stärken. Die vornehmere Klasse scheint dieser Stärkung nicht zu bedürfen, oder sie auch nicht zu wollen. Wir haben dies schon früher und ganz besonders bei der vorgestriegen Darstellung des Luther gefunden. Gallerie und Parterre waren recht gut besetzt, die gepolsterten Sitze leer.

Den Werth des Stückes darf ich als bekannt voraussetzen, und mich sonach der Kritik desselben entheben. Einige Gedächtnißfehler abgerechnet, die bei einer ersten Aufführung leider so selten ausbleiben, hat die Darstellung viel Schönes geboten. Namentlich ist Hr. Hennig ganz der Mann dazu, den Luther in kerniger Darstellung zu geben. — Das Stück wurde mit dem lebhaftesten Beifall aufgenommen.

1. Breslau, 6. Mai. Karl Guskow befindet sich in unsern Mauern, und wird sich wahrscheinlich mehrere Tage hier aufhalten. Am nächsten Mittwoch kommt sein Urtel Acosta zur Aufführung, in welchem Stücke Herr Hendrick aus Berlin sein Gastspiel an unserer Bühne beginnen wird.

Es giebt noch Arbeit für die arme Bevölkerung.

Das Mittel dazu hat fast jede Kommune, fast jeder größere Gutsbesitzer in der Hand, möchten sie nicht mit der Ausführung zögern, denn nur darin liegt die vielbesprochene Ausgleichung des Kapitals mit der Arbeit, daß durch das Kapital die Arbeit beschafft und befördert werde.

Eine Arbeit für die große Masse Arbeitsloser darf nicht mechanischer Art sein, denn das erfordert Vorkenntnisse, sie darf keiner kostspieligen Handwerkszeuge bedürfen, denn dazu fehlt den Arbeitern das Geld, sie darf endlich nicht viel Kapital-Auslage erfordern, da sonst der Arbeitgebende nicht lange dabei aushalten könnte. Alle diese Eigenschaften und noch eine vierte, nämlich die des nachhaltigen Nutzens und sogar der Vermehrung des dazu verwendeten Kapitals, giebt die Urbarmachung passender Waldflächen oder wüsten Landes.

Fast jede Kommune, fast jedes größere Gut hat mehr oder weniger Wald, nehme man statt der jährlich zum Schlagen bestimmten Fläche, diese doppelt und pausire dafür das künftige Jahr, wähle man eine zum Getreidebau oder zu Wiesen passende und wo möglich mit starkem Holze bestandene Fläche, lasse letzteres fällen, die Stücke roden, das zu Bauholz passende Holz beschlagen und sämtliche Hölzer in lange Reihen, auf der Art der Getreidepuppen setzen, damit dazwischen die Kultur des Bodens mit der Hacke begonnen werden kann, so wird alles dieses eine Menge nachhaltiger Arbeiten beschaffen und es wird wenig Kapital-Auslage bedürfen, denn so viel als die Löhne betragen, dürfte immer aus dem Holze gelöst werden können, ohne dessen Werth herabsetzen zu müssen. Ein Morgen gerodetes Waldland mit der Rodehacke zu durchhacken kostet nach der Beschaffenheit des Bodens 6 bis 12 Rthlr. und wird im zweiten Jahre zu Kartoffelbau als Vorfrucht des Getreidebaues, sowohl bei eigener Benützung als durch Verpachtung sich sehr hoch verwerthen. Will oder darf man die Waldfläche nicht verkleinern, so giebt es gewöhnlich auf jedem Gute ein unfruchtbares Ackerland, das statt des Gerodeten mit Wald bebaut werden kann, was um so nützlich ist, da es längst die Erfahrung bewiesen hat, daß dergleichen Waldkulturen fast doppeltes Wachstum zeigen gegen den auf alter Stelle bewerkstelligten Anbau.

Jeder rationelle Landwirth wird finden, daß bei dieser Art Arbeitsbeschaffung Nichts verloren, nur gewonnen werden kann, wenn man mehrere Jahrgänge zusammen berechnet. Die eigene Erfahrung, welche ich durch eine solche Kultur mit 150 Morgen machte, hat mich hinlänglich davon überzeugt, darum warte man

nicht bis die Noth noch höher gestiegen ist, sondern gehe, besonders von Seiten der städtischen Kommunen, welche sich in der Lage befinden, es thun zu können, so wie von Seiten der Gutsbesitzer rasch ans Werk. Es ist nicht zu erwarten, daß bei Gütern, auf denen Pfandbriefe haften, die Landschafts-Direktion einen Einspruch thun sollte, da durch eine folgende Pause der Etat nicht unterbrochen wird und überdies in den meisten Fällen eine Verbesserung des Gutes eintritt.

Wo nun aber auch gar keine Waldfläche zu roden ist, da giebt es gewiß noch unbenützte, wüste, steinige oder sumpfige Stellen, die zu kulturfähigem Boden oder Wiesen gemacht, das aufgewendete Kapital durch Zinsen-Ertrag reichlich decken. Allerdings ist hierbei die Anwendung beschränkter, da es Kapital-Auslage ohne deren baldige Wiederkehr bedingt, aber auch hierbei muß jede einzelne Kommune und jeder einzelne Gutsbesitzer leisten, was er kann und dazu eben sollte die Landschafts-Direktion von den aufgesammelten Ueberschüssen Vorschüsse geben, wenn sie segensreich wirken will. Sie kann es ohne ihrem Systeme untreu zu werden, denn die Substanz des Gutes wird um das Dreifache und Vierfache des Vorschusses verbessert.

Dieser allerdings nur momentanen Hülfe liegt dann eine dauernde sehr nahe, es ist dies die nach und nach zu bewerkstelligende Uebersiedlung unserer b. s. l. f. Bevölkerung aus den überfüllten Landestheilen in die Provinzen, wo nur Menschenhände fehlen, um den Boden-Ertrag zu vermehren und somit auch den Aermsten einen kleinen Besitz zu verschaffen.

Kauban, im Mai.

Heinze.

Hultschin, 3. Mai. Meine Reisen brachen mich auch hierher, und der Zufall gestattete mir, der Versammlung der hiesigen und Bezirks-Wahlmänner beizuwohnen zu können. Ich mußte zu meinem Bedauern erfahren, wie sehr ein Theil der kath. Geistlichkeit den Samen der Zwietracht und des Hasses gegen konfessionell Andersdenkende auszustreuen bemüht ist. — Herr Pater Lesk hier schaute sich nicht, vor der größtentheils aus Landleuten bestehenden Versammlung zu äußern, daß nur ein Deputirter, der der ächt-katholischen Kirche angehöre, gewählt werden könne, der die heiligen Rechte der Kirche zu wahren, und den Protestanten und Juden zu begegnen wisse; ja (so meinte er), es haben sich auch in unserm Orte Protestanten eingeschlichen, die wieder dahin, wo sie hergekommen sind, ausgewiesen werden müssen. — Der geistliche Herr entblödete sich ferner nicht, in Bezug auf die Person eines als Deputirten in Vorschlag gebrachten Justizbeamten zu bemerken: „daß dieser ein, und noch dazu evangelisch getaufter Jude sei, den habe er schon als Student nicht leiden können, er habe damals, als er noch Jude war, schon Schweinefleisch gegessen.“ — Wenngleich nun auch einige Bauern u. dem Herrn Pater die ihm gebührende Zurechtweisung ächt deutsch, wennschon in slavischer Sprache zu Theil werden ließen, so glaube ich doch derartige Aeußerungen der Deffentlichkeit nicht vorenthalten zu dürfen. Ein Reisender.

(Aus Oberschlesien.) Seit Jahren habe ich mir vergebens Mühe gegeben, die Aufmerksamkeit der Behörden auf das oberschlesische Schulwesen zu ziehen, um dadurch der grenzenlosen Nachlässigkeit Einhalt zu thun, die man in Allem einreißen läßt, was Volksunterricht heißt. Blätter der Provinz, wie andere deutsche Journale, brachten auf Autopsie und gründliche Untersuchung meinerseits basirte Aufsätze, die ich auch höheren Schulbehörden mittheilte, ohne eine andere Auskunft erhalten zu können, als — das wissen wir wohl, wir dürfen es aber nicht sagen, sonst bekommen wir Nasen, und Alles bleibt beim Alten. — Die nothwendigen Folgen einer so lebenswürdigen Wirtschaft bleiben denn auch natürlich nicht aus, und zeigen sich bei dem j. higen Heranziehen des Einzelnen zu öffentlichen Geschäften in den grellsten Farben. — Ich sah gestern 2 Gemeinden zum Wahlakte vereinigt, in deren Mitte nicht 3 Personen zu finden waren, die schreiben konnten, da der Wahlkommissarius es aus guten Gründen vermied, Dominiatoffizianten zu Stimmzählern oder irgend einer Dienstleistung aufzufordern. Mißtrauisch, wie das slavische Mißvolk überhaupt ist, weigerte sich nun der ganze Haufe, durch Stimmzettel zu wählen, erklärte das vorgelesene Wahlgesetz und Wahlreglement für unecht, produzirte dafür einen in seinen Jargon übersehten, als Flugblatt vertheilten Korrespondenzartikel aus der schlesischen Chronik, der ihnen als Wahlgeseß mitgetheilt worden ist, — und ging auseinander. Allerdings hat der Landrath des Koseler Kreises, B. v. Richtofen, durch die Wahl der Dominiatpolizeibehörden zu Wahlkommissariaten gezeigt, daß er den Geist der Leute nicht kennt, — aber wen soll er in diesen verwahrlosten Distrikten zu diesem Amte er-

nennen, wenn Niemand aus der Zahl der Do-fensassen lesen und schreiben kann? Dem Mißtrauen und dem Betrüge ist Thür und Thor geöffnet. Es kurrten die abenteuerlichsten Gerüchte über den Zweck der Wahlen. Warum ist denn von Seiten der Regierung nichts geschehen, diesen politisch Ungeborenen zu erklären, was vorgegangen ist, und was zu thun sei? — Leider ist der von mir geschilderte Vorgang durchaus kein vereinzelter. Es gehn mir eben von verschiedenen benachbarten Orten Berichte zu, deren Inhalt ist, daß die Urwähler dort ebenfalls die Vollziehung des Wahlaktes verweigert haben. Wäre die Durchbildung, die Intelligenz des preussischen Volkes nicht krasse Nennmache (?), wären unsere (die oberschlesischen?) Volksschulen nicht die elendesten des Kontinents, so würden solche Demonstrationen unmöglich sein. Diese eklatanten Beispiele von Avarie sind indeß kein Triumph für die Reaktion, die Schmach fällt auf das System zurück, das kaltblütig, statt Emporgleichens, Bedummung über die Armuth verhängt! Es ist die erste und wichtigste Aufgabe der neuen Ordnung, den fressenden Staub, die wüste Verwahrlosung aus unserem Unterrichtswesen fortzuschaffen. Es ist eine Lüge, daß die Leute von vornherein unfähig sind, sie wurden bisher um ihre Fassungskraft betrogen. Die Lehrer, die das Volk wirklich bilden wollten, wurden auf alle Weise gehindert, und andere — schlechte — bevorzugt. Uebermäßige Beweise für diese Zustände gedenke ich in einer dem Landtage einzureichenden Denkschrift zu geben, zu der ich seit längerer Zeit die nöthigen Materialien sammle.

Scheidt, 2. Mai 1848.

Dr. v. Hauenschild.

Hirschberg, 5. Mai. Heute früh 7 Uhr besetzten plötzlich gegen 800 Mann Militär alle Straßen der Stadt. Das Bürgermilitär wurde zusammengeblasen. Es handelte sich um nichts weniger als — drei Bürger — den Brauer Martin, Tischler Sachsse und Conditor Schulz — zu verhaften weil sie Republikaner seien. Der Kommandant der Bürgerwehr hielt eine schöne Rede, worin er die Worte aussprach: „alle Republikaner sind Rebellen!“ Die Bourgeoisie freute sich sehr darüber, und der Magistrat und die Bürgeroffiziere erklärten in einer Bekanntmachung, daß nun Ruhe und Ordnung wieder hergestellt sein würde. Damit ist vor der Hand die Sache abgemacht.

(Liegnitz.) Der Stadtpfarrer Dendke zu Raumburg a. N. ist zum Erzpriester des gleichnamigen Archipresbyterats und der bisherige Administrator Raubut, zum Curatus in Lüben ernannt worden.

Von der königlichen Regierung zu Liegnitz sind bestätigt worden: der Kreisrath Heinrich Raabe, als Rathmann zu Deutsch-Wartenberg; der Kaufmann August Gralow, als Rathmann zu Sprottau; der ehemalige Hülflehrer Wilhelm Heinrich Otto Siegert, als Organist und fünfter Lehrer zu Freystadt; der zeitliche Adjutant Robert Jüngling, als Schullehrer zu Pohlshildern, Liegnitzer Kreises; und der Lehrer Plankwart, als Lehrer an der höhern Mädchenschule zu Görlitz.

Dem Kaufmann Heinrich Höpfe zu Sagan ist zur Uebernahme einer Agentur für die Geschäfte der Magdeburger Feuer-Versicherungs-Gesellschaft vom 1. Juli c. ab die Genehmigung erteilt worden. Zugleich wird Hr. Höpfe die bisher von ihm verwaltete Agentur für die Geschäfte der Mobiliar-Brand-Versicherungs-Bank für Deutschland zu Leipzig vom 1. Juli d. J. niedergelegt. — Dem Kaufmann Albert Dito zu Görlitz ist zur Uebernahme einer Agentur für die Geschäfte der Feuerversicherungs-Bank für Deutschland zu Gotha die Genehmigung erteilt worden, nachdem der zeitliche Agent Kaufmann Arthur Bauernstein zu Görlitz die Geschäfte für diese Feuer-Versicherungs-Gesellschaft niedergelegt hat.

Mannigfaltiges.

Am 2. Mai ist ein Zug auf der Eisbahn von Elberfeld nach Düsseldorf in der Nähe des Sonnenborner Viadukts von den Schienen gerathen; die Lokomotive und einige Wagen wurden stark beschädigt; ein Wagenbeamter verlor das Leben, von den Passagieren wurde Niemand verletzt.

Widerlegung.

Die Bresl. Ztg. enthält, wie mir so eben von meinen Breslauer Verwandten gemeldet wird, die Angabe, daß ich für die Polen Waffen exportirt habe. Ich kann die betreffende Nummer der Zeitung nicht auffinden, muß aber, um nicht weiteren Gerüchten Raum zu geben, jene Angabe sofort für eine boshafte Lüge und Verläumdung erklären. Meine Thätigkeit für die Sache der Polen entsprang einestheils aus einem sehr natürlichen Interesse für die Wiederherstellung ihrer unterbröckten Nationalität und aus der Ueberzeugung, daß die Wiederherstellung Polens ein Glück für Deutschland sein würde; andertheils aus dem Wunsche, durch meinen persönlichen Einfluß bei den Häuptern der polnischen Bewegung vermitteln und versöhnen für meine deutschen und jüdischen Landsleute in der Provinz Posen zu wirken. In diesem Sinne habe ich mich bemüht, die hier gegen die Polen herrschende Aufregung zu beschwichtigen und die Verbrüderung zwischen Polen und Deutschen, welche zu den Lieb-

Inferate.

An die Bewohner des Großherzogthum Posen!

lingebden meines Lebens gehört, aufrecht zu erhalten. Es ist aber leider in Folge unglücklicher Verwickelungen zu einem blutigen Kampfe zwischen Polen und Deutschen gekommen.

Bekanntmachung. Das polizeiliche Verbot des Tabakrauchens auf der hiesigen inneren Promenade vom 10. Mai 1833 wird hiermit nach erfolgter Zustimmung des hiesigen Magistrats aufgehoben.

Breslau, den 5. Mai 1848. Königliches Polizei-Präsidium.

Handelsbericht.

Breslau, 6. Mai. Wir können noch immer nicht bessere Resultate in Betreff des Handelsverkehrs im Laufe dieser Woche mittheilen; sowohl das Produkten-Geschäft im Allgemeinen, als auch das Börsen-Geschäft waren wenig belebt.

Die Course der Fonds und Eisenbahn-Aktien richteten sich fast immer nach den auswärtigen Börsen, und jenachdem diese fortwährend im Steigen oder Fallen waren, gingen auch wir im Laufe der Woche an unserer Börse um eine Kleinigkeit höher oder niedriger.

Ebenso wie die Effekten-Course schwankten, war es auch im Laufe der Woche mit den Preisen in unserem Getreidegeschäfte; auch diese gingen einen Tag etwas höher, den andern wieder tiefer, so zwar, daß wir heute fast ganz wieder auf dem vorwöchentlichen Stande sind.

Die Zufuhre am heutigen Getreidemarkt war ziemlich groß, und wurde das angebotene Quantum, namentlich von Konjumenten, rasch geräumt.

Weißer Weizen wurde weniger angeboten und bedang je nach Qualität 52-58 Sgr.; gelber dagegen mehrfach offerirt fand a 50 Sgr. für ord., 52 Sgr. für mittel und 54 Sgr. für beste Waare rasch Nehmer.

Roggen holte in bester Qualität 38 Sgr.; mittel und ordinäre Waare a 32-36 Sgr. verkauft; am Schluß des Marktes waren geringere Sorten a 32 Sgr. gesucht.

In Erbsen nur Weniges gehandelt; 40-46 Sgr. wurde bezahlt.

Kaps und Kleesaat ganz ohne Geschäft. Rübböl 10 Rtl. nominell.

Bei reichlichem Vorrathe war der Umsatz in Spiritus schwach; Preise gingen seit unserem letzten Bericht um circa 1/2 Rtl. zurück; heute wurde Loco a 8 Rtl. offerirt, 7% blieb Geld.

In Zink wurden im Laufe der Woche mehrere tausend Ctr. Loco und ab Gleiwitz gehandelt; für Loco wurde 3 1/2 Rtl., ab Gleiwitz 3 1/3 Rtl. bezahlt.

Verzeichniß

derjenigen Schiffer, welche am 4. Mai Slogau from-aufwärts passirten.

Table with columns: Schiffer oder Steuermann, Ladung, von, nach. Lists names like F. Liebs, D. Frank, P. Schu, etc. and destinations like Hamburg, Berlin, Stettin.

Am 5. Mai

Table with columns: Schiffer oder Steuermann, Ladung, von, nach. Lists names like G. Gabel, Hahn u. Sohn, etc. and destinations like Stettin, Berlin, Magdeburg.

Vertrauensvolle Bitte.

Der Nothstand, in welchem sich die arbeitende Klasse hierorts überhaupt und insbesondere ein großer Theil der Gewerbetreibenden und ihrer Arbeitsgehilfen befindet, welche nur aus dem täglichen Erwerb ihren Lebensunterhalt für sich und ihre Familien gewinnen können, ist bekannt.

Viele Thränen des Kammers werden aber gestillt werden, wenn sich Alle, die es irgend vermögen, entschließen, sich nicht bloß aus dem Unentbehrlichen in ihrem Hauswesen zu beschränken, sondern auch über den augenblicklichen Bedarf hinaus, Anschaffungen gegen baldige Bezahlung zu machen und lohnende Arbeiten zu bestellen.

An Alle, deren Verhältnisse es nur einigermaßen gestatten, ergeht daher unsere dringende Bitte: durch Arbeitgeben an die bedürftigen Gewerbetreibenden wie Tischler, Schneider, Schuhmacher, an die bei Bauten betheiligten Gewerke u. d. d. diesen die Mittel zu gewährleisten, sich und den Ihrigen die unentbehrlichsten Lebensbedürfnisse zu beschaffen und so den größten aller Feinde den Hunger - von sich abzuwehren.

Wir vertrauen deshalb dem oft und viel erprobten edlen Sinne der wohlhabenderen Klasse hiesiger Einwohner, daß aus dieser unserer Aufforderung bereitwillig Veranlassung genommen werden wird, sich nebst dem Danke des beschäftigten Familienvaters und Arbeiters, zugleich das erhebende Bewußtsein zu verdienen, in acht menschenfreundlicher Weise der unverschuldeten Noth darbennder Mitbürger auf die rechte Art, nach Möglichkeit abgeholfen zu haben.

Darum gebet lohnende Arbeit! Im allgemeinen, wie in Eurem eigenen Interesse ist es, dies bald und reichlich zu thun. Breslau, den 3. Mai 1848. Der Magistrat hiesiger Haupt- und Residenz-Stadt.

An die geehrten Wahlmänner der Stadt Breslau und der Provinz Schlesien.

In Bezugnahme auf die Wahlgesetze vom 8ten und 11. April d. J. erlaube ich mir mich den geehrten Wahlmännern Breslaus und der Provinz Schlesien hierdurch als Kandidaten zur Abgeordnetenstelle für das deutsche Parlament in Frankfurt a. M. und event. für die in Berlin Behufs Vereinbarung der preussischen Staatsverfassung in diesem Monat zusammentretende Versammlung, vorzugsweise aber für Frankfurt a. M. ganz ergebenst vorzustellen.

Ich glaube zwar, daß meine Person und meine politischen Grundsätze den geehrten Herren Wahlmännern theilweise bekannt sind, indess nehme ich keinen Anstand, die bestimmte Erklärung abzugeben, daß meine stets gehegte Ueberzeugung unverändert, wie folgt, feststeht.

Ich halte zum Heil des Vaterlandes erforderlich:

- 1) Für das gesammte deutsche Reich eine Staatsform, die durch eine kräftige Wehrverfassung die politische Freiheit und Selbstständigkeit nach Außen sichert, die dem Handel, der Industrie, dem Gewerbe, dem Ackerbau freie Entwicklung, hierdurch jeder Thätigkeit bis in die untersten Volksklassen lohnenden Unterhalt gewährt, dabei aber, unbeschadet der Einheit des deutschen Reiches, den geschichtlichen und lokalen Rechten und Ansprüchen, der verschiedenartigen einzelnen deutschen Volksstämme ihre Anerkennung wahr.

2) Für unser preussisches Vaterland die konstitutionelle Monarchie auf freien Grundlagen, mit allen ihren Konsequenzen.

Für diese Zwecke würde ich als Abgeordneter in Frankfurt a. M. oder in Berlin mit allen Kräften zu wirken bemüht sein: - über die nach meiner Ansicht passendsten Modalitäten zur Erreichung dieser Zwecke wage ich heute nicht, mich auszusprechen, da diese nur das Resultat gewissenhafter Prüfung aller in der öffentlichen Parlaments-Diskussion zu erwartenden Vorschläge sein werden.

Breslau, den 6. Mai 1848. v. Auerswald, Oberst und Commandeur der 11. Kavallerie-Brigade.

Der Begrenzungsplan zur Reorganisation des Großherzogthums Posen ist durch die allerhöchste Kabinetts-Ordre vom 26. v. M. veröffentlicht worden, und es läme nun auf seine Ausführung an. - Vor Allem laßt uns in dankbarer Liebe anerkennen den innigen Herzenswunsch unseres Königs, uns alle glücklich zu sehen; laßt uns aber, meine Brüder darüber auch ins Klare kommen, was unser Glück sei, was zu unserem wahren Frieden diene? damit uns nicht das Schicksal der Frösche in der Fabel ereile. - Es war in dem früheren Aufsatze (dritte Beilage zu Nr. 96 der Breslauer Zeitung) die Befürchtung ausgesprochen worden, daß jeder Versuch den Wünschen eines großen Theils der deutschen Bevölkerung im Großherzogthume: „von diesem für immer und unwiderruflich geschieden zu werden“ zu entsprechen auf Schwierigkeiten stoßen dürfte, welche die Befriedigung auch nur einer Partei unmöglich machen würden. - Diese Befürchtung erscheint jetzt vollkommen gerechtfertigt, denn daß die Polen selbst über den künftigen Namen des ihnen zugewiesenen Landestheils in Verlegenheit gerathen, daß Schmiegel, Ostrowo und andere Städte, die Israeliten so wie die deutschen Rittergutsbesitzer und Bauern in dem zu reorganisirenden Theile des Großherzogthums zufrieden gestellt sein werden, liegt auf der Hand. - Es ist principiell mit jenem Acte ausgesprochen worden, daß das deutsche und das polnische Element sich nicht einander vereinigen lassen, und durch eine gezogene Grenzlinie von einander geschieden werden müssen. Diese Grenzlinie unschließt aber auf beiden Seiten so viele, jenem Principe nach nicht zusammengehörige, Theile, daß nicht abzusehen ist, wie es hier werden soll? Sie müssen sich vereinigen, was Ihr ja für unmöglich hattet, oder sich gegenseitig verdrängen und aufreiben. Das Erste, die Vereinigung, wird natürlich, nach dem jenes Princip ausgesprochen worden, um Vieles schwieriger, als es bei gegenseitigem gutem Willen überhaupt ist; es werden also die im polnischen Theile vorhandenen Deutschen der Polonisirung, die im deutschen Theile wohnenden Polen der Germanisirung anheim gegeben. - Was durch einen Act der friedlichen Uebereinkunft im Ganzen und im Großen nicht möglich sein soll, das wird im Kleinen zur Aufgabe gemacht, wo tausend Privatlebensverhältnisse und Beschäftigungen jetzt mehr als je die gegenseitige unverständige Erbitterung steigern, wo schon jetzt alle Bande der Gesellschaft zerissen sind. Statt ein Problem zu lösen, habt ihr zwei neue Probleme zur Lösung gestellt. Wie es um die Germanisirung der Polen steht? davon kann sich jeder in Oberschlesien und in dem von Polen bewohnten Theile Westpreußens überzeugen: der Pole kann verkommen, er kann verdrängt werden, er kann untergehen, aber deutsch wird er nie werden. - Und Ihr, deutsche Männer! übergebt eure Brüder im Innern des Landes dem Schicksale, allmählig zu verlieren, wofür ihr kämpft, während Ihr es in der Hand habt für das ganze deutsche Element im Lande die befriedigendsten Garantien zu erwirken. Saget Euch selbst, ob ein solcher Egoismus deutsch sei? - Was wird die nächste Folge der Abtrennung sein? Wir wollen von den Handelsresultaten im Großen wie sie uns Krakau gezeigt hat, absehen. Der Pole wird die abgezweigten Landestheile meiden, und auf dem Jahrmarkte an der Bude des Krämers vorbeigehen, der aus ihnen zu Markte gekommen ist. Ein tausendjähriger Verkehr wird auf eine ins Kleinliche gehende Art zerfallen, welche nach allen Seiten hin Verarmung, Unzufriedenheit, Haß und Erbitterung bringen wird. - Welche Stellung zu einander die gemischte Bevölkerung einnehmen wird? das werde hier nicht ausgemalt. Alle mobilen Ressourcen der Welt werden hier das Gräßlichste nicht verhüten. Warum das Alles? weil Ihr, unklübig der Geschichte, ein falsches Princip aufstellt, weil Ihr daran zweifelt, daß Deutsche und Polen friedlich mit einander leben können. Daß ein Volk durch Unterdrückung nicht besser wird, ist eine bekannte Thatsache; gar Vielen begegnet wohl auch das Menschliche, daß flüchtige, individuelle Eindrücke, welche Einzelne einer Nation auf sie gemacht haben, ihnen der Grund zur Beurtheilung eines ganzen Volkes werden, unter welchem man lange gelebt haben muß, um sagen zu können: man kenne es. Die eifrigsten Gegner der Polen sind diejenigen, welche sie am wenigsten kennen. - Wollt Ihr deutsche Gerechtigkeit üben, so müßt ihr Euer Urtheil über die polnische Nation an die Zeit knüpfen, wo sie selbstständig und frei war. Die nach Polen eingewanderten Deutschen haben ihr mitgebrachtes Magdeburger Recht, mit Einschluß des jus gladii bis zu Ende der Republik gehabt und geübt. Welche andere Nation in der Welt hat jemals so hochherzig gegen Einwanderer gehandelt? Was Ihr seitdem an dieser Nation verdröben glaubt, das müßt Ihr, gerechte Deutsche! eben wieder gut machen helfen, denn Deutschland wäre daran mitschuldig. Entgegnet nicht, „daß Preußen ja unendlich segensreich auf das Großherzogthum gewirkt habe,“ das verkennt auch der einsichtige Pole nicht, dagegen ist er auch nicht unanbar; das System der letzten 20 Jahre hat aber cultiviren mit germanisiren für gleich bedeutend genommen, darum sind wir heut so fern von dem Ziele, welches Hardenberg sich gesteckt hatte.

Lasset uns folgende Vorschläge einer allgemeinen Prüfung übergeben.

I. Das Großherzogthum Posen tritt unter der Oberherrschaft unseres Königs als freier Bundesgenosse zu dem deutschen Bunde, wie wir es von Ungarn, Böhmen, Mähren, Galizien und der Schweiz erwarten, und hilft so im Herzen Europa's den Bund gesellig freier Staaten bilden.

II. Die Verfassung erkennt als ersten Grundsatz an: gleiche und unterschiedlose Berechtigung aller Bewohner des Landes. Wer beider Sprachen mächtig ist, kann in allen Theilen des Landes amtlich wirken, wer nur eine spricht und schreibt, nur in demjenigen Theile, in welchem diese die vorherrschende ist.

III. alle Uebergänge werden so allmählig vorgenommen, daß so viel als irgend möglich Niemandes Interesse gestört werden. Nur dieser allmählige Uebergang kann ohne Schaden nach allen Seiten die heut vorhandenen Resultate eines entgegengelegten Systems allmählig und verhältnißmäßig ausgleichen.

IV. Posen wird zu einer Bundesfestung erhoben, in welcher mit den Eingebornen des Landes Truppen aus allen deutschen Landestheilen vereinigt den Dienst thun, und die gegenseitige Annäherung und Verbrüderung befördert wird.

Die Kinder der im Lande wohnenden gebildeten Deutschen werden die polnische Sprache erlernen, die gebildeten Polen sprechen fast alle die Deutsche. Ist es ein Verlust

oder ein Gewinn die geistigen Schätze zweier Nationen in sich vereinigen zu können? — Es giebt in der Welt keine deutsche, keine preussische, keine polnische Freiheit, es giebt nur eine wahre Freiheit, das ist die gesellige; diese helfet durch einen vielschichtigen Bundtag mitbegründen. Und wenn es dann noch in unserm schönen Lande unerträglich vorkommen sollte, dem steht das ganze freie Deutschland offen.

Die ganze Angelegenheit ist überhaupt mit einer Hast betrieben worden, welche im greiflichsten Widerspruche steht zu der Wichtigkeit des Gegenstandes und zu der hier ganz vermischten deutschen Bedächtigkeit, Gründlichkeit und Gerechtigkeit, mit einer Eile, einem Drängen, welche es sehr in Frage stellen, ob die geschehenen Anträge die wahre Meinung der über den Gegenstand gehörig aufgeklärten Bevölkerung, oder die einer einzelnen Partei sind? — Höret noch ein Wort, meine Brüder! Ihr alle sehet, wie schwer die Aufgaben der Zeit auf dem Haupte unseres Königs lasten. Gar Mancher von den Helden vor Schleswig ist gegen seine grundsätzliche Ueberzeugung in Kampf und Tod gegangen, aus Gehorsam gegen den König. Lasset uns ihnen nicht nachsehen. Auf denn! wer den König liebt, der helfe dazu, daß eine jener Aufgaben ehrenvoll und glücklich gelöst werde, welche Er als eine traurige aber auch schöne Erbschaft hat übernehmen müssen. Die Hand, welche sich dagegen erhebt, bricht das schönste Lorbeer-Kreis aus dem Sieges-Kranze des Königs. Das schöne Reis wird in der frevelnden Hand verdorren und zu einer schweren Zuchtrute werden für uns und unsere Nachkommen.

Es muß dem, mit dem Entwickelungsgange der Völkergeschichte Vertrauten aus den Ereignissen unserer Tage klar geworden sein, daß Tayllorands Ausspruch seiner Erfüllung nahe, die Wiederherstellung Polens zur Gründung eines wahren dauernden, durch den Völkerbund gesicherten Weltfriedens notwendig geworden ist, ob sie bald oder später erfolgen werde? weis nur der, dem alle Dinge bekannt sind. Polens Sache ist die Sache Deutschlands, die Sache Europas, die Sache der Menschheit, denn sie ist die Sache der Gerechtigkeit und der Freiheit. Wer zu dieser Ueberzeugung nicht durchgedrungen, an den sind meine Worte überhaupt gerichtet. — Polen kann durch die Theilnahme des westlichen Europas mit Gottes Hilfe auf dem Wege der friedlichen Vermittelung zu seiner Selbstständigkeit gelangen; dann wäre eine vorherige fünfte Theilung wenig geeignet, die vier früheren vergessen, und Volk und Land zu innigen Verbündeten Deutschlands zu machen; oder die Hilfe kommt von einer anderen Seite, dann dürften ältere, grenztliche Erinnerungen auftauchen, und die freie Stadt Danzig unter Polens Oberhoheit zurückzuführen. — Genügen Euch, meine deutschen Brüder! nicht die früheren Gründe, um Euch zur rüstigen Theilnahme an dem großen Veröhnungswerke zu bewegen, müßt Ihr noch einen irdischen Grund dafür haben. Wohlan! es gilt unserm Herrscherhause die Krone Polens zu erringen. Ihr, meine polnischen Brüder! sehet in dem, was ich Euch oben gezeigt, den Weg zu Heil und Friede, ich kann einen andern nicht finden. Der Sieg zu Schroda wird in der Geschichte neben dem vor Wien glänzen, denn der Sieg über Euch selbst war der schwerste. Nur was auf dem Wege des Gesetzes erlangt wird, kann dauernd beglücken; beweiset der Welt, daß Ihr geistig wiedergeboren, daß Ihr wahrhaft würdig seid in die Reihe der gebildeten Staaten zurückzukehren, daß die Lehren des langen Unglücks Euch die wahre Weihe gebracht haben.

Blicket Ihr alle, meine Brüder! in den Spiegel der Leidenchaften, den uns unsere Tage vorhalten. Sagt an! erkennet Ihr in den entstellten Zügen, die der Bruderhaß verzerrt hat, noch das Ebenbild Gottes? Gott hat uns dieses widerliche Bild gezeigt, damit wir erkennen sollen, wohin wir gelangen, wenn wir ihn aus unserm Herzen weisen, und unser Ohr verschließen der Mahnung des Herrn:

Liebet Euch unter einander!

Wissa, im Mai 1848.

Mesig.

Nothige Erklärung.

Um das Urtheil des Publikums über die, am ersten Osterfesttage d. J. hier in Festsberg durch evangelisch-pietistischen Fanatismus bedauerlicher Weise herbeigeführte gesetzwidrige Störung des allgemein christlichen Gottesdienstes in der hiesigen kleinen evangelischen Kirche, nicht eben so irre zu leiten, wie dies in dem Berichte in der ersten Beilage zu Nr. 98 der Bresl. Ztg. vom 27. v. M. und in dem Schreiben des hiesigen Past. sec. Thiele vom 28. v. M., siehe erste Beilage zu Nr. 101 der Bresl. Ztg. vom 30. v. M. geschehen ist: so erkläre ich hiermit, daß ich bereits unterm 27. v. Mts. wegen der gesetzwidrig erfolgten Störung des allgemein christlichen Gottesdienstes auf Grund der §§ 216 und 226 Tit. 20 Th. II. des N.-L.-R. bei dem königl. hohen Ober-Präsidium für die Provinz Schlesien klagbar geworden bin und die gesegelte Bestrafung der fanatischen Ruhestörer beantragt habe.

Festsberg, den 1. Mai 1848.

Wilhelm,

Prediger der allgemein christl. Gemeinde.

Können auf dem Lande künftig noch erbliche Scholzenämter bestehen? — Diese Frage ist bis jetzt noch wenig oder gar nicht erörtert worden, und hängt doch so nahe mit der bereits höhern Orts ausgesprochenen Aufhebung der Patrimonial-Gerichtsbarkeit und Dominal-Polizei zusammen. Wie sehr aber hier eine recht baldige Aenderung zu wünschen ist, zeigt ein erst kürzlich in einem Kreise des Breslauer Regierungsbezirk vorgekommener Fall. Einen meiner Bekannten, der zufällig ein sogenanntes Scholtseigentum gekauft hat, und jetzt als Landwehr-Offizier jeden Augenblick seiner Einberoderung entgegen sehen muß, um zum Schutz des Vaterlandes das Schwert zu ziehen, — wird vom Rittergutsbesitzer zugemuthet, das Scholzenamt sofort zu übernehmen, da der zeitliche Verwalter desselben sein Amt niedergelegt hat. Ob er nun gleich seine Protestation gegen Uebernahme dieses Postens schon mehrfach gehörig motivirt, dem Grundherrn und dem Landrath bestimmt ausgesprochen hat, und wohl jedermann auf dem Lande als in der Stadt genügend bekannt sein dürfte, — daß von Seiten der Behörden dem Scholzen oft Geschäfte zugemuthet werden, gegen welche sich selbst der gesunde Sinn des Landmanns anfängt zu sträuben, und die mit der Offiziers-Stellung gar nicht verträglich sind, so trägt dennoch, dies keiner Berücksichtigung werth haltend, der Edelmann sofort beim Landrath auf Verordung des Offizier (— bürgerlichen —) als Scholz an; der Landrath ertheilt auch sogleich ohne weitere Prüfung der obwaltenden Umstände dem Gerichtsamte den Auftrag, diese Bereibung vorzunehmen, und beordert denselben nach der

Kreisstadt zur Vollziehung dieses Aktes. So viel ich erfahren habe, wird sich genannter Offizier diese Zwangsmassregeln wohl verbeten haben; ich halte es aber an der Zeit, ein dergleichen Verfahren zu veröffentlichen, was einen neuen Beweis liefert, wie sehr eine Aenderung dieser Zustände Noth thut; indem noch sehr viele Grundherren und Landräthe die Anforderungen der Jetztzeit nicht recht zu erfassen scheinen, und immer noch nach ächt aristokratischer Manier, das alte Regiment aufrecht zu erhalten suchen. So lange daher die Landräthe nur von den Rittergutsbesitzern, ohne Rücksicht auf das Interesse des meist so sehr überwiegenden Theils der Rustikalen im Kreise, gewählt werden, werden auch viele Landräthe stets geneigt sein, für den Dominal-Herrn Partei gegen die Rustikalen zu nehmen.

Die unaufhörlich unter dem Landvolke, besonders bei Annäherung der Urwahlen, verbreiteten gedruckten Pamphlete, welche alle Branten, Gutsbesitzer, überhaupt alle mehr Begüterten auf das Aeußerste verdächtigen, eine für den oberschlesischen Landmann wenigstens ganz unverständliche unbeschränkte Freiheit, die Niemand mehr zu gehorchen braucht, predigen, haben endlich ihre Früchte getragen, was um so leichter sich erklären läßt, als die Landleute denken, wenn so etwas gedruckt und bekannt gemacht werden darf, so muß es wahr sein; das alte Sprichwort „er lügt, wie gedruckt“ ist ihnen unbekannt.

Der erste Mai, der Tag der Urwahlen, hat gleichsam das Signal zu leider fast allgemeinem Aufstande der Schlechtgesinnten oder Verführten gegeben. Das gepriesene Associations-Recht wird hier in einer wahrhaft grauenhaften Weise ausgeübt. Organisirte Banden von 4 bis 500 Köpfen, mit Beilen, Aerten, Hacken, dicken Knütteln und theilweise auch mit geladenen Gewehren bewaffnet, durchziehen Tag und Nacht das Land, überfallen die Guts- und Mühlenbesitzer, auch große Rustikalen und beladene Getreideschiffe und rauben mit Gewalt die Getreide-Vorräthe, sie machen kein Geheimniß aus ihrem Vorhaben, sie verkünden bei ihren Raubzügen auf den Landstraßen laut jedem, der es hören will, daß sie heute die namhaft gemachten Besitzer von der Sorge für die Aufbewahrung ihrer Getreide- und Viehbestände befreien und den Widerfächigen außerdem ihre Gebäude anstecken werden. Furcht und Schrecken gehen ihnen voran, einige der geachteten Familien sind bereits geflüchtet und haben lieber Alles im Stiche gelassen, um sich nicht vielleicht den größten Mißhandlungen auszusetzen.

Die Mehrzahl der Räuber gehört allerdings der arbeitenden Klasse an; es befinden sich darunter aber auch leider in ganz guten Verhältnissen lebende, ja selbst bespannte Ackerwirthe und von einem Nothstande ist auf dem linken Oderufer des hiesigen Kreises, wo die Plünderung begonnen und bei den gegenwärtigen Getreidepreisen wenigstens im Allgemeinen nicht die Rede.

Am 3. d. Mts. um Mittag, wachte es endlich der Baron von Gruttschreiber auf Wiegisch einer heranziehenden bewaffneten Bande von wenigstens 500 Köpfen mit seinen Diensteuten und nachdem Sturm geläutet war, auch von der Gemeinde unterstützt, entgegen zu ziehen und in einer fünfzehnmal geringeren Zahl, worunter sich noch mehre Frauenzimmer befanden, und nur etwa mit 5 Gewehren versehen, den erfolgenden Hurrah-Angriff der Räuber so entschlossen zu erwidern, daß nach kurzem Kampfe die Plünderer unter Zurücklassung mehrerer schwer Verwundeten und Gefangenen die Flucht ergreifen mußten. — Noch dauern leider die Raubzüge fort; indessen ist man doch jetzt wenigstens etwas vorbereitet und entschlossen, wenn man angegriffen wird, sein Leben und sein Eigenthum muthig zu verteidigen. Statt daß man die dringende Feldarbeit besorgen kann, muß man sich mit der Sicherheit der Personen und des Eigenthums beschäftigen, das Vieh auf den Haupt-Workercken, so gut es gehen wil, unterbringen, weil man nicht mehrere Orte zugleich beschützen kann; man muß sich in der ohnehin gedrückten Zeit wirtschaftliche Störungen aller Art gefallen lassen, das Getreide in die Festung Kosel abführen; kurz eine mehr als düstere Zukunft eröffnet sich uns!

In dieser traurigen Lage ist es jedoch wohlthuedend und zugleich eine heilige Pflicht dankbar anzuerkennen, wie der Herr Kommandant General-Major v. Lupinsky, so weit es die schwache Garnison nur irgend gestattet, durch mobile Kolonnen und kleine Kommando's so viel als möglich Schutz gewährt, und unausgefordert das Schützen-Corps zu Kosel nicht bloß Patrouillen entsendet hat, sondern auch den bedrängten Orten zu Hülfe geeilt ist, nicht minder die Abtheilung der bewaffneten Bürger ihren Beistand den Landbewohnern angeboten hat. Solche Handlungen allein nur können uns wieder aufrichten, es kann nur wieder besser werden, wenn alle Gutgesinnten, welche die wahre Freiheit, die allein nur bei Ordnung und Geselligkeit bestehen kann, ernstlich wollen, in Stadt und Land sich brüderlich die Hand reichen. Betäubend ist es freilich, daß auch in mehreren Städten, wie z. B. in Gleiwitz, die größten Excesse und Plünderungen stattgefunden haben, ehe denselben Einhalt gethan ist.

Zur Ehre der Menschheit wollen wir glauben, daß diejenigen, welche den Saamen der Anarchie ausgestreut, nicht vorbedacht solche Früchte als sich jetzt zeigen, davon erwartet haben, allein der Fluch, der auf ihren Flugschriften lastet, wird sie früher oder später erfüllen! Aufregung und Anarchie unter rohen ungebildeten Men-

schen herbeizuführen, muß beharrlich fortgesetzten Bestrebungen in kurzer Zeit gelingen, aber Ordnung und Vertrauen wieder herzustellen, die traurigen Folgen der Anarchie zu beseitigen und die dadurch verstopften Quellen des Wohlstandes wieder flüssig zu machen, dazu gehören oft viele Jahre. —

Mögen dies alle Diejenigen beherzigen, welchen es wirklich um eine sichere Gewährleistung für die uns verheißenen Freiheiten zu thun ist. Halten wir alle fest an dem konstitutionellen Königthum und verwirren die Köpfe derjenigen, welche es nicht zu fassen vermögen, nicht mit Erklärungen über die freiere demokratisch-konstitutionelle Richtung. Bedenken wir ernstlich, daß die Mehrzahl der Bewohner dergleichen Lehren richtig aufzufassen gar nicht im Stande ist.

Comorno bei Kosel, den 5. Mai 1848.

Engels.

Antwort auf eine „bescheidene Frage“.

In Nr. 105 der Breslauer Zeitung hat es vier Gliedern der Gemeinde Ruppersdorf beliebt, durch eine „bescheidene Frage“ die Gesinnung und Handlungsweise des von uns mit einer an Einkimmigkeit grenzenden Stimmenmehrheit gewählten Wahlmanns auf die schamloseste Weise in der öffentlichen Meinung herabzusetzen. Haben auch die jene Frage mitunterzeichneten Bauerngutsbesitzer in ihrer harmlosen Unbefangenheit faum eine leise Ahnung von ihrem Thun gehabt, so können wir uns doch nicht enthalten, ihnen unsere Mißbilligung darüber zu erkennen zu geben, daß sie sich dazu gebrauchen ließen, vereint mit zwei Gliedern des vermeintlich „höhern Hofpersonals“ auf die hämischste Weise die bekanntesten Thatsachen öffentlich zu verdächtigen. Wir würden es recht aufrichtig bedauern, wenn der Angegriffene sie einer Erwiderung würdigen sollte, da wir in Gesamtheit es für unsere heiligste Pflicht halten, gegen jene höhnische Verletzung der Wahrheit mit männlicher Freimüthigkeit entschieden aufzutreten.

Als Augen- und Ohrenzeugen erklären wir es daher für eine — wir können uns in höchster Enttäuschung keines andern Ausdrucks bedienen — der schamlosesten Lüge, wenn, wie es von den „bescheidnen“ Fragstellern geschehen ist, behauptet wird, daß unser geachtete Geistliche am Tage vor den Urwahlen eine Gemeindeversammlung zusammenberufen hat. Wir sind nicht auf seine Veranlassung, sondern auf die des mitunterzeichneten Freifeldbesitzer Aukt an jenem Tage in der Schule zusammengekommen und haben ihn dann durch eine an ihn abgeschickte Deputation bitten lassen, uns über die den folgenden Tag stattfindenden Wahlen den nöthigen Aufschluß zu geben, welcher Bitte er auch zu unserer größten Freude bereitwillig nachgekommen ist. Wir erklären es ferner für eine der schamlosesten Lügen, wenn behauptet wird, daß die Ausschließung der Bauern und des vermeintlich „höhern“ Hofpersonals absichtlich geschehen ist. Erstere sind auf den ausdrücklichen Wunsch des hiesigen Gerichtscholzen vom Flurschützen zur Theilnahme an der Versammlung nicht aufgefordert worden und von dem Vorhandensein des Letztern haben wir erst durch die vermeintlich „bescheidene“ Frage Kenntniß erhalten, da wir nicht wissen konnten, daß an einem freiherrlichen Hofe die Dienenden in verschiedene Grade eingetheilt werden. Wir erklären es ferner für eine der schamlosesten Lügen, wenn behauptet wird, daß unser geachtete Geistliche durch verschiedene Versprechungen seine am folgenden Tage stattgefundene Wahl als Wahlmann zu erreichen gesucht hat, erklären vielmehr, daß er uns von vorn herein wiederholt darauf aufmerksam machte, daß es durchaus nicht in seiner Absicht liege, als solcher von uns gewählt zu werden. Von der Ueberzeugung ausgehend, daß er in unserer Gemeinde vorzugsweise die für einen Wahlmann erforderlichen Eigenschaften besitze und wir ihm unser Vertrauen zu versagen keine Veranlassung haben, beschlossen wir, auf Anregung des Mühlenbesizers Schönfelder, ihn als Wahlmann zu wählen, und gaben dies, um ein Zersplittern der Stimmen zu verhüten, durch Händeaufheben zu erkennen. Die vermeintlich „bescheidnen“ Fragsteller können versichert sein, daß wir so viel Selbstständigkeit besitzen, um uns nicht zur Erreichung persönlicher Interessen gebrauchen zu lassen. Es ist daher im höchsten Grade lächerlich, wenn sie sich, wie aus ihrer gestellten Frage hervorgeht, dem Wahne hingeben, als besäßen sie, die zum Theil als Namenlose unter uns leben, denn von ihrem Wirken hat die Welt bis jetzt noch keine Kunde erhalten, so viel Einfluß auf uns, als daß sie uns zur Aenderung unseres freiwillig gefaßten Entschlusses vermocht hätten.

Soll endlich durch jene Frage die Wahl unseres Geistlichen zum Deputirten, die gegenwärtig nur als eine Wädglichkeit zu denken ist, nach Berlin oder Frankfurt verhindert werden, so haben wir die feste Ueberzeugung, daß die Gefahr für das Vaterland, wenn er auch durch das Vertrauen der Wahlmänner gewählt werden sollte, nicht so groß sein würde, als daß Amtleute, Privatschreiber und im höchsten Grade harmlose Bauern Veranlassung haben sollten, ihre gewohnten Beschäftigungen zu verlassen, um öffentlich durch ihre warnende Stimme den vermeintlichen Wolf in Schafskleibern zu bezeichnen. Uebrigens können wir ihnen die Versicherung geben, daß unser Geistlicher nicht entfernt daran denkt, sich als Deputirten wählen zu lassen, sonst würde er schwerlich in der am 4. d. M. in Strehlen abgehaltenen Wähler-Versammlung wiederholt die Herren Heinrich Simon, Stadtgerichtsrath, Fuchs, Landgerichts-Direktor und Baron von Amstetter als Deputirte zu wählende Männer in Vorschlag gebracht haben.

Ruppersdorf, Kreis Strehlen, den 5. Mai 1848.

Aukt. Schönfelder, Müllermeister. Breuer. Winter. Nieffe. J. König. Müller. Quardon. A. Hise. Simon. Tusch. König. Holt. Kretschmer. Reiman. Baramsky. Linich. Wegmann. Hähnel. Nibel. Krämer. Rietig. Gärtner. Lubewig. Krämer. Münch. Haupt. Seliger. Rippert. Kirst. Schepel. Breuer. Jenke. W. Leisner. Hülscher. Weikert. Schmied. Klamm. Franke. Lorenz. C. Hise.

Wie wird der allgemeinen Noth abgeholfen?

Alles schreit jetzt nach Arbeit, doch jeder weiß auch, wie schwer es unter den heutigen, bedrängten Zeiten ist, Arbeit zu geben, denn Jedermann schränkt sich ein, selbst der Wohlhabende sucht so viel wie möglich

seine Ausgaben zu verringern. Der Fabrikant, der Kaufmann genießt unter den jetzigen Umständen kein Vertrauen; der Absatz nach Außen, welcher bei unserer bisherigen Staatsverfassung höchst unbedeutend zu nennen war, hat gänzlich aufgehört. Wir müssen also auf Mittel sinnen, daß der inländische Fabrikant Absatz finde, damit er ferner seine Arbeiter behalten und ihnen Lohn bezahlen kann. Wie wäre es, wenn sich in ganz Preußen alle, ich sage alle Einwohner entschließen möchten, nur inländische Fabrikate zu kaufen, wenn sie etwas bedürfen. — Die Königin von England ist uns hierin mit einem guten Beispiele vorgegangen; sie hat neuerdings ihre Hofdamen aufgefordert: nur britische Stoffe zu tragen. — Gewiß wird dieser Vorschlag von vielen Seiten, besonders aber von unsern Frauen und Mädchen stark angefochten werden, denn diese können dann nicht mehr seidene Kleider, Brüsseler Spitzen, Pariser Schuhe, was weiß ich alles, tragen, doch bin ich überzeugt, daß es nur Wenige geben wird, die lieber ein seidenes Kleid tragen als Tausende von Menschen hungern lassen wollen, denen vielleicht zu helfen wäre, wenn wir alle nur inländisches Fabrikat zu unseren Bedürfnissen konsumierten. — Um dies speziell auszuführen, fehlt es mir an Geld wegen der Insektionsgebühren; also ich rufe Euch allen, die Ihr es gut mit Euren Mitbrüdern und Schwestern meint, zu:

„Kauft nur inländisches Fabrikat!“

Die Wahlen in Reiffe.

Reiffe hat sich abermals als der Sitz der Gesinnungstüchtigkeit und des wahren Christenthums dokumentirt. Bei einer Versammlung zur Beratung der Wahlen für den Zollbezirk fand sich auch der in diesem Bezirk wohnende christkatholische Prediger Hrabowsky ein. Eine

große Anzahl von der frommen Heerde der treuen Hirten Fischer und Schneeweiß konnte dies nicht dulden: „Fort mit dem Rongeauer!“ tönte es von allen Seiten und Herr Hrabowsky befand sich am Rande der Treppe ehe er es sich versah.

Arnold Ruge wendet sich nach Breslau, um sich zum Abgeordneten für das deutsche Parlament anzubieten. Sachsen ist noch nicht reif, um durch einen solchen Mann vertreten zu werden, zeigen wir, daß wir reifer sind, als das Land der Reformation, machen wir ihn, dem wir mehr als irgend Jemand anders in Deutschland die Bewegung unserer Revolution verdanken, zum Vertreter unserer Gesinnung! So groß die Schmach für Deutschland wäre, wenn ein Geist, der soviel gewirkt und der noch so viel wirken kann, wie er, nicht 50,000 Seelen fände, die ihn zu verstehen fähig wären, so groß müßte die Ehre für Breslau sein, wenn wir ihn zu dem unsern machen.

Man hat gegen Arnold Ruge einwenden wollen, er stände nicht auf der Höhe der sozialen Frage unserer Tage. Aber Ruge ist ein Mann, dem man den Vorwurf, daß er hinter seiner Zeit zurückgeblieben sei, nie wird machen können, höchstens den, daß er ihr vorausgeeilt ist — und das ist das Gegentheil eines Vorwurfs. Er war einer der Ersten in Deutschland, welche die soziale Frage durch den Kommunismus zu lösen glaubten; aber er war allerdings auch der Erste, der den Kommunismus wieder überwand, und das wurde ihm damals als Rückschritt ausgesetzt, während wir jetzt einsehen müssen, daß es nur der notwendige Fortschritt und das tiefste Verständniß der sozialen Forderungen war, da wir ja wohl alle den Kommunismus hinter uns haben.

Was aber vor Allem in Frankfurt Noth thun wird, ist ein entschiedenes Auftreten gegen die romantische, unserm Zeitalter so fremde Idee eines deutschen Kaiserreiches, und wem können wir dafür mehr Vertrauen schenken als Arnold Ruge, dem Haupthelden gegen die Ro-

mantil, der uns sein Glaubensbekenntniß ablegt, indem er uns kurz schreibt: „Die Kaiserromanen und Zweikammersystematiker brauchen Gegner, die Haare auf den Zähnen haben, sonst siegt der Unsin!“

„Waidmannsheil!“

Wollen wir Forstbeamte denn allein „beim Alten“ verharren und etwa der Farbe unseres Rocks getreu, nur mit der Hoffnung auf bessere Zeiten uns begnügen? — Haben der Vorkenkäfer — des niedrigen Misttrauens; die Dürre — schlechter Besoldungen; die schlechten Wege — einer 20-jährigen Militärdienstzeit; die Streubenuzung — der Kleinigkeitskrämerei; der Wildschaden — sämtlicher Forstschreibereien; die Connectionsplanze; die Waldpechnelke oder das Judenkraut u. dgl. m. Uebel und Unkräuter etwa aufgehört, die Wäldungen zu verderben? — Nein, gewiß nicht! — Drum frisch auf, Kameraden, zur Reform — die gewiß auch bei uns recht nöthig ist, soll ein Verein gebildet werden! Rendezvous am 17. Mai, in Löwen auf dem Bahnhofe.

Sylvius Kram,
p. Oberförster und k. Corpsjäger.

Im Saale des Tempelgartens
versammelt sich Sonntag den 7. Mai Nachmittags
3 Uhr der **weibliche demokratische Verein**
zur Beratung der Statuten.
Das provisorische Comitee.

Ist es nicht an der Zeit, auch den Schulbarrest
sofort abzuschaffen?!

Patientia in mala hora. Audiatur et altera
pars. Dulce est, miseris succurrere lapsis.

Buchhandlung Ferd. Hirt in Breslau u. Ratibor.

So eben ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben, in Breslau und Ratibor bei Ferdinand Hirt, in Krotoschin bei Stock vorräthig:

Deutschlands Wiedergeburt.

Was thut uns Noth, damit wir Ein Volk werden?

Von Franz Adolph Marbach.

8. geh. Preis 24 Sgr.

Der unterzeichnete Verleger erlaubt sich, diese Schrift als eine der hervorragendsten Erscheinungen der neueren politischen Literatur allen Vaterlandsfreunden dringend zu empfehlen. Leipzig, April 1848. **B. G. Teubner.**

In R. W. Krüger's Verlagsbuchhandlung in Berlin ist erschienen und zu haben bei Ferdinand Hirt (Raschmarkt 47), Gofjohorsky, Marx u. Komp. zc., in Ratibor in der Hirt'schen Buchhandlung:

R. W. Krüger, Zur Charakteristik der gestürzten Verwaltung in Preußen. Erster Beitrag. 6 Sgr.

Erster Abschnitt: Briefwechsel mit dem Ministerium **Sichorn**.

Zweiter Abschnitt: Gerichtliche Defension gegen einen **Denuncianten**.

Dritter Abschnitt: **Censurmonument**.

Im Verlage der Hahn'schen Hofbuchhandlung in Hannover ist so eben erschienen und an alle Buchhandlungen versandt, in **Breslau** und **Ratibor** bei **Ferdinand Hirt**, in Krotoschin bei Stock vorräthig:

GLEANINGS

from some of the best Authors of the modern
British Literature.

Zum Schul- und Privat-Gebrauche herausgegeben und mit erläuternden Anmerkungen versehen

von **L. E. E. Kellner**,

Lehrer an der königl. Kadettenanstalt und an der Handelsschule zu Hannover.
gr. 8. 1848. geh. 5/6 Thlr.

Anzeige.

Zu der auf den **22. Mai** d. J., Vormittags 10 Uhr, in Breslau abzuhaltenen General-Versammlung der Wundärzte Schlesiens werden nicht nur die dem Vereine bereits beigetretenen Mitglieder, sondern alle Wundärzte der Provinz hiedurch freundlichst eingeladen. Das Versammlungslokal ist Katharinen-Strasse Nr. 18, im Saale des Impf-Instituts. Wir gewärtigen eine um so größere Theilnahme, als in dieser Versammlung, in Erwägung der wichtigen Umgestaltung aller Verhältnisse im preussischen Staate eine Berathung über das, was unserm Stande zunächst Noth thut, gepflogen werden soll.

Öffentliche Vorträge, welche Mitglieder in dieser Versammlung zu halten gedenken, müssen wenigstens 10 Tage vorher dem Vorsteher, Kreis-Wundarzt Long zu Friedland, eingereicht werden; eben so erwartet derselbe die schleunige Einsendung der genauesten Namensverzeichnisse der zugetretenen Mitglieder von den Herren Vorstehern der Kreis-Vereine.

Nichter, z. B. Secretair.

Visites und Mantillen,

in Sammet, Seide und Wolle empfangen die neuesten Façons, wie auch feine ächtfarbige Battiste, und empfehlen solche zu den billigsten Preisen

Jungmann Gebrüder,

Ring Nr. 16, nahe Freiens-Ecke.

Ergebene Anzeige.

Dienstag den 9. d. M. eröffne ich

Oblauerstraße Nr. 75, in den drei Linden

eine **Weinhandlung**, verbunden mit dem Ausschank des bekannten und beliebten bayerischen **Waldschlößchen-Bieres**, guten Billards und einer vorzüglichen Küche warmer und kalter Speisen. Die Lokalität ist auf das Freundlichste eingerichtet, für reelle und prompte Bedienung bestens gesorgt, und bitte um recht zahlreichen gütigen Besuch.

W. Hiller.

Gewerbe-Ausstellung in Breslau, im Mai 1848 *).

Obgleich von vielen Seiten her das mögliche Zustandekommen einer Gewerbe-Ausstellung in diesem Jahre in Zweifel gezogen wurde, so hält doch der Vorstand es für seine besondere Pflicht, den vielfach an ihn ergangenen Gesuchen nachzukommen, und eine solche Ausstellung zu veranstalten, indem er sich der dort ausgesprochenen Meinung anschließt, daß vielen der Gewerbetreibenden hierdurch bei der jetzt so nahrungslosen Zeit einiger Verdienst zugewendet werden dürfte.

Wir glauben dabei aber auch, daß uns die Herren Gewerbetreibenden mit Zusendungen ihrer für die Ausstellung passenden Erzeugnisse nach Kräften unterstützen werden, so wie wir andererseits auf's eifrigste bemüht sein werden, für den Absatz, wo er gewünscht wird, zu sorgen.

Die Ausstellung wird am **21. Mai** beginnen und **sechs Wochen** hindurch dauern. Alle vorher nicht angemeldeten Gegenstände müssen spätestens bis zum **15. Mai** eingesandt sein, und zwar unter der Adresse:

„an den Breslauer Gewerbe-Verein.“

Zu dieser Ausstellung wird, mit Ausnahme der Werke der schönen Künste, jedes schlesische Industrie-Erzeugniß, auch das Größte zugelassen, wenn dasselbe im Verhältnis zum Preise nur sauber gearbeitet ist. Auch sind Gegenstände des Luxus, so wie solche Fabrikate, welche wegen der darauf verwendeten besonderen Sorgfalt und Kunstfertigkeit, und wegen der hierdurch bedingten Preiserhöhung sich nicht zum gewöhnlichen Gebrauch eignen, sondern in das Kunstgebiet einschlagen, keineswegs ausgeschlossen. — Namentlich lassen wir auch an die Herren Dekonomen das Gesuch ergehen, auch diesmal unsere Ausstellung recht zahlreich mit Woll-Bliesen, Wollproben, Mehl- und Zucker-Proben zc. zu beschenken.

Die Zusendungen solcher, zur Ausstellung bestimmten Gegenstände werden **portofrei erwartet**, die Kosten der Rückfracht übernimmt aber der Gewerbe-Verein, so wie auch von ihm sämtlich ausgestellte Gegenstände für die Dauer der Ausstellung gegen Feuergefahr versichert werden. Zur Vermeidung etwaiger weiterer Besorgnisse erwähnen wir noch, daß empfindliche Stoffe gegen Staub geschützt werden. Den Einsendern solcher Gegenstände wird sogleich eine Quittung über das Eingelieferte verabreicht, so wie ihnen auch freier Zutritt während der Dauer der Ausstellung gestattet wird. — Die einzusendenden Gegenstände sind mit einem genauen Verzeichniß, so wie mit der Angabe des etwaigen Verkaufspreises zu versehen. Sehr erwünscht würde es sein, wenn bei einzelnen Fabrikaten zugleich Notizen über den Stoff, aus welchem dieselben bereitet sind, ihre Verfertigungsweise, den Betrieb und Umfang des Geschäftes, so wie, welche weiteren Fabrikate der Producent liefert, mitgetheilt werden, um solche Notizen in den über die Ausstellung zu veröffentlichenden Bericht aufnehmen zu können. Die Empfangnahme und Ausstellung der eingesandten Gegenstände besorgt eine aus dem Vorstande gewählte Commission. — Sämtliche ausgestellte Gegenstände werden mit einem gedruckten Zettel versehen, worauf Name und Wohnort des Verfertigers, so wie auch die Angabe, ob und um welchen Preis dieselben zu verkaufen sind.

Vor beendeter Ausstellung darf kein Gegenstand zurückgenommen werden. Mit der Ausstellung wird eine Verloosung von ausgestellten Gegenständen verbunden werden; über die näheren Bestimmungen und die Resultate der Verloosung sollen demnächst besondere Benachrichtigungen in öffentlichen Blättern erscheinen.

Der Vorstand des Breslauer Gewerbe-Vereins.

Dr. Bürker, z. B. Secr. i. A.

*) Die geehrten Herren Redakteure der Provinzial-Zeitschriften werden um Aufnahme des Nachstehenden in ihren Zeitschriften ersucht.

Niederschlesische Zucker-Raffinerie.

Die resp. Interessenten werden hiermit benachrichtigt, daß dieselben gegen Präsentation der Aktien und Designation darüber, eine fernere Abschlags-Zahlung von 10 pSt. also 25 Rthl. pro Aktie, in den Tagen vom 16. bis 26. kommenden Monats Mai (Sonntag ausgenommen) Vormittags von 9 bis 12 Uhr in dem frühern Lokale auf dem Dom in Empfang nehmen können.

Für die Ausbleibenden wird die Erhebung unverzinslich bis zur nächsten Zahlung ausgesetzt. Glogau, den 18. April 1848.

Die Direktion.

Möbel-Vermiethung, Altbüßerstraße 45.

Mehrfachen Anfragen zufolge wird hiermit die ergebene Mittheilung gemacht, daß nun mehrere elegante Meublements zu vermieten sind.

Theater-Verertore. Sonntag: „Martin Luther.“ Historisches Schauspiel in 5 Aufzügen von August Klingemann.

Montag, zum 6ten Male: „Zopf und Schwert.“ Historisches Lustspiel in 5 Akten von Karl Gutzkow.

Verbindungs-Anzeige. Unsere heute vollzogene Verbindung beehren wir uns Verwandten und Bekannten (statt besonderer Meldung) hierdurch ergebenst anzuzeigen.

Breslau, 4. Mai 1848. Theodor Liebig, geborne Amalie Liebig, geborne Heubaum.

Verbindungs-Anzeige. Unsere am 4. Mai vollzogene eheliche Verbindung beehren wir uns Freunden und Bekannten hierdurch ergebenst anzuzeigen.

Wilhelm Göring, Catharina Göring, geb. Höner.

Entbindungs-Anzeige. Heute wurde meine gute Frau von einem gesunden Sohne glücklich entbunden.

Ketschdorf, den 5. Mai 1848. Rischer, Pastor.

Entbindungs-Anzeige. Die heut Nachmittags 3 Uhr erfolgte glückliche Entbindung meiner Frau, geb. v. Sellhorn, von einem gesunden Knaben theure ich mich, statt jeder besonderen Meldung, Verwandten und Freunden hiermit ergebenst anzuzeigen.

Kreife, 5. Mai 1848. von Luch.

Entbindungs-Anzeige. (Statt jeder besonderen Meldung) beehre ich mich, theilnehmenden Freunden und Bekannten hiermit ergebenst anzuzeigen, daß meine Frau Klara, geb. Schulz, von einem gesunden Knaben heut glücklich entbunden wurde.

Rothenburg, 3. Mai 1848. Wih. Hoffmann, Apotheker.

Todes-Anzeige. Den gestern nach schweren Leiden erfolgten Tod ihres geliebten Vaters und Waters, des ehemaligen Lederhändler Ernst Breitbach, melden hiermit tiefbetrubt:

Die Hinterbliebenen. Breslau, den 6. Mai 1848.

Todes-Anzeige. Heute Vormittag 9 Uhr verschied mein Vater Jacob Doctor, in dem Alter von 82 Jahren. Den vielen Bekannten desselben widme ich diese Anzeige, um stille Theilnahme bitten.

Zülz, den 4. Mai 1848. U. Doctor.

Todes-Anzeige. Statt jeder besonderen Meldung. Am 5. d. M. starb unser innig geliebter jüngster Sohn Walther nach 14tägigem Leiden an den Masern. Durch die Hand Gottes tief gebeugt bitten wir um stille Theilnahme. Breslau. Director Schönborn, Cäcilie Schönborn geb. Cass.

Oeconomische Section. Dienstag den 9. Mai, Nachmittags 5 Uhr.

Im Namen des unter meinem Befehl stehenden Detachements statte ich demjenigen unbekanntem Geber, welcher aus freundlicher Anerkennung, daß einer beabsichtigten ungeschlichen Aufhebung gegen die hiesige Stadthörbe, noch zeitgerecht eingewirkt wurde, für die dem Commando übermachten 100 Thaler, meinen ergebensten Dank ab.

Hirschberg, 5. Mai 1848. v. Serwarth, Hauptmann im königl. 6. Infanterie-Regiment.

Den hochgeehrten Freunden und Mitbürgern, die während meiner Krankheit mir so viel Theilnahme bewiesen haben, erlaube ich mir hierdurch meinen aufrichtigsten Dank abzustatten, da es gegenwärtig noch nicht in meinen Kräften liegt, dieses nach innerem Verlangen persönlich zu thun. A. Hübner.

Neumarkt, 2. Mai. Dem Sprecher (Buchbindermeister Hiller) am Grabe des zu Adelnau am 22. April tödtlich verwundeten, braven Jäger Richard Ziebold, welcher heute hier unter wahrhafter Theilnahme beerdigt wurde, rufen wir zur ferneren Belehrung die Worte zu: Si tacuisses Philosophus mansisses.

Zur gütigen Beachtung. Ein Käufer mit wohlverdienten günstigen Zeugnissen versehen, sucht für Termin Johannis Placement und übernimmt erforderlichen Falls sowohl Kellerarbeit, als auch Besorgung des Stubengeschäfts. Hierauf Respektirende in- und außerhalb Breslau wollen gefällige Erundigungen einholen am Ringe Nr. 30 im Gewölbe des Herrn Brandi.

Wegen der Wahlen kann der Handwerker-Verein von 1847 sich am 8. Mai d. J. nicht versammeln.

Dürfte es nicht an der Zeit sein, daß diejenigen edlen Männer, welche für das Glück des Volkes so oft ihre Stimme erhoben, auch ihre liebevolle Theilnahme auf das Geschick, der außer der Ehe erzeugten Kinder ausdehnten, welche nur zu oft, in dem Bewußtsein einen reichen Mann zum Vater zu haben, das harte Joch der dükendsten Armut unver schuldet tragen müssen. Es würden diese Männer gewiß tausende von Thränen trocken, und sich ein schönes Denkmal setzten für die Nachwelt bewahren. T. S.

Der Verein der Aerzte des Glatzer Gebirges

hält, gemäß Beschluß vom 21. Novbr. v. J., diesmal seine Versammlung am Vollmondstage: Donnerstag den 18. Mai.

Warnung. Da sich seit einiger Zeit allabendlich eine Art giftiger Fledermäuse oder luftig-leuchtendes Gefindel in unsern Straßen bemerklich macht, so empfiehlt zur Abwehr desselben ein probates Mittel: Klopffloch.

Herrn Premier-Lieutenant von Bistram a. D. eruche ich ergebenst, mir sofort seine jetzige Wohnung anzuzeigen. J. C. Lang.

Der Versammlungsort der „Borussia“ befindet sich jetzt in der „Hoffnung“, Dhlauer Straße Nr. 5 und 6. Th. Lorenz, st. jur. A. Hoffmann, st. th. A. Frenzel, st. philos.

Ueber die gepriesene Ehren- und Gewissenhaftigkeit des Agentur-Reisenden Christian Wilh. Gröschel aus Nürnberg, angeblich aus Mainz, wird zuverlässige Auskunft ertheilt auf frankirte Anfragen unter Adresse: August 14. poste restante Leipzig. S.

Die I. Abtheilung von Sattler's Cosmoramen,

an der Promenade am Dhlau-Flusse, ist nur noch kurze Zeit zu sehen.

An die Kandidaten des evangelischen Predigt-Amts.

Erste General-Versammlung am 12. und 13. Mai (Freitag und Sonnabend) Vorberathung am 11. Mai (Donnerstag) Nachmittags 4 Uhr im Café restaurant auf der Karlsstraße zu Breslau. Strauß. Pfitzer.

Subhastations-Bekanntmachung. Zum notwendigen Verkaufe des hier unter Nr. 37 der Matthiasstraße belegenen, dem Brauereibesitzer Joseph Chudalla gehörigen, auf 5832 Rthlr. 19 Sgr. 10 1/2 Pf. geschätzten Grundstückes, haben wir einen Termin auf den 4. Oktober 1848 Vormittags 11 Uhr vor dem Herrn Stadtgerichtsrath Schmiedel in unserm Parteinzimmer anberaumt. Taxe und Hypothekenschein können in der Subhastations-Registatur eingesehen werden. Zu diesem Termine werden hiermit die drei Geschwister Kierstein, Pauline Caroline Henriette, Agnes Friederike Henriette und Clara Bertha Julie vorgeladen. Breslau, den 15. März 1848. Königliches Stadt-Gericht. II. Abtheilung.

Bekanntmachung. Der in der Subhastationsfache des Kaufmann Schweigerischen Hauses, Nr. 8 Friedrich-Wilhelms-Straße und Nr. 1, 2 und 3 der neuen Kirchstraße am 11. Mai d. J. anstehende Bietungstermin wird hiermit aufgehoben. Breslau, den 4. Mai 1848. Königliches Stadtgericht. II. Abtheilung.

Oeffentliche Vorladung. Ueber das Vermögen des Kaufmanns Moritz Friede hierseits ist der Konkurs-Prozess eröffnet, und ein Termin zur Anmeldung und Nachweisung der Ansprüche aller unbekanntem Gläubiger auf den 7. Juni 1848 Vormittags 10 Uhr vor dem Herrn Stadtgerichts-Assessor Pasch in unserm Parteinzimmer anberaumt worden. Wer sich in diesem Termine nicht meldet, wird mit seinen Ansprüchen an die Masse ausgeschlossen und ihm deshalb gegen die übrigen Gläubiger ein ewiges Stillschweigen auferlegt. Breslau, den 9. Februar 1848. Königliches Stadt-Gericht. II. Abtheilung.

Bekanntmachung. Die Anstreicharbeiten im neu zu erbauenden Schulhause zum heiligen Geist werden im Wege der Submission öffentlich ausgeschrieben; Arbeitsverzeichnisse und Bedingungen liegen in der rathhäuslichen Dienststube bereit. Der Termin zur Eröffnung der versiegelten Forbrungen ist am 9. d. Mts., Vormittags 11 Uhr. Breslau, den 3. Mai 1848. Die Stadt-Bau-Deputation.

Tägliche Züge der Oberschlesischen Eisenbahn.

Table with columns: Abfahrt von, Personen-Züge, Ankunft in, Güter-Züge. Rows list stations like Breslau, Myslowitz, Duppeln and departure/arrival times.

Tägliche Züge der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn.

Table with columns: Abfahrt von Berlin, Personen-Züge, Ankunft in Breslau, Abfahrt von Breslau, Güter-Züge, Ankunft in Berlin. Rows list departure/arrival times.

Tägliche Züge der Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn.

Table with columns: Von Breslau Morgens 6 u., Nachm. 1 Uhr, Abends 5 Uhr 30 Min. Rows list destinations like Schweidnitz, Freiburg and arrival times.

Subhastations-Bekanntmachung. Zum notwendigen Verkaufe des hier zu Nr. 18 der Tauenzienstraße gehörig gewesenen, an der Flurstraße belegenen, dem Töpfermeister August Minekly gehörigen, auf 14674 Rthl. 13 Sgr. 6 Pf. geschätzten Grundstückes, haben wir einen Termin auf den 8. Juni 1848 Vorm. 11 Uhr vor dem Hrn. Ober-Landes-Gerichts-Assessor Meyer in unserm Partein-Zimmer anberaumt.

Taxe und Hypothekenschein können in der Subhastations-Registatur eingesehen werden. Zu diesem Termine werden hierdurch vorgeladen: 1) das Fräulein Emma v. Böhm; 2) der Wafa v. Böhm, 3) der Rittergutsbesitzer Fr. Hahn auf Kaiserswalde bei Habelschwerdt, und 4) der Gutsbesitzer Fr. Hahn auf Zeschdorf und Karolinenthal, Nr. Frankfurt a. d. N. Breslau, den 18. Novbr. 1847. Königl. Stadt-Gericht II. Abtheilung.

Subhastations-Patent. Zum öffentlichen Verkauf des unter Nr. 51 der Goldberger Vorstadt von Liegnitz belegenen Hauses, welches auf 5020 Rt. 25 Sg. gerichtlich abgeschätzt worden, ist ein Termin auf den 28. Septbr. d. J. Vormittags um 10 Uhr in unserm Gerichtslokale anberaumt worden.

Die Taxe und der neueste Hypothekenschein können in den gewöhnlichen Amtsstunden in unserer Prozeß-Registatur eingesehen werden. Liegnitz, den 11. März 1848. Königl. Land- und Stadt-Gericht. Kügler.

Proklama. Der schlesische Pfandbrief Nr. 15 à 300 Thlr. auf dem Gute Mankernwiz, Dels-Militärischen Systems, eingetragenen, welcher seit Weihnachten 1812 bei keiner der schlesischen Landeskassen zur Zinserehebung präsentirt worden, wird Behufs der Amortisation auf Grund des § 40. Kap. VIII. Zhl. III. des schlesischen Landeskassen-Reglements vom 9. Juli 1770 und der allerhöchsten Kabinetts-Ordre vom 4. Januar 1845 hiermit aufgegeben.

Alle Diejenigen, welche als Inhaber, Erben, Gessionarien, oder die sonst in ihre Rechte getreten sind, Ansprüche an den obgedachten Pfandbrief zu haben vermerken, werden hierdurch vorgeladen, in dem auf den 8. Juni 1848, Vormittags um 11 Uhr, angelegten Termine vor dem Herrn k. r. l. Gerichts-Rath Kleinwächter im hiesigen Geschäfts-Lokale zu erscheinen und ihre Ansprüche anzumelden oder zu gewärtigen, daß sie mit ihren Ansprüchen werden präcluidirt, ihnen deshalb ein ewiges Stillschweigen auferlegt und der gedachte Pfandbrief zum Besten des eigenthümlichen Fonds der Landeskasse für amortisirt erklärt werden wird. Dels, den 5. Februar 1848. Herzgl. Braunsch.-Dels. Fürstenthums-Gericht. I. Abtheilung.

Getreide-Verkauf. Es werden den 24. d., Vormittags von 10 bis 12 Uhr 428 Scheffel Weizen, 459 Korn, 343 Hafer in hiesigen Rentamte (Ritterplatz Nr. 6) öffentlich an den Meistbietenden verkauft werden. Kauflustige wollen sich im gedachten Termine einfinden und ihre Gebote abgeben. Das Naturale kann jeder Kaufwillige in Augenschein nehmen. Die Kaufbedingungen sind im hiesigen Rent-Amte einzusehen. Breslau, den 6. Mai 1848. Königl. Rentamt.

Eine Brochüre unter dem Titel: „Ueber schlesische Verhältnisse 1818, vom Freiherrn v. Rittwiz auf Aur“ ist dem Inhaber abhanden gekommen. Wer dieselbe bei Kaufmann Hansen in Breslau abgibt, erhält 5 Rt.

Am 8. d. Mts. Nachmittags 2 Uhr sollen in Nr. 42 Breitestraße, 50 russische Pelze und 3 Fässer Magdeburger Lim, versteigert werden. Mannig, Auctions-Commissarius.

Am 9. d. Mts. Vormittags 9 Uhr, in Nr. 10 11 Albrechtsstraße, Fortsetzung der Auction von Porcellan-, Steingut- und Glas-Waaren, so wie von lackirten Soden. Mannig, Auctions-Commissarius.

Auction. Am 10. d. Mts. Vormittags 9 Uhr soll in Nr. 42 Breitestraße ein noch fast neues Mahagoni-Meublement, bestehend in Spiegel, Sopha, Servante, Tischen, Kronleuchter, Großstuhl, Kommoden, Stühlen, Gardinen, Teppichen u. versteigert werden. Mannig, Auctions-Commissarius.

Montag den 8. Mai, Versammlung des Montag-Sanz-Vereins im Wenzelschen Lokale. Der Vorstand.

Durch den Tod des Gastwirths Lange in Reinberg wird der dasige Gasthof mit der dazu gehörigen Odr-Fähre von Michaelis d. J. ab pachtfrei. Zur anderweiten Verpachtung dieses Gasthofes nebst Odr-Fähre wird in dem Lokale des unterzeichneten Wirtschaftsamtes ein Termin auf den 13. Juni, Nachmittags 2 Uhr anberaumt, wo die näheren Pachtbedingungen täglich einzusehen sind. Das Wirtschaftsamte von Drogelwitz.

Sonntag, den 7. Mai, Fortsetzung des Wiener Praters. Vorstellung der Gesellschaft des H. Schwiegerling. Großes Konzert der Breslauer Musikgesellschaft. Theater im Garten und Feuerwerk. Fahr билет zum Caoussell gratis.

empfangt jetzt wieder täglich in bekannter vorzüglicher frischer Qualität die Haupt-Niederlage bei S. Schiff, Neuschestrafte 58/59. P. S.

Ich bitte diejenigen meiner geehrten Kunden, welche die Garantie einer guten Waare haben wollen, genau auf meine Firma zu achten, indem ich mehrfach erfahren, daß Viele durch eine Verwechslung Nachtheile hatten.

Bekanntmachung. Mittwoch den 10ten d. M. findet im bürgerlichen Schießwerber ein Luffschießen auf den halben Stand, freischändig und ohne Zucker, statt. Die Prämien bestehen in Silbergewinnen. Anfang früh 6 Uhr.

Ein gutes Neopositorium nebst Tafel zu einer Speerelei-Handlung ist billig zu verkaufen und sofort oder Johannis e. zu übernehmen. Das Nähere bei Herrn W. Schiff, Neusche Straße Nr. 58/59.

Schmiedebrücke Nr. 12 ist der dritte Stock zu vermieten und zu Johanni zu beziehen.

Wohnungs-Anzeige. Zu vermieten ist Ober- und Kupferschmiedestrasen-Gasse Nr. 7 die 2te Etage, Alles sehr bequem. Nähe es in der Speerelei-Handl.

Hinterhäuser Nr. 10, 1 Tr., werden alle Arten Eingaben, Vorstellungen und Gesuche, Inventarien, Briefe und Kontrakte angefertigt.

Spaulettes für Auditeurs,

Intendantur-Beamte, Garnison-Inspektoren etc. nebst vorschriftsmäßigen Porté's und Cor-dons, offerirt: Die Berliner Militär-Effekten-Handlung des W. D. Hellinger, Nikolai-Strasse Nr. 13.

Die Tücher, Manufaktur- und Weißwaaren-Niederlage von **Adolf Sachs**, Ohlauerstrasse Nr. 5 und 6 „zur Hoffnung“ empfängt heute die erste Sendung ihrer **Leipziger Maßwaaren** und bittet um geneigte Berücksichtigung dieser Anzeige.

Wintergarten.

Heute Sonntag den 7. Mai großes Konzert im Garten, bei ungünstiger Witterung im Saale. Anfang 3 Uhr. Entree für Damen 1 Sgr., Herren 2 1/2 Sgr. Schindler.

Schweizerhaus.

Sonntag und Montag Konzert.

Villa nova

in Alt-Scheitnig. Heute, Sonntag den 7. Mai:

Konzert.

Entree à Person 1 Sgr.

Im Eisenbade

heute Sonntag Brillant-Feuerwerk nebst großem Konzert; das Nähere durch die Bet-tel. Paul.

Liebich's Garten, heute den 7. Mai, großes Concert.

Tempelgarten.

Heute Sonntag und morgen Montag großes Konzert.

Die bereits angezeigte Eröffnung meiner Mineral-Brünnen- und Wollken-Anstalt erlaube ich mir mit der ergebenen Bemerkung zu wiederholen, daß bereits sämtlich Mineral-Brünnen eingetroffen und auch die Wollken zu jeder Tageszeit den Sommer hindurch stets frisch zubereitet verabreicht werden. C. W. Schmidt.

Sonntag den 7. Mai: Blumenkranz nebst Fischessen, wozu ergebenst einladet: Schneider, Cafetier in Schloßgärten.

Musikalisches.

Ein fertiger Clavierpieler und Lehrer wünscht unter sehr billigen Bedingungen Unterricht zu erteilen, sowohl Mädchen als Knaben, Geübteren als auch Anfängern, in und außer dem Hause. Adressen bittet man Katharinen-Strasse Nr. 11 a, 3 Treppen hoch abzugeben.

Eine vielseitig gebildete und erfahrene Dame von gefestem Alter wünscht ein Engagement als Gesellschafterin oder Führerin eines Haushaltes, wobei sich selbige auch der Erziehung ein oder zweier Kinder gern unterziehen würde. Nähere Erkundigungen wolle man einziehen in Breslau am Neumarkt Nr. 5, eine Treppe hoch, täglich in den Mittagsstunden von 12-2 Uhr.

Eine neu angelegte Bäckerei, aufs bequemste und vorteilhafteste eingerichtet, mit großem eleganten Verkaufs-Lokal, auf der frequentesten Straße in der Stadt gelegen, daher es sich namentlich zu einer feinen Bäckerei eignen würde, da in der ganzen Nähe sich nicht eine vergleichbar befindet, ist Verhältnis halber sofort zu vermieten und bald zu übernehmen. Näheres bei A. Jäkel, Grünebaumbrücke 2.

Ein schönes Lokal zu einer Bäckerei in Langenbielau in der vorzüglichsten und volkreichsten Lage, Miethe 50 Rthl. mit Wohnung, ist zu vermieten. Darauf Reflektierende erfahren Näheres bei J. Walter in Breslau, Katharinenstr. 19, im Hofe 2te Thüre rechts, bei Joseph Sturm in Langenbielau in dem J. Walterschen Hause. Mit der Bemerkung: daß sich seit 2 Jahren mehrere Bäcker aus Breslau in Langenbielau ansässig gemacht haben und sich guter Nahrung erfreuen.

Gesucht werden 2000 Rthl. auf ein ländliches Grundstück, unweit Breslau, zu Johannes gegen jura censa. — Erste Hypothek vor 19,000 Rthl. Darauf Reflektierende werden ersucht, ihre Adresse sub P. A. poste restante Breslau abzugeben. Commissionäre werden verboten.

Zu verkaufen ist eine vorzüglich schöne Orangerie; das Nähere Vorhofstraße Nr. 13.

Der vierteljährliche Abonnements-Preis für die Breslauer Zeitung in Verbindung mit ihrem Beiblatt: „Die Schlesische Chronik“ ist am hiesigen Orte 1 Thlr. 27 1/2 Sgr.; für die Zeitung allein 1 Thlr. 15 Sgr. Die Chronik allein kostet 20 Sgr. (incl. Porto und Stempel) 2 Thlr. 20 Sgr.; die Zeitung allein 2 Thlr. 7 1/2 Sgr.; die Chronik allein 20 Sgr.; so daß für die Chronik kein Porto angerechnet wird.

Zu vermieten

und zu beziehen sind Sandstraße an der Promenade große und kleine Wohnungen, neu gemalt und gebohrt; Näheres Sandstraße Nr. 12, erste Etage.

Taschenstraße Nr. 30 ist im 2. Stock eine Wohnung von 80 Thlr. und eine zu 60 Thlr. zu vermieten.

Zu vermieten

1) eine einzelne Vorderstube Ring Nr. 34 im 2ten Stock mit oder ohne Möbel; 2) eine Wohnung mit Alkove und Küche im Hofe daselbst. Beide zu Johannes zu beziehen. Das Nähere beim Kaufmann J. S. Gerlig dort.

Zu vermieten und bald zu beziehen Hummeri Nr. 4 das Parterre-Lokal, bestehend aus einem Comptoir und zwei Kaminen. Das Nähere Schweidnitzerstraße 30, im Comptoir.

Vermietungs-Anzeige.

Ohlauerstraße Nr. 76/77 (zu den 3 Hechten) ist eine Schmiedewerkstatt sofort zu vermieten. Das Nähere beim Kommissionsrath Hertel, Seminargasse Nr. 15.

Ring Nr. 40 (grüne Köhrseite) ist das Gewölbe nebst Comtoir, Remise und Keller zu vermieten und Johannes zu beziehen; das Nähere daselbst im 3ten Stock.

Zu vermieten

ist Schmiedebücke Nr. 51 die 2te Etage und Termin Johannes zu beziehen. Das Nähere in Kaufgasse daselbst.

Zu vermieten und Michaelis zu beziehen ist Schubbrücke Nr. 43 der erste Stock nebst Beigelaß; das Nähere daselbst par terre beim Wirth.

Ohlauerstraße Nr. 53 ist das Gewölbe nebst Lokalen, in denen das sehr lebhafte Wurst- und Fleischwaaren-Beichst seit Jahren und noch sich befindet, zu Johannes zu vermieten.

Zwei schöne Zimmer, mit oder ohne Möbel, sind Karlstraße Nr. 15 im 3. Stock bald zu vermieten und das Nähere in demselben Hause im Gewölbe zu erfahren.

Breslauer Getreide-Preise am 6. Mai 1848.

Sorte:	beste	mittle	geringste
Weizen, weißer	58 Sg.	55 Sg.	52 Sg.
Weizen, gelber	54	52	50
Roggen	38	36	32
Gerste	34	31 1/2	29
Hafer	24	23 1/2	20 1/2

Breslau, den 6. Mai 1848.

(Amtliches Cours-Blatt.) Geld- und Fonds-Course: Holl. Rand-Duf. 97 Sld. Kaiserl. Duf. 97 Sld. Friedrichsd'or 114 1/2 Br. Louisd'or 113 1/2 Br. Poln. Court. 89 1/2 Br. Dester. Bankn. 4 1/2 Br. Staats-Sch.-Sch. per 100 Rtl. 3 1/2 % 72 1/2 Br. Großherz. Pos. Pfandbr. 4 % 83 1/2 Br. neue 3 1/2 % 69 1/2 Br. Schles. Pfdb. à 1000 Rtl. 3 1/2 % 86 Br. Lit. B. à 1000 Rtl. 4 % 87 1/2 Br. 3 1/2 % 76 1/2 Br. Alte poln. Pfdb. 4 % 79 1/2 Sld., neue 79 1/2 Sld. — Eisenbahn-Aktien: Bresl. Schweidn.-Freib. 4 % 73 1/2 Br. Köln-Mindener 3 1/2 % 61 1/2 Br. Friedr.-Wilh.-Nordb. 3 1/2 % 57 1/2 Br. — Wechsel-Course: Amsterdam 2 Rtl. 142 1/2 Sld. Berlin 2 Rtl. 99 1/2 Br., f. S. 10 1/2 Br. Hamburg 2 Rtl. 149 Br., f. S. 151 1/2 Br. London 3 Rtl. 6. 25 1/2 Sld. Wien 2 Rtl. 94 1/2 Br.

(Börsen-Bericht.) Geld-Sorten und Fonds. Holl. u. Kaiserl. vollw. Duf. 96 1/2 Sld. Friedrichsd'or 114 Br. Louisd'or. vollw. 113 Br. Poln. Papierg. 89 1/2 Br. Dester. Bankn. 94 1/2 — 1/2 bez. Staats-Sch.-Sch. 3 1/2 % 72 Br. Seehandl.-Präm.-Scheine à 50 Rtl. 79 Br. Bresl. Stadt-Obliq. 3 1/2 % 90 Br. Pos. Pfandbr. 4 % 83 Br. 3 1/2 % 69 1/2 Br. 69 1/2 Sld. Schles. Pfdb. 3 1/2 % 85 1/2 bez., Lit. B. 4 % 87 1/2 Br. 3 1/2 % 76 Br. Poln. Pfdb. 4 % neue 80 1/2 bez. — Eisenbahn-Aktien: Ober-schl. 3 1/2 % Lit. B. 68 Br. Bresl.-Schw.-Freib. 4 % 73 Br. Prior. 4 % 70 Sld. Ri-ber-schl.-Märk. Prior. 3 % 80 Sld., Prior. 5 % Ser. III. 70 Sld. 80 Br. Orl.-Rhein. (Köln-Minden) 3 1/2 % 61 1/2 Br. Kratau-Dresd.-schl. 4 % 28 Br. Friedr.-Wilh.-Nordb. 4 % 32 1/2 bez.

Coursbericht. Berlin, den 5. Mai.

Köln-Minden 3 1/2 % 61 1/2 u. 61 bez. u. Br., Prior. 4 % Anf. 73 1/2 Ende 73 bez. u. Br. Niederschl. 3 1/2 % 57 bez. Prior. 4 % 72 1/2 Br. Oberschl. Lit. A. 3 1/2 % 65 Br., Lit. B. 64 bez. Rheinische 47 1/2 bez. Sächs.-Schles. 4 % 58 bez. — Quittungs-bogen: Nordb. (Fr.-Wilh.) 4 % 32 1/2 à 33 1/2 à 33 bez. Posen-Stargard 4 % 47 1/2 Rtl. 41 1/2 mehr bez. u. Br. — Fonds und Geld-Sorten: Staats-Schuld-Sch. 3 1/2 % 71 1/2 bez. Seeh.-Präm.-Sch. à 50 Rtl. 77 1/2, erw. bez. Friedrichsd'or 113 1/2 bez. Louisd'or 112 1/2 bez. Poln. Pfandbr. neue 4 % 80 1/2 erw. bez.

Universitäts-Sternwarte.

3. und 4. Mai.	Barometer	Thermometer			Wind.	Gewöl.
		3.	2.	inneres. äußeres. feuchtes niedriger.		
Abends 10 Uhr.	27 10, 14 + 10, 10 + 6, 7	2	5	0°	RB	heiter
Morgens 6 Uhr.	10, 31 + 9, 50 + 4, 2	1	6	4	RB	"
Nachmitt. 2 Uhr.	10, 54 + 10, 75 + 10, 1	5	2	43°	R	bewölkt
Minimum.	10, 14 + 9, 50 + 2, 6	1	6	0°		
Maximum.	10, 54 + 10, 75 + 11, 0	5	2	43°		

Temperatur der Ober + 10 6

4. und 5. Mai.	Barometer	Thermometer			Wind.	Gewöl.
		3.	2.	inneres. äußeres. feuchtes niedriger.		
Abends 10 Uhr.	27 11, 54 + 9, 75 + 4, 8	1	8	11°	R	bedeckt
Morgens 6 Uhr.	— 11, 80 + 8, 75 + 3, 4	0	9	11°	R	"
Nachmitt. 2 Uhr.	28 0, 20 + 9, 00 + 5, 0	2	6	21°	RB	"
Minimum.	27 11, 46 + 8, 50 + 1, 4	0	9	11°		
Maximum.	28 0, 21 + 9, 95 + 9, 6	2	0	65°		

Temperatur der Ober + 9, 8

mit ihrem Beiblatt: „Die Schlesische Chronik“ ist am hiesigen Orte 1 Thlr. Auswärts kostet die Breslauer Zeitung in Verbindung mit der Schlesischen Chronik

Moratorium!!!

Ein Fingerzeig für Grundbesitzer, kleine Kaufleute und alle dem finanziellen Untergange Entgegeneilende.

Als der reisende Strom der politischen Katastrophen mit den absoluten Thronen Souverainitäten, und Ministerien ansing die Geld- und Kredit-Verhältnisse umzustürzen und zu unterwühlen, als das baare Geld wie eskamotiert im Nu verschwand, Kredit und Vertrauen mythische und phantastische Begriffe wurden, da ließ sich hier und da in aller Bescheidenheit das Wort Moratorium vernehmen. Die Kapitalisten, Rentiers und Bankiers sahen schreckensbleich zusammen. Wie ist es möglich, riefen sie, an eine so schändliche, die kaufmännische Ehre preisgebende, in der Geschichte unerhörte Sache zu denken? Welche unübersehbaren Verwicklungen würden daraus für uns entstehen! Wer bürgt uns dafür, daß, wenn wir jetzt zwei oder drei Monate Nachsicht geben müssen, nach Ablauf dieser Zeit die Verhältnisse der Zahlungs-Verpflichteten nicht noch schlechter geworden sind, und daß wir dann unser Geld erst recht verlieren? Wartet nur geduldig kurze Zeit! Wir werden ja sicherlich wieder unsere Kassen aufschließen und mit menschenfreundlichem Gemüthe helfen und unterstützen! Gebt Euren letzten Groschen, Euer letztes Hemd, verpfändet Eure letzten Waaren, nur kommt um Himmelswillen prompt Euren Verbindlichkeiten nach — Ihr braven, ehrenwerthen Kaufleute und Männer! Wir lieben Euch so herzlich, wir nehmen so innigen Antheil an Euren traurigen Schicksal, wir weinen bittere Thränen über Euch und Eure armen Familien — aber zahlen müßt Ihr auf die Minute, und wenn Ihr Euch wirklich auch für alle Zukunft ruiniert, so muß Euch der süße Gedanke trösten, daß wir Eure kaufmännische Ehre hochachten und lobpreisen!

Sprachen's und füllten die Kassen mit dem aufzutreibenden Silber und Gold und schnitten den ältesten Geschäftsfreunden den Kredit ab und wehklagten über die schlimme Zeit und gelobten sich hoch und theuer, in den nächsten 6 Monaten ihre Namen auf keinen Wechsel mehr zu schreiben, und behaupteten, nur der Staat und ganz allein der Staat könne und müsse helfen!

Das Verderben ist inzwischen unaufhaltsam fortgegangen. Wir stehen am Rande eines großen Abgrunds. Die Nothanker der Leipziger Messe und unsers Breslauer Wollmarktes werden bald zerrissen sein. Alle die vorgenommenen finanziellen Staats-Künsteleien, so löblich die Absicht, sind schon jetzt als gescheitert zu betrachten, weil sie wieder nur künstliche, unnatürliche Verhältnisse schaffen werden.

Der Zweck eines Moratoriums besteht darin: Schuldner im Besitz- und Nahrungsstande zu conserviren.

Ein allgemeines Moratorium nach billigen und gerechten Grundsätzen kann allein den Boden geben, auf dem jene finanziellen Experimente fruchtbar gedeihen.

Ohne Moratorium werden dieselben Flickwerk sein, auf Flugsand, der unter den Füßen wackelt, gebaut.

Der durch die Kriegszeiten herbeigeführte Nothstand in den Jahren 1806 bis 1815 hat bereits in Preußen besondere Indultgesetze veranlaßt. Alle Welt weiß und bekennt, daß die jetzt eingetretenen Zustände härter, schwieriger und grausamer sind, als nach jenen unglücklichen Zeiten. Befähigt der Staat damals den Muth zu einem entscheidenden Schritte, so muß er ihn jetzt doppelt beßern.

Wir verlangen ein allgemeines Moratorium auf die Dauer von 6 Monaten als das Fundament für die verheißenen und in's Werk gesetzten Finanz-Operationen.

Denen, welche die Maßregel unerhört nennen, liefern wir die Verordnung vom 19. Mai 1807 und 24. November 1807 zum Studium. Die Zusätze und Nachtrags-Bestimmungen mögen sie sich selbst aufsuchen.

Was damals vorzugsweise zu Gunsten der Grundbesitzer geschah, muß heut auch für den gesammten Handels- und Gewerbestand geschehen, wenn man einem General-Bankerott ernstlich ausweichen will.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen, Markgraf zu Brandenburg &c. &c.

Ehru kund und fügen hiermit zu wissen:

Nachdem Wir durch die eingezogenen Berichte und Gutachten Unserer Landes-Kollegien davon unterrichtet worden sind, daß in Unserer ganzen Monarchie viele Grundbesitzer auf dem Lande und in den Städten durch das Krieges-Ungemach dergestalt heruntergekommen sind, daß sie ohne ihren Ruin zur Abzahlung ihrer Kapitalschulden jetzt nicht angehalten werden können, und daß dieser Ruin sich auch auf eine beträchtliche Menge von Gläubigern erstrecken würde, die bei übereilten Subhastationen leer auszugehen Gefahr laufen, überhaupt aber möglichst dafür gesorgt werden müsse, daß durch Schuld-Prozesse und Exekutionen die Schuldner nicht außer Nahrungsstand

gesetzt werden, als verordnen und verfügen Wir hiermit für Unsere ganze Monarchie, wie folgt:

Erster Abschnitt.

Von dem den Grundbesitzern zu bewilligenden allgemeinen Indult.

§ 1. Den sämmtlichen Grundbesitzern in den Städten und auf dem Lande, sie mögen uningeschränkte oder eingeschränkte Eigenthümer, Erbzinsleute oder Erbpächter, oder blos erbliche Besitzer, Miethbraucher oder antichretische Pfandgläubiger sein, wird bis zum vierundzwanzigsten Juni eintausend achthundert und zehn, ein allgemeiner Indult in Ansehung aller Kapitalzahlungen bewilligt, wozu die Verpflichtung vor dem Datum dieser Verordnung eingegangen ist, ohne Unterschied, ob der Verfallstag früher eingetreten ist, oder noch erst eintreten soll, ob die Forderung bereits eingeklagt, rechtskräftig erstritten, und schon bis zur Exekution gediehen ist, oder nicht.

§ 2. Hypotheken- und Pfandgläubiger müssen sich während der Dauer dieses gesetzlichen Indults, mit der durch die Hypothek oder Unterpfand einmal erhaltenen Sicherheit begnügen, so, daß es über die Zulassung des angeklagten Schuldners zum Indult, und über die Zulänglichkeit der Sicherheit, keiner gerichtlichen Verhandlung bedarf.

§ 3. Für uneingetragene und nicht durch Unterpfand gesicherte Kapital-Forderungen, aus Wechseln oder Verschreibungen aber, muß der angeklagte Schuldner, auf Verlangen des Gläubigers, Sicherheit bestellen.

§ 4. Wenn über die Zulänglichkeit der Sicherheit Streit entsteht, so treten bei Prüfung derselben die vorhandenen gesetzlichen Vorschriften mit der Ausnahme ein, daß der Gläubiger sich mit der Sicherheit begnügen muß, die ihm innerhalb des ganzen ausgemittelten Werths des Grundstücks, ohne Unterschied, ob es ein Landgut, oder ein städtischer Fundus ist, angewiesen werden kann.

§ 5. Ausgenommen sind Kaufleute und diejenigen, die denselben in Rechten gleich geachtet werden (A. L. R. Thl. II. Tit. VIII. § 718—721, 731—747), in Ansehung der Wechselschulden. Ferner diejenigen, über deren Vermögen bereits Konkurs eröffnet oder nach Vorschrift der Gesetze zu eröffnen ist.

Endlich diejenigen, deren Zahlungsverbindlichkeit auf einer unerlaubten Handlung beruhet.

§ 6. Während der Dauer dieses Indults findet keine exekutive Verfügung wider den Schuldner statt; er ist aber auch schuldig, innerhalb dieser Zwischenzeit die Zinsen der gestundeten Kapitalien, bei Verlust des Moratorii, prompt und richtig zu bezahlen.

Die Zins-Rückstände, welche nur bis auf zwei Jahre vom Datum dieser Verordnung zurückgehen, müssen bei gleicher Strafe in vier Terminen, am 1. Januar, 1. April, 1. Juli und 1. Oktober 1808 entrichtet werden.

§ 7. Auch wenn die Schuld ursprünglich nicht zinsbar gewesen ist, muß dennoch der Schuldner die Verzögerungszinsen, von dem gesetzlich bestimmten Termine an, durch die ganze Indults-Zeit vierteljährig entrichten.

§ 8. Während der Indult-Jahre können dem Schuldner keine Kapital-Ausschüttungen geschehen, und die etwa früher schon erfolgten verlieren ihre Wirkung, so daß sie nach Ablauf des Indults wiederholt werden müssen.

Es versteht sich aber von selbst, daß während der Indult-Jahre die Gläubiger ihre etwa noch nicht liquiden Forderungen gegen den angeklagten Schuldner einklagen und die Sache bis zur Exekution fortsetzen können.

§ 9. Den landschaftlichen Kredit-Systemen wird vorbehalten, ob sie während des General-Indults die Ausschüttungen der Gläubiger annehmen wollen.

§ 10. Dagegen kann der Landschaft auch nicht gestattet werden, den Gutsbesitzern Pfandbriefe zu kündigen; sondern sie ist nur befugt, solche Vergabe anderer Pfandbriefe abzuösen.

§ 11. Kämmerien, Pia-Corpora und andere Kommunen, werden wegen der verfassungsmäßig kontrahirten und von dem der Administration derselben vorgesezten Landes-Kollegio konfirmirten Schulden, wenn sie auch in die Hypothekenbücher nicht eingetragen sind, den Grundbesitzern gleich behandelt.

§ 12. Wegen Wiederaufhebung des Indults vor Ablauf der § 1 festgesetzten Zeit, bleibt es bei der Vorschrift der Allg. Ger. Ordn. 1ster Theil, 47ster Tit. § 41 seq. und 110, jedoch mit der Maßgabe, daß auf solche den

Werth der Grundstücke verringernde Veränderungen, die nur als Folge der durch den Krieg veranlassenen Kalamität betrachtet werden können, keine Rücksicht zu nehmen ist.

Zweiter Abschnitt.

Von den Modifikationen des in der Prozeß-Ordnung Tit. 47 nachgelassenen Moratorii.

§ 13. Jeder Schuldner, der, außer dem im 1. Abschnitt den Grundbesitzern bewilligten allgemeinen Indult, auf die Rechtswohlthat des General- oder Spezial-Moratorii provozirt ist, insofern die Dauer desselben sich nicht über den 24. Juni 1810 hinaus erstrecken soll,

- 1) nicht verpflichtet, die in der Prozeßordnung Tit. 47 § 3. Nr. 2 und 3 verordneten Nachweisungen zu führen, wohl aber muß er die von den Gläubigern beigebrachten Nachweisungen des Gegentheils gehörig erledigen;
- 2) die Vorschrift des § 5 a. a. D. findet nur dann Anwendung, wenn der abwesende, auf das Moratorium antragende Schuldner sich seiner Schulden wegen auf flüchtigen Fuß gesetzt hat;
- 3) auch das Spezial-Moratorium kann zur Eistirung der Exekution (Prozeßordnung Tit. 24. § 42) nach rechtskräftig entschiedener Hauptsache gesucht werden, ohne daß es der § 9. Tit. 47 der Prozeßordnung erforderlichen Nachweisung bedarf;
- 4) bei Prüfung der angebotenen Sicherheit tritt die obige Vorschrift Abschn. I. § 4 ein;
- 5) gegen eine Wechselschuld kann der Schuldner (§ 66 ibid.), wenn er kein Kaufmann oder demselben in Rechten gleich zu achten ist (Allg. L. R. Th. II. Tit. VIII. § 718—724, 731—747), nicht bloß das General-, sondern auch das Spezial-Moratorium suchen;
- 6) der Richter ist befugt, das Spezial-Moratorium bis zum 24. Juni 1810 zu bewilligen, wenn auch die sonst gesetzliche einjährige Frist überschritten würde, und bei der Bewilligung des General-Moratorii (§ 85, 99 ibid.) darf der Widerspruch des Gläubigers, gegen den der Schuldner bereits ein kürzeres Spezial-Moratorium erhalten hat, insofern er bloß darauf beruht, nicht beachtet werden.

Dritter Abschnitt.

Von Kautions-Bestellungen durch Staats- und andere öffentliche Papiere.

§ 14. In allen Fällen, wo es vor Gericht und bei andern öffentlichen Behörden nicht auf baare Zahlung, sondern nur auf Sicherheits-Bestellung ankommt, müssen alle Arten von Staats- und anderen öffentlichen Papieren, sie mögen vom Landesherrn unmittelbar ausgegangen (Tresorscheine), oder bloß garantirt (Banknoten, Bankobligationen etc.), oder nur unter dessen Genehmigung ausgefertigt sein (Pfandbriefe), nach ihrem Nominalwerth für voll angenommen werden.

Vierter Abschnitt.

Von den Einschränkungen der gesetzlichen Vorschriften in Absicht der gerichtlichen Exekution.

§ 15. Bei jeder vor dem 25. Juni 1810 erfolgenden Exekutions-Vollstreckung müssen jedem Schuldner, insofern der Gläubiger nicht nachweist, daß er der beizutreibenden Summe zu seinem nothdürftigen Unterhalt bedürfe, nicht bloß die in der Prozeßordnung Tit. 24. § 71 und in der Verordnung vom 28. Februar 1806, § 4 bestimmten Gegenstände, sondern überhaupt, jedoch unter dem Verbot der Veräußerung bei Verlust dieser Rechtswohlthat und nachdrücklicher Leibesstrafe, alle Mobilien gelassen werden, die zu seinem und seiner Familie gewöhnlichem Gebrauche erforderlich sind, nebst der Kompetenz, die nach Vorschrift der Prozeßordnung Tit. 49. § 27 u. f. zu reguliren ist. Auch darf kein Schuldner, wegen einer bloßen Geldschuld, zum Personal-Arrest gezogen werden, insofern er nicht der Flucht verdächtig, oder aus einer unerlaubten Handlung zur Zahlung verpflichtet ist, so wie es auch gegen Kaufleute und Derselben, die denselben in Rechten gleich geachtet werden (A. L. R. Th. II. Tit. VIII. § 718 bis 724, 731 bis 747), bei der gesetzlichen Wechsel-Exekution verbleibt.

§ 16. Während der Dauer dieses allgemeinen landesherrlichen Indults soll in der Regel keine nothwendige Subhastation eines Grundstücks verfügt werden.

§ 17. Es dürfen jedoch die bereits schwebenden Subhastationen fortgesetzt und neue eingeleitet werden:

- 1) wenn der Besizer und seine gesammten Real-Gläubiger gemeinschaftlich darauf antragen;
- 2) wenn in bereits eröffneten oder noch zu eröffnenden Konkursen, in Liquidations-Prozessen über Grundstücke, deren Werth zur

Befriedigung der Realgläubiger nicht hinreicht (Prozeßordnung Tit. 51. § 34.) und in erbchaftlichen Liquidations-Prozessen, wo die § 64, 70 und 73 ibid. vorausgesetzten Fälle eintreten, auch nur ein Gläubiger darauf anträgt;

- 3) wenn bei einer wegen rückständiger Zinsen und sonstiger Zahlungen, die keine Kapitals-Zahlungen sind, schon schwebenden, oder noch künftig einzuleitenden gerichtlichen oder landchaftlichen Sequestration, die Sequestrations-Behörde erklärt, daß die auch bis zum 24. Juni 1810 fortzusetzende Sequestration kein Mittel sei, den Extrahenten zu befriedigen;
- 4) wenn die Schuld erst nach dem Datum der gegenwärtigen Verordnung und für ost- und westpreussische Grundbesitzer erst nach der Publikation der Verordnung de dato Bartenstein, den 19. Mai d. J. kontrahirt worden ist;
- 5) wenn der Grundbesitzer nach Eintritt der vorbestimmten Zeitpunkte dem Indulte entsagt hat;
- 6) wenn die Zahlungs-Verbindlichkeit des Grundbesizers auf einer unerlaubten Handlung beruhet.

§ 18. In allen Fällen, wo der premtorische Lizitationstermin während dieses allgemeinen gesetzlichen Indults eintritt, darf jeder Real-Gläubiger, der durch das geschene Meistgebot nicht befriedigt wird, der Besizer aber nur insofern gegen den Zuschlag des subhastirten Grundstücks protestiren, als über sein Vermögen noch kein Konkurs eröffnet ist, und als die § 17, Nr. 3 bis 6, angeführten Fälle nicht eingetreten sind. Der neue Lizitationstermin muß alsdann dergestalt anberaumt werden, daß er die einfache Subhastations-Frist (Prozeßordn. Tit. 52. § 55.) nach dem 24. Juni 1810 enthalte.

§ 19. Die bereits schwebenden Sequestrationen müssen (außer in Konkurs- und erbchaftlichen Liquidations-Prozessen) aufgehoben werden, sogleich als der Extrahent wegen seiner Forderung außer dem Kapital befriedigt worden ist.

§ 20. Dagegen ist wegen aller Forderungen, weswegen dem Schuldner der allgemeine Indult nicht zu statten kommt, die Sequestration des Grundstücks, nach Vorschrift der Gesetze, zulässig.

Wornach sich Jedermann, vorzüglich aber Unsere Landes-Justiz-Kollegia, sammt allen andern Gerichten und Behörden genau zu achten, und Unsern Willen in Vollziehung zu bringen haben. Urkundlich Unter Unserer Höchstseignhändigen Unterschrift.

Gegeben Memel, den 24. November 1807.

Friedrich Wilhelm.

Schrötter. Stein. Schrötter II.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen etc. Wiewohl Wir die großen und mannichfachen Uebel des allgemeinen Indults nicht verkennen, und so sehr Wir mit unermüdeter Sorgfalt bestrebt gewesen sind, die Hindernisse zu entfernen, die der Wiederherstellung des öffentlichen Vertrauens und des Wohlstandes unserer getreuen Unterthanen entgegen stehen, so ist es dennoch Unseren landesväterlichen Bemühungen bisher nicht gelungen, den verderblichen Wirkungen des Krieges hierin ein früheres Ziel zu setzen.

Wir finden uns daher bewegen, die zur Konsevation der Schuldner im Besitz- und Nahrungsstande von Uns gegebene Verordnung, de dato Memel, den 24. November 1807, in allen ihren Bestimmungen noch auf Ein Jahr bis zum 24. Juni 1811 zu verlängern, indem wir zugleich Unseren getreuen Unterthanen die Versicherung ertheilen, daß Unsere ganze Vorsorge unablässig und ernstlich dahin gerichtet sein wird, im Laufe dieses Jahres dem Zustande der Ungewißheit ein Ende zu machen, und daß Wir zur Erreichung Unseres Zweckes diejenigen Maßregeln kräftigst ergreifen haben und ergreifen werden, in deren unverzüglicher Ausführung Wir den glücklichen Erfolg Unserer Bemühungen unter göttlicher Hülfe vertrauensvoll erwarten dürfen.

Es hat übrigens bei dem Ablaufe der gesetzlichen Kraft Unserer Verordnung vom 12. Februar 1809, durch welche die Wuchergesetze suspendirt worden sind, mit dem 31. Dezember dieses Jahres sein unabänderliches Verbleiben.

Wir befehlen allen Unsern Unterthanen und Behörden, insbesondere den Landesgerichten, nach dieser Verordnung sich überall zu achten.

Urkundlich haben Wir diese Verordnung Allerhöchstseignhändig vollzogen. So geschehen und gegeben Berlin, den 14. Juni 1810.

(L. S.) Friedrich Wilhelm.

v. Hardenberg. v. d. Goltz. v. Dohna. v. Kirchhausen.

Zwei Vorschläge

Beschäftigung von Gewerbetreibenden und Tagearbeitern.

Schon im vorigen Jahre, als das Standbild Friedrich des Großen hier aufgerichtet wurde, hatte ich die Absicht — zum Theil zur Verschönerung unserer Stadt — zum Theil zur Beschäftigung einer Anzahl von Professionisten und Tagearbeitern — das Projekt der Deffentlichkeit zu übergeben, welches hier folgt.

Damals wurde ich durch mancherlei Rücksichten davon abgehalten, jetzt aber scheint mir die Zeit für diesen Vorschlag geeignet, und will ich daher dies mein Projekt (das vielleicht mancher meiner Mitbürger im Stillen mit mir theilte) nun der Beurtheilung des Publikums vorlegen.

Breslau hat seit den letzten 10 Jahren wesentlich an Ausdehnung gewonnen, die Errichtung der Eisenbahnen hat dazu wohl das Meiste beigetragen; neue Stadttheile mit schönen, graden und breiten Straßen, mit geschmackvollen und bequemen, ja zum Theil luxuriösen Häusern sind entstanden; — dies alles, mit wenig Ausnahmen, außerhalb der Stadt; die innere Stadt und namentlich der Mittelpunkt derselben hat nur eine unwesentliche Veränderung erlitten; noch stehen die großentheils schlechten erbärmlichen Buden, entstellen und verstellen den Ring und besonders die Zierde Breslau's, das alte ehrwürdige Rathhaus; — noch stehen viele alte verbaute, geschmacklose, geringen Ertrag bringende Häuser, als z. B. das alte Leinwand- oder Schmetterhaus und dessen erbärmliche Nachbarhäuser zur Rechten, und kontrastiren gewaltig mit der herrlichen Reiterstatue unseres großen Königs Friedrich II.

Dies vorausgeschickt, geht nun mein

erster Vorschlag

dahin:

1) Das erwähnte Leinwand- oder Schmetterhaus, so wie die in der Elisabethstraße daranstoßenden Gebäude, ferner die Hauptwache und die kleinen Häuser auf der anderen Seite bis an die sogenannte Riemerzeile niederzureißen und an diese Plätze zwei große Gebäude — durch die Elisabethstraße getrennt — (jedes von 150 Fuß Länge) in einem edlen Styl aufzuführen, im Erdgeschoß derselben, außer einem Wachtlokale (an Stelle der Hauptwache) und einigen feuerfesten Gewölben für städtische Kassen, größere und kleinere Verkaufsläden einzurichten, im ersten Stockwerke ebenfalls Räume zu Verkaufsläden, zu Komtoirs, auch zu städtischen Bureaux u. an, nach hinten belegen gehörig breiten Korridors — mit einem Wort Bazar's anzulegen, — im zweiten Stockwerke aber größere Zimmer zur Aufnahme von Kunstsammlungen, Bibliotheken, Archiven u. — oder Lesesälen und Säle zu Konzerten, Vorträgen und dgl. — so wie einige Wohnungen für die Kastellane und die Hausmeister einzurichten.

2) Die bisher fast nur zu Niederlagen von Eisen benutzte Häuserreihe, zwischen den sogenannten Leinwandreißerbuden und dem Eisenframe, ebenfalls abzutragen, wodurch eine Straße — oder vielmehr ein freier Raum — zwischen den Hinterfronten der Häuser der Elisabethstraße und denen der Riemerzeile von beiläufig 60 Fuß Breite entstehen würde.

Dieser freigewordene Raum würde nach meiner Ansicht mit einer Reihe von massiven Doppelbuden unter einer Bedachung zu besetzen sein, so zwar, daß solche durch eine Mauer im Rücken getrennt wären und von vorn geöffnet werden könnten. Auf diese Weise würde auch hier ein doppelter Bazar gebildet werden, welcher auf beiden Seiten noch so viel Raum ließe, daß, ohne die Fußgänger zu gefährden, zwei Wagen bequem bei einander vorbeifahren könnten und es würde, selbst bei Freilassung eines Querdurchganges von der Riemerzeile nach dem ehemaligen Fischmarkt, wohl wenig fehlen, alle die Buden entweder von der Ost- oder der Südseite des Ringes hier zu ersetzen.

An beiden Enden dieses Bazar's müßte natürlich eine hinreichend breite Einfahrt gemacht werden.

Daß die Gebäude der nördlichen Seite der Elisabethstraße sowohl, als die der Riemerzeile, durch diesen Bau an Werth sehr gewinnen würden, liegt auf der Hand, da in den miffen nun nach hinten auch Verkaufsläden angelegt werden könnten.

3) Geht mein Vorschlag auch noch dahin, wo möglich alle die an der Ostseite des Ringes belegenen Häuser, von der Elisabethstraße bis an die Ecke der Riemerzeile (das Brachvogelsche, so wie das an der Riemerzeile anstoßende Haus inbegriffen) zu acquiriren, alle ebenfalls abzubauen und auch hier ein großes, mit den an der Westseite zu erbauenden Häusern im Geschmack korrespondirendes Gebäude (von circa 128 Fuß Länge) aufzuführen und auch in diesem, wie in jenen, par terre und im ersten Stockwerke Bazar's anzulegen und das zweite Stockwerk für Bureaux oder auf sonst geeignete Weise verwendbar, einzurichten. (Zu größeren Wohnungen würden sich diese Gebäude des gänzlich fehlenden Hofraumes wegen nicht eignen.)

Bei dem vorstehenden Projekt haben mir drei Hauptzwecke vorgeschwebt:

1) Den reichen und wohlhabenden Einwohnern Breslau's Gelegenheit zu geben, Kapitalien sicher und dereinst wohl mehr als gewöhnliche Zinsen tragend anlegen zu können.

2) Einer namhaften Anzahl von Professionisten und Tagearbeitern auf eine geraume Zeit hinaus Beschäftigung zu verschaffen; und

3) Für hoffentlich auch einmal wiederkehrende bessere Zeiten auf Verschönerung der Stadt und zur Beseitigung mancher sie verunzierender Uebelstände hinzuwirken.

Das zum Ankauf der hier gedachten Privathäuser, so wie zur Ausführung des ganzen Unternehmens erforderliche Kapital, würde auf Aktien wohl leicht aufgebracht werden können, da es kaum einem Zweifel unterliegt, daß diese Aktien außer dem üblichen Zinsfuß später noch eine, vielleicht nicht unerhebliche Dividende gewähren und den anfänglichen Ausfall von zwei- oder dreijährigen Zinsen (wenn solcher nicht aus dem Aktien-Kapital gedeckt würde) hinreichend übertragen dürften, zumal wenn die Gebäude nicht unnötig prachtvoll, sondern nur solide und anständig, aber in gediegemem Geschmack ausgeführt würden. Die nöthigen Fonds würden um so leichter erlangt werden wenn man den Aktienzeichnern gestattete, unter, von einer geeigneten Kommission näher zu bestimmenden Modalitäten auch solche Dokumente an Zahlungsstatt anzugeben, welche in der Gegenwart gedrücktem Course unterliegen, die aber als Unterpfand für darauf zu entnehmende baare Gelder einzuweisen benützt werden könnten.

Der Magistrat, als Eigentümer des vorgedachten Leinwand- oder Schmetterhauses, würde gewiß den durch eine zehnjährige Fraktion ermittelten Ertrag desselben, kapitalisirt in Aktien auf dies Unternehmen acceptiren und ohne Zweifel die zum Neubau erforderlichen, bis jetzt nicht bebaut gewesenen Stellen (als z. B. hinter und neben der Hauptwache) unentgeltlich hergeben, da ja der Kammereikasse nicht nur kein Ausfall, sondern später sicher eine Mehreinnahme aus den Zinsen der Aktien erwachsen würde.

Für die Erwerbung der zum Neubau erforderlichen Privathäuser und grundfesten Buden, würde, sobald durch hinreichende Aktienzeichnungen dem Unternehmen die erforderlichen Fonds gesichert scheinen, ebenfalls eine Kommission zu ernennen sein um die nöthigen Unterhandlungen einzuleiten; falls indeß einige der Eigentümer zu dem Verkaufe nicht geneigt wären, oder (was in der gegenwärtigen Zeit zwar kaum zu erwarten steht) überspannte Forderungen machen sollten,

würde das Expropriationsgesetz wohl in Anspruch genommen und in Anwendung gebracht werden können.

Sollten bei der Ausführung dieses Planes noch Sonderinteressen verletzt werden und Schwierigkeiten sich zeigen, welche mir im Augenblicke nicht vorschweben, so darf man doch wohl annehmen, daß um eines großartigen Unternehmens willen und besonders mit Rücksicht auf den durch die Zeitverhältnisse hervorgerufenen Zweck desselben, von beiden Seiten (im Verhältniß zum Ganzen) kleine Opfer zu bringen man nicht abgeneigt sein wird.

Ob nun dieser, wie ich glaube zeitgemäße, Vorschlag Anklang und, worauf es hauptsächlich ankommt, die zur Verwirklichung der Idee erforderliche pekuniäre Unterstützung finden würde, ließe sich wohl am leichtesten dadurch ermitteln, daß an einem geeigneten Orte (vielleicht auf dem Fürstensaale oder auf der Börse) ein Buch ausgelegt würde, in welches Jeder, welcher sich bei dem Unternehmen zu interessiren die Absicht hat, dies mit der Angabe seines Namens und zugleich der Summe (wenn auch vorläufig noch ohne Verbindlichkeit), mit welcher er sich betheiligen würde, vermerkte. — Zeigte sich auf diese Weise eine dem Unternehmen günstige Theilnahme und eine Meinung für dessen Ausführung, so würde Seitens des Magistrats eine Berufung der Unterzeichner zu veranstalten und von diesen eine Kommission von geeigneten sachkundigen Männern zu erwählen sein, welche mit der Ausarbeitung eines genauen Planes, mit der Anfertigung von Zeichnungen, oberflächlichen Anschlägen u. zu beauftragen wäre, während eine zweite Kommission sich der Konstituierung einer Aktiengesellschaft und dem Entwurf eines Statutes zu unterziehen haben würde.

Dies ist mein erster Vorschlag, und bemerke ich schließlich noch, daß allerdings wohl, auch wenn dies Projekt Anklang und Theilnahme fände, das Unternehmen auch mit aller Energie erfaßt und die mannigfachen großen Schwierigkeiten, die ich mir keinesweges verhehle, glücklich und ohne Kränkung der Rechte Einzelner, noch so schnell beseitigt werden sollten, doch mindestens 3 bis 6 Monate vergehen würden, bevor die eigentliche Thätigkeit der Arbeiter beginnen könnte. Da es nun aber auf möglichst baldige Beschäftigung der Arbeiter besonders ankommt, so lasse ich hiermit meinen

zweiten Vorschlag

folgen, welcher, wenn auch für diesen sich eine günstige Meinung kundgäbe und die zur Ausführung dieses zweiten Planes nöthigen, weniger bedeutenden Mittel bald beschafft würden, den sofortigen Beginn der Arbeiten möglich macht.

Es ist nämlich vor einigen Jahren schon von einem hochachtbaren Veteran unserer Stadt die Idee angeregt worden, den Friedrich-Wilhelmsplatz am Nikolaitore, durch das theilweise Zuschütten des Stadtgrabens zu vergrößern. Diese Idee nehme ich hiermit wieder auf und schlage vor:

Die eiserne Brücke wegzunehmen und hier einen Kanal von vielleicht 10—12 Fuß Breite und circa 280 Fuß Länge und zwar bis in die Richtung der vier Eckgebäude, nämlich der Nikolai- und Reuschenstraße (an der innern Promenade), und des Friedrich-Wilhelmsplatzes (an beiden Seiten der äußeren Promenade) zu erbauen und den dann gewonnenen Raum mit Schutt und Boden auszufüllen; hierdurch würde ein großer, freier, fast regelmäßiger Platz von beiläufig 380 Fuß Länge von Osten nach Westen — und circa 280 Fuß Breite von Norden nach Süden entstehen, welcher sich zu einem wirklichen Markt-

platz vorzugsweise eignen dürfte und einen wesentlichen Vortheil für die Bewohner des westlichen Theiles der inneren Stadt, so wie für die zwischen 4 und 5000 Seelen zählende Nikolaiorstadt gewähren würde, und fast schon als ein wirkliches Bedürfnis bezeichnet werden kann.

Dieser große freie Platz könnte auf beiden Seiten mit Kolonnaden, in welchen Buden anzubringen wären, bebaut werden, welche letztere zum Verkauf aller Arten von Waaren gewiß benützt und gern gemiethet werden würden; nächstdem könnten auf diesem freien Platz (weit größer dann als der Neumarkt) die Landleute mit ihren diesseits zur Stadt gebrachten Erzeugnissen Markt halten und würden Gelegenheit haben, aus den hier einzurichtenden Buden sich mit ihren Bedürfnissen gegenseitig zu versorgen. — Selbst wenn der Getreidemarkt hierher verlegt, oder, was schon mehrfach beabsichtigt war, eine sogenannte Kornhalle erbaut werden sollte, würde dieser große Platz ganz geeignet dazu erscheinen.

In der Mitte dieses Platzes könnte später als Point de vue der daselbst ausmündenden Straßen vielleicht eine Denksäule zur Erinnerung an die hochwichtige Zeit in der wir leben und welche namentlich auch diesen großen Marktplatz hervorrief, errichtet werden — oder es könnte derselbe mit einem großen durch Dampfkraft zu treibenden Springbrunnen (ähnlich dem im Lustgarten in Berlin) geziert werden.

Auch für dies Unternehmen schlage ich die Gründung einer besonderen Aktiengesellschaft vor. — Die Budenmiete und ein von den Landleuten zu erhebender geringer Marktzins (Standgeld) würde die Interessen des Anlagekapitals gewiß decken, zumal wenn dies Unternehmen noch von wohlhabenden Bürgern, außer den Aktiencapitalgebern auch durch freiwillige Beiträge unter Verzichtleistung auf Rückerstattung unterstützt würde, wozu wohl die Eigenthümer der in der Nähe des gedachten Platzes gelegenen Häuser eine besondere Veranlassung hätten, indem unzweifelhaft ihre Grundstücke bei Ausführung des vorliegenden Projekts, wesentlich an Werth gewinnen würden.

In Bezug auf die eiserne Brücke bemerke ich noch, daß solche, von ihrem jetzigen Platz weggenommen, bei dem neuen Inquisitoriat und der Kavaleriekaserne, woselbst eine Fahrbrücke errichtet werden soll, sehr wohl zu verwenden wäre, wodurch der Stadt eine nicht unbedeutende Ausgabe erhalten würde; — dies berücksichtigend ist die Erwartung auch wohl nicht unbegründet, daß der Magistrat zu diesem von mir proponirten Unternehmen diejenige Summe, welche er sich dadurch erhält, daß er die eiserne Brücke nach dem oben bezeichneten Ort versetzen kann, also eine neue Brücke zu kaufen nicht nöthig hat, als Grundfond herzugeben sich geneigt finden wird, wodurch jedenfalls der Ausführung ein wesentlicher Voranschub geleistet werden würde.

An diese beiden Vorschläge knüpfe ich schließlich noch den Wunsch: daß der Magistrat von Breslau dieselben nicht ganz unbeachtet lassen und ohne großen Zeitverlust, durch die von mir angeführte Auslage von Büchern, dem bemittelten Publikum Gelegenheit geben möge, sich in denselben über diese beiden Projekte auszusprechen und seine etwanige Theilnahme an deren Ausführung durch Unterzeichnung an den Tag legen zu können. Einen günstigen Eindruck würde es unzweifelhaft machen, wenn bei einer Bekanntmachung der Auslage dieser Bücher, der Magistrat im Einverständniß mit dem Stadtverordneten-Kollegio zugleich seine Bereitwilligkeit, diese Unternehmungen zu fördern, kundgäbe.

Breslau, im Mai 1848.

L. G.